

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Schmidt

Boris Goldenberg

Zum Problem
des Eurokommunismus
Materialien und Denkanstöße

Harald Geiss

Emanzipation von Moskau?
Aspekte der Stalinismus-Diskussion
bei den Eurokommunisten
Eine Bestandsaufnahme

ISSN 0479-611 X

B 2/79

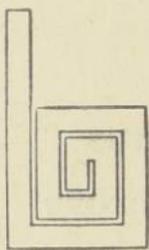
13. Januar 1979

Boris Goldenberg, Dr. phil., geb. 1905 in St. Petersburg (Leningrad); 1914—1933 in Deutschland (Berlin), 1933—1941 in Frankreich, 1941—1960 auf Kuba; ab 1949 Lehrer an kubanisch-nordamerikanischen Oberschulen; 1960—1963 in London als freier Schriftsteller; 1964—1971 Leiter der Lateinamerika-Redaktion der Deutschen Welle, Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Karl Marx. Ausgewählte Schriften (hrsg. u. eingel.), München 1963; Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1963; Lateinamerika und die Kubanische Revolution, Köln—Berlin 1963; Kommunismus in Lateinamerika, Stuttgart 1971; Lateinamerika, in: Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft 1958—1960, 1962, 1963, 1966—1967, 1968—1969, München—Wien 1971 ff.

Harald Geiss, Dr. phil., geb. 1949; Studium der Osteuropäischen, Mittleren und Neueren Geschichte, der Politischen Wissenschaften, Philosophie und Russistik; seit 1975 wiss. Mitarbeiter am Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung, Köln.

Veröffentlichungen: Beiträge zur sowjetischen Außenpolitik und zum Eurokommunismus in Fachzeitschriften.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Zum Problem des Eurokommunismus

Materialien und Denkanstöße

Viele Wörter, die wir in der Politik verwenden, sind „Pseudobegriffe“, die der Klarheit und Eindeutigkeit ermangeln. Sie sind vage und ungenau, wenn nicht geradezu sinnlos. Das gilt von Standortbestimmungen wie „rechts“ und „links“, die auf die Sitzordnung im französischen Konvent zurückgehen, und auch für Begriffe wie „Demokratie“, „Konservatismus“, „Liberalismus“ und „Sozialismus“. Der Ausdruck „Eurokommunismus“, den anscheinend der Chefredakteur der italienischen *La Stampa*, Arrigo Levi, 1975 zum erstenmal gebrauchte¹⁾ und den dann auch prominente Vertreter dieser Richtung zu verwenden begannen, fällt auch in diese Kategorie der unklaren Bezeichnungen. Er wird als Name für eine Tendenz innerhalb des Weltkommunismus verwendet, die neuerdings in Europa entstanden sei — eine Richtung, die man als „revisionistisch“ charakterisieren kann, weil sie sich vom Leninismus abwendet, von dessen Revolutions- und Staatsauffassung abrückt, den Führungsanspruch Moskaus nicht länger anerkennt und sich für einen friedlichen Weg zum demokratisch-pluralistischen Sozialismus ausspricht.

Nun ist es aber zweifelhaft, ob es sich

— bereits um eine klar ausgeprägte, theoretisch untermauerte Konzeption oder nur um erste Schritte in einer neuen Ausrichtung handelt²⁾, oder es

— um eine allgemeine, mehreren Parteien *gemeinsame* Tendenz oder nur um für jede Partei *verschiedene* nationale Politik geht³⁾, oder ob wir es

— tatsächlich mit einer *kommunistischen* Richtung zu tun haben oder — wie Ernest Mandel meint — mit einem „graduellen Prozeß der Sozialdemokratisierung“⁴⁾,

— ob es sich hier nicht nur um ein bloßes „taktisches Manöver“, eine neue „Maskerade“ handelt,

— ob diese Richtung — wenn es tatsächlich eine solche sein sollte — so neu ist, wie ihre Vertreter es behaupten.

Mit Sicherheit ist es falsch, diese Richtung als ausschließlich europäisch zu kennzeichnen, weil erstens die Mehrheit der kommunistischen Parteien Europas *nicht*, und zweitens etliche der außereuropäischen Parteien (Australien, Japan) durchaus als eurokommunistisch angesehen werden können.

I. Differenzen innerhalb des Eurokommunismus

Auch wenn wir die Bezeichnung „Eurokommunismus“ nur für drei west- bzw. südeuropäische Parteien (die kommunistischen Par-

teien Italiens, Spaniens und Frankreichs) gelten lassen, bleibt der Begriff unscharf, da zwischen diesen drei Parteien wesentliche politische Divergenzen bestehen.

¹⁾ Annie Kriegel, *Un autre Communisme?*, Paris 1977, S. 21.

²⁾ „Der Ausdruck ‚Eurokommunismus‘ charakterisiert eine der kommunistischen Tendenzen der Gegenwart. Wenn es ihm an Genauigkeit fehlt, so zum Teil darum, weil es sich um eine tastende, unfertige Richtung handelt, die sich bis jetzt eher in einer ernsthaft selbstkritischen Politik als in einer erarbeiteten Theorie äußert. Auch hier geht die Praxis der Theorie voran.“ Santiago Carrillo, *Eurocomunismo y Estado*, Madrid 1977, S. 10/11.

³⁾ Giorgio Amendola, in: Henri Reber (Hrsg.), *Parti communiste italien*, Paris 1977, S. 93.

⁴⁾ Ernest Mandel, *Kritik des Eurokommunismus*, Berlin 1978, S. 44.

1. Die KPF und die KP Spaniens kritisieren zur Zeit die KPdSU und die Sowjetunion weitaus schärfer als die KPI, die sich mit Erfolg darum bemüht, mit Moskau einigermaßen freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten.

2. Die kommunistischen Parteien Italiens und Spaniens bringen der Europäischen Gemeinschaft weit größere Sympathien entgegen als die KP Frankreichs, die in dieser Hinsicht eine „gaullistische“ Einstellung verrät.

3. Während die KPI sich in bezug auf die NATO sehr vorsichtig ausdrückt⁵⁾, zieht die KPF entschieden gegen den Atlantikpakt zu Felde und bekennt sich seit 1977 auch zur französischen Nuklearstreitmacht, die sie 1972 im gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken zusammen mit den Sozialisten verworfen hatte. Was die KP Spaniens betrifft, so behauptete Carrillo in seinem Buch⁶⁾, die NATO sei als Schutz gegen die friedfertige Sowjetunion überflüssig, sie habe sich in einen bürokratisch-militärischen Überbau und in ein Instrument der USA verwandelt, mit dessen Hilfe die Nordamerikaner Europa politisch, militärisch und wirtschaftlich kontrollierten. Das hinderte freilich den Verfasser nicht daran, seine Meinung bald zu ändern. Schon im August 1976 erklärte er dem nordamerikanischen Journalisten C. L. Sulzberger, der die Worte Carrillos in der *International Herald Tribune* vom 7./8. August veröffentlichte, Spanien solle der NATO beitreten, vorausgesetzt, daß diese Organisation kein Veto gegen einen eventuellen Eintritt der Kommunisten in die spanische Regierung einlege. Er fügte hinzu, seine Haltung sei mit jener Berlinguers identisch⁷⁾.

4. Die KP Spaniens ist die einzige, die auf ihrem Parteitag im April 1978 die Bezeichnung „leninistisch“ fallenließ und sich selbst nur noch als „marxistisch, demokratisch und revolutionär“ charakterisiert.

II. Die Gemeinsamkeit

Das, was den Eurokommunismus charakterisiert, ist am deutlichsten in einer gemeinsamen Deklaration der KP Italiens und der Frankreichs ausgedrückt, die die Führer der beiden Parteien am 17. November 1975 in Rom unterschrieben haben.

Das Dokument beginnt mit einer kurzen Analyse der Weltwirtschaftskrise. Sie beruhe „auf der Unfähigkeit des kapitalistischen Sy-

5. Während die KPF sich mit Entschiedenheit gegen die Maßhaltepolitik der Pariser Regierung wendet, die den breiten Volksmassen Opfer zur Überwindung der Wirtschaftskrise auferlegt, sind sowohl die KP Italiens wie jene Spaniens bereit, eine solche Wirtschaftspolitik ihrer Regierungen mitzutragen.

6. Während sich die KP Frankreichs für die Nationalisierung fast aller wichtigen privaten Unternehmen und die Erwartung des staatlichen Wirtschaftssektors ausspricht und dies im September 1977 zum Anlaß genommen hat, die Einheit der Linken — die Sozialistische Partei und die „Bewegung der linken Radikalen“ waren dagegen — faktisch zu sprengen, verweist die KPI auf die Ineffizienz des in Italien bereits allzu großen staatlichen Sektors.

7. Während die KP Italiens sich schon seit 1956 auf dem Weg zum „Eurokommunismus“ befindet und die KP Spaniens diesen Weg zwar später eingeschlagen, ihn aber um so schneller zurückgelegt hat⁸⁾, konnte sich die KP Frankreichs nur langsam zu einer kritischen Haltung gegenüber der KPdSU durchringen, bezog aber dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 plötzlich eine entschiedene eurokommunistische Position.

8. Schließlich ist der sogenannte demokratische Zentralismus der KPF bis heute erhalten geblieben, während sowohl die KPI als auch die KP Spaniens *de facto* von ihm abgerückt sind und sich „demokratisiert“ haben.

stems, den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte, einschließlich Wissenschaft und Forschung“, gerecht zu werden. Das Großkapital und der Imperialismus seien bestrebt, „aus dieser Krise Profit zu schlagen und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen und des Volkes (sic! B.G.) in Frage zu stellen. Doch können die Arbeiterklasse und die Volksmassen durch ihren Kampf solchen Versuchen ein Ende setzen.“ Es gelte nun, „mehr

⁵⁾ In dem berühmt-berüchtigten Interview, das Enrico Berlinguer dem Journalisten Gianpaolo Pansa gab und das am 15. Juni 1976 im *Corriere de la Sera* veröffentlicht wurde, ging der Generalsekretär der KPI so weit, den Wert der NATO als Schutzschild der Unabhängigkeit Italiens gegen eine etwaige sowjetische Intervention anzuerkennen.

⁶⁾ S. Carrillo, a. a. O., S. 77.

⁷⁾ Ich verdanke diesen Hinweis einem Artikel von Neil McInnes, in: *Survey*, London, Vol. 22, Nr. 3/4, Summer-Autumn 1976, S. 102.

⁸⁾ Auf einer Pressekonferenz im Dezember 1976 erklärte Carrillo: „Wenn wir den Weg später eingeschlagen haben als die Italiener, so haben wir den Weg zum Eurokommunismus dann jedoch schneller zurückgelegt, nachdem die internen Schwierigkeiten in unserer eigenen Partei überwunden waren.“ Zitiert von Walter Haubrich, in: Heinz Timmermann (Hrsg.), *Eurokommunismus*, Frankfurt 1978, S. 130.

denn je, ... die Demokratie zu entfalten, sie in Richtung auf den Sozialismus vorwärtszutreiben". Zwar entfalteten die beiden Parteien ihre Aktivitäten im Rahmen verschiedener konkreter Bedingungen, doch stellten sie, „die ihren Kampf in entwickelten kapitalistischen Ländern führen, den gemeinsamen Charakter der grundlegenden Probleme fest, die vor ihnen stehen, und stimmen miteinander in bezug auf die Lösung der Probleme überein“.

Dann heißt es:

„Die italienischen und die französischen Kommunisten sind der Ansicht, daß der Marsch zum Sozialismus und der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Demokratisierung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens verwirklicht werden müssen. Der Sozialismus wird ein höheres Stadium der Demokratie und der Freiheit, eine ‚bis zu Ende geführte‘ Demokratie sein. In diesem Sinne müssen alle Freiheiten, die — sei es aus den großen bürgerlichen demokratischen Revolutionen, sei es aus den unter der Leitung der Arbeiterklasse geführten — Volkskämpfen dieses Jahrhunderts resultierten, garantiert und weiterentwickelt werden: die Freiheit des Denkens und des Ausdrucks, die Pressefreiheit, die Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit, die Freizügigkeit der Menschen innerhalb ihres nationalen Territoriums und über dessen Grenzen hinweg, die Unverletzbarkeit des privaten Lebens, die Freiheit der Religion, die totale Freiheit des Ausdrucks aller philosophischen, kulturellen und künstlerischen Gruppen und Richtungen. Die französischen und die italienischen Kommunisten treten für Pluralismus der politischen Parteien, einschließlich des Rechts der Oppositionsparteien auf Existenz und Aktivität, ein, für die Möglichkeit des demokratischen Wechsels zwischen Mehrheiten und Minderheiten, für den laizistischen Charakter des Staates und die Unabhängigkeit der Justiz. Sie sprechen sich zugunsten der freien Betätigung und Unabhängigkeit der Gewerkschaften aus. Besondere Bedeutung messen sie der Entfaltung der Demokratie in den Betrieben bei, damit die Werktätigen das Recht erhalten, sich an der Führung der Unternehmen zu beteiligen und weitgehende Entscheidungsbefugnisse (*pouvoirs étendus de décision*) erhalten.

Die demokratische Dezentralisierung des Staates wird den Regionen mit den lokalen

Kollektivitäten eine wesentlich größere Rolle geben; sie müssen eine breite Autonomie erhalten.

Eine sozialistische Transformation macht die öffentliche Kontrolle der wichtigsten Produktions- und Austauschmittel, ihre allmähliche Sozialisierung und die Erarbeitung einer demokratisch-nationalen Planung erforderlich. Der aus kleinen und mittleren Bauern, Handwerkern, Klein- und Mittelbetrieben der Industrie und des Handels bestehende Sektor wird beim Aufbau des Sozialismus eine besondere und positive Rolle spielen.

Diese Transformation kann nur das Ergebnis breiter Kämpfe, mächtiger Massenbewegungen sein, bei denen sich die Mehrheit des Volkes um die Arbeiterklasse sammelt. Sie setzt die Existenz demokratischer Institutionen voraus, die die Volkssouveränität wirklich repräsentieren, die Garantie und die Erweiterung ihrer Befugnisse und freie, direkte allgemeine Wahlen, gemäß einem proportionalen Wahlrecht... Für die italienischen und die französischen kommunistischen Parteien sind alle diese Bedingungen des demokratischen Lebens von prinzipieller Bedeutung. Die Haltung dieser zwei Parteien ergibt sich nicht aus taktischen Erwägungen, sondern entspricht ihrer Analyse der materiellen und historischen Gegebenheiten ihrer Länder.

Jedem Volk muß das Recht gewährleistet werden, souverän über sein politisches und soziales System zu entscheiden. Dies ist der Grund, aus dem die Notwendigkeit erwächst, gegen alle Versuche des US-Imperialismus zu kämpfen, sich in die Angelegenheiten der Völker einzumischen, sowie jegliche ausländische Einmischung entschieden abzulehnen.“

Für den Erfolg sei das Zustandekommen eines breiten Bündnisses verschiedener sozialer und politischer Kräfte erforderlich, in dessen Rahmen die Arbeiterklasse ihre Fähigkeit beweisen müsse, die führende Rolle zu spielen. Eine dauerhafte Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten bilde das Fundament dieses Bündnisses, das auch die vom Christentum inspirierten Volkskräfte umfassen müsse.

„Angesichts der den Interessen des Volkes widersprechenden Orientierung der multinationalen und nationalen monopolistischen Gruppen und der herrschenden Kreise, deren Politik im Europa des Gemeinsamen Marktes Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit er-

zeugt, messen beide Parteien den auf Einheit der linken Kräfte gerichteten Bestrebungen der Volksmassen große Bedeutung bei. Sie sollen auch im Rahmen des europäischen Parlaments Ausdruck finden. Sie müssen auf die Demokratisierung der europäischen Politik und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie auf den Aufbau eines demokrati-

schen, friedfertigen und unabhängigen Europa ausgerichtet werden.“⁹⁾

Zu vermerken ist aber auch eine gemeinsame weltpolitische Linie der „eurokommunistischen“ Parteien. Sie greifen vor allem den „amerikanischen Imperialismus“ an und unterstützen die angeblich friedensfördernde Außenpolitik der Sowjetunion.

III. Vorläufer des Eurokommunismus

Die Bekenntnisse der Eurokommunisten zum eigenen, friedlichen Weg zum Sozialismus, zu Parlamentarismus und zum Pluralismus sind nicht alle neu. Sie können sich auf frühere Äußerungen prominenter Vertreter des Kommunismus stützen.

1. Im Jahre 1937 hatten Stalin, Molotow und Woroschilow einen Brief an den spanischen Sozialisten Largo Caballero, der an der Spitze der republikanischen Regierung stand, gerichtet; er wird von Carrillo in seinem Buch zitiert. Dort heißt es u. a.:

„Die spanische Revolution eröffnet sich Wege, die sich in vielen Aspekten von denen unterscheiden, die Rußland gegangen ist. Sie ergeben sich aus den sozialen, historischen und geographischen Bedingungen und der internationalen Lage... Es ist durchaus möglich, daß der parlamentarische Weg der revolutionären Entwicklung sich als weit effizienter erweisen wird, als dies in Rußland der Fall war.“¹⁰⁾

2. 1946 gewährte der damalige Generalsekretär der französischen KP, Maurice Thorez, der zu dieser Zeit Minister war, der Londoner Times ein Interview, das am 18. November veröffentlicht wurde und damals großes Aufsehen erregte:

„Die Fortschritte der Demokratie in der Welt gestatten es, auf dem Marsch zum Sozialismus andere Wege einzuschlagen als jenen, den die russischen Kommunisten eingeschlagen hatten.“¹¹⁾

3. Im Jahre 1951 brachte die KP Großbritanniens ein Programm unter dem Titel ‚Der briti-

sche Weg zum Sozialismus‘ heraus. Heute wird, wie der Londoner Economist vermerkt, dieses Dokument von der britischen Partei stolz als früher Vorläufer ihrer gegenwärtigen eurokommunistischen Einstellung ausgegeben, — zu Unrecht, da es Stalin vor seiner Veröffentlichung vorgelegen hatte, der damit einverstanden gewesen war; von dem sowjetischen Autor Zarodow wird dies in seinem jüngst erschienenen Buch in einer Fußnote vermerkt¹²⁾.

4. 1956 verkündete Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem er auch seine Anklagerede gegen Stalin hielt, die Kommunisten des demokratischen Westens könnten auch auf parlamentarischem Wege zur Macht gelangen; dazu vermerkte Richard Löwenthal, daß „niemals vorher die Sowjetführer den kommunistischen Parteien der ganzen Welt erklärt hatten, es gäbe für sie andere mögliche Vorbilder als das der Oktoberrevolution. Die Volksfront der 30er Jahre war ausdrücklich auf den Zweck beschränkt, die Demokratien im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Heute hingegen wird der ‚parlamentarische Weg‘ als Mittel angepriesen, um den Sozialismus, d. h. die Machtergreifung der Kommunisten, zu verwirklichen.“¹³⁾

5. 1970 kam in Chile unter Allende die „Unidad Popular“ an die Macht, zu deren wichtigsten Stützen und Teilhabern die treu stalinistisch eingestellte KP Chiles gehörte, die 1968 den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR ausdrücklich gebilligt hatte. Diese Volksfront verkündete, einen eige-

⁹⁾ Zitiert nach M. Bossi und H. Portelli, Les P. C. espagnol, français et italien face au pouvoir, Paris 1976, S. 30 ff.

¹⁰⁾ S. Carrillo, a. a. O., S. 157/8.

¹¹⁾ Zitiert aus Jacques Fauvet, Histoire du Parti Communiste Français, Bd. II, Paris 1965, S. 187.

¹²⁾ The Economist, London, vom 6. Mai 1978, S. 131.

¹³⁾ Richard Löwenthal, Chruschtschow und der Weltkommunismus, Stuttgart 1963, S. 27.

nen chilenischen Weg zu einem demokratischen Sozialismus gehen zu wollen. Ihr Programm würde heute als Dokument des Eurokommunismus angesehen werden. Mehr noch: Als der Generalsekretär dieser chilenischen Partei, der gegen den Sowjet-Dissidenten Bukowsky ausgetauscht worden war, nach Rom kam, wo er von Berlinguer sehr herzlich begrüßt wurde, stimmte er der Politik der KPI voll zu:

„Ich bin von dem Begriff ‚historischer Kompromiß‘ begeistert. Er entspricht genau dem, was wir versucht haben. Schon immer, schon als Frei noch an der Macht war, haben wir danach getrachtet, zu einem Abkommen, zu einem Bündnis mit den Christlichen Demokraten zu gelangen. Ich zögere nicht zu sagen, daß wir — Chiles Kommunisten — in diesem Sinne Vorläufer gewesen sind.“ ¹⁴⁾

IV. Die Kommunistische Partei Italiens

Die größte kommunistische Partei des Westens ist auch die erste, die den Weg zum Eurokommunismus betrat. Viele der Charakteristika ihrer Konzeption erwachsen aus der Geschichte — nicht nur der Partei, sondern auch des Landes. Das gilt sogar für den Ausdruck „historischer Kompromiß“, den die italienischen Geschichtsschreiber gebrauchten, um das Zustandekommen der staatlichen Einheit Italiens zu kennzeichnen ¹⁵⁾.

Die frühen Jahre

In den wirren Jahren nach dem Ersten Weltkrieg wußte die Sozialistische Partei, die bei den Wahlen von 1919 zur stärksten Partei Italiens geworden war, nicht, was sie mit ihrer Kraft anfangen sollte. Ihr „rechter“, reformistischer Flügel unter Turati trat für eine Re-

Angesichts der zitierten Dokumente der Eurokommunisten und seiner Vorläufer mag es verständlich sein, daß einige die Meinung vertreten, diese Richtung sei eine „sozialdemokratische Abweichung“, andere wieder vermuten, es handle sich um ein Manöver, das wie ein trojanisches Pferd die Demokratien von innen aushöhlen und schließlich erobern soll.

Um dem Leser ausreichende Informationen und Denkanstöße zu liefern, damit er sich eine eigene Meinung über das Wesen des Eurokommunismus zu bilden vermag, wenden wir uns nun den drei Parteien, der KP Italiens, Spaniens und Frankreichs, zu und skizzieren nicht nur ihre historischen Wurzeln und ihre theoretisch-politischen Konzeptionen, sondern auch ihre gegenwärtige Praxis.

gierungscoalition mit den Bürgerlichen ein, während die große Parteimehrheit unter Leitung Serratis eine solche Politik entschieden ablehnte und mit der Komintern sympathisierte, radikale Worte gebrauchte, aber in der Praxis keine diesen Worten entsprechende Strategie verfolgte, obschon die Mehrheit der Arbeiter, ein beträchtlicher Teil der Bauern und der Intellektuellen revolutionär gestimmt, wengleich auch von konfusen Vorstellungen erfüllt war. *„Wenn es je ein Land gegeben hat, in dem die Verhältnisse denen Rußlands glichen, so war es Italien, wo die Bauern nicht konservativ waren, die Intellektuellen sich in Mehrheit zum Sozialismus bekannten und der Süden in tiefer Unruhe lebte.“* ¹⁶⁾

Im August 1920 kam es zu Streiks, Aussperrungen und zu einer Welle von Betriebsbesetzungen, die niemand erwartet hatte. Die Arbeiter versuchten, die Unternehmen in eigener Regie zu führen. Dies konnte jedoch nicht gutgehen, da sie weder Bankkredite noch Rohstoffe erhielten und auch nicht wußten, wie sie ihre Waren absetzen sollten. Es schien nur noch eine Alternative zu geben: entweder zu kapitulieren oder die Bewegung zu radikalieren und zu politisieren, d. h. den Versuch zu unternehmen, die Macht im Staat

¹⁴⁾ Zitiert aus Annie Kriegel, a. a. O., S. 118.

¹⁵⁾ „Das Wort ‚Kompromiß‘ ist von den italienischen Historikern verwendet worden, um die Bildung des Einheitsstaates zu charakterisieren. Dieser Staat ist nicht aus einer radikalen bürgerlichen Revolution erwachsen, (sondern) aus einem Kompromiß, den die Monarchie von Savoyen mit einigen Schichten der Aristokratie und der Bourgeoisie schloß. Diese Elemente haben einen rechten Block gebildet, der zum Mittelpunkt des neuen Staates wurde und der die Volksmassen ausschloß... Es handelt sich also um einen Begriff aus dem Vokabular der italienischen Historiographen, der außerhalb Italiens schwer zu verstehen ist.“ Giorgio Amendola, in H. Weber (Hrsg.), a. a. O., S. 72.

¹⁶⁾ Franz Borkenau, World Communism, University of Michigan Press, 1963, S. 210.

zu ergreifen. Eine gemeinsame Konferenz von Gewerkschafts- und Parteiführern beschloß den Rückzug und verhandelte mit der Regierung, die versprach, die Lage der Arbeiter zu bessern. Die Betriebe wurden geräumt. Der Schreck, den diese Bewegung dem Bürgertum versetzt hatte, ebnete dem Faschisten Mussolini den Weg zur Macht.

Während der kritischen Wochen war Serrati in Moskau, um am II. Weltkongreß der Komintern teilzunehmen. Hier wurde ihm ein Ultimatum gestellt: Falls die Italiener wünschten, in die Komintern aufgenommen zu werden, müßten sie die von der Spitze der Komintern formulierten 21 Punkte annehmen.

In Punkt 1 hieß es, die Kommunisten dürften nicht mehr nur die Bourgeoisie bekämpfen, „sondern müßten auch deren Agenten, die Reformisten aller Schattierungen, entlarven“.

Punkt 2 machte es allen Parteien zur Pflicht, alle Reformisten und „Zentristen“ aus den verantwortlichen Positionen zu entfernen und sie durch zuverlässige Kommunisten zu ersetzen.

Punkt 3 verpflichtete jede Partei, neben ihrer legalen Organisation einen „Untergrundapparat“ zu schaffen.

Punkt 4 verlangte, alle Parteien müßten alles daransetzen, die Streitkräfte ihres Landes zu ersetzen.

Punkt 7 betonte nochmals und ultimativ, alle Parteien müßten sobald wie möglich mit den Reformisten und Zentristen in den eigenen Reihen brechen, wobei die wichtigsten Vertreter dieser Richtungen namentlich genannt wurden.

Punkt 8 machte es zur Pflicht, die revolutionären Befreiungsbewegungen in den Kolonien zu fördern.

Punkt 11 verfügte die Unterordnung der parlamentarischen Fraktion unter das Zentralkomitee.

In Punkt 12 hieß es: „In der gegenwärtigen Phase des Bürgerkrieges wird eine kommunistische Partei ihre Pflichten nur erfüllen können, wenn sie in höchstem Grad zentralisiert ist und eiserne Disziplin wahrt. Das Zentralkomitee muß unbeschränkte Macht und Autorität besitzen.“

Punkt 15 verpflichtete alle Parteien, die sich der Komintern anschließen wollten, ihre Programme der Komintern-Führung vorzulegen und kein Programm anzunehmen, dem die

Kominternführung (das Exekutivkomitee der Komintern, kurz „EKKI“) nicht ausdrücklich zugestimmt habe.

Punkt 16 legte fest, daß alle Beschlüsse des Weltkongresses und des EKKI für alle Parteien bindend seien.

Serrati wehrte sich, versprach aber, diese Punkte dem nächsten italienischen Parteitag vorzulegen. Er wußte, daß die große Mehrheit der Partei hinter ihm stand.

Die Komintern stützte sich zunächst auf Teile der Sozialistischen Jugend, eine revolutionäre Gruppe von Intellektuellen in Turin (zu der unter anderem Gramsci und Togliatti gehörten), die einigen Einfluß auf die norditalienischen Arbeiter hatte und seit 1919 die Zeitschrift *Ordine Nuovo* herausgab, sowie eine weitere Gruppe, die sich um Bordiga scharte. Dieser gehörte zur internationalen „Ultralinken“, deren Auffassungen von Lenin in seinem Buch *Der Radikalismus — eine Kinderkrankheit des Kommunismus* verworfen wurden.

Der Parteitag der Sozialisten trat im Februar 1921 in Livorno zusammen. Zwei Kommissare der Komintern traten auf, klar darum bemüht, die Partei zu spalten und eine kommunistische Partei zu begründen. Schließlich stimmte ein Drittel der Delegierten für und zwei Drittel gegen die Annahme der 21 Punkte — und damit gegen den Eintritt in die Komintern, wobei anzumerken ist, daß die weit größere Mehrheit der unzureichend informierten Delegierten gegen die Spaltung war und auch nicht alle Aktivisten, die als Parteitagsdelegierte für die Komintern gestimmt hatten, der bald darauf gegründeten kommunistischen Partei Italiens beitraten. Noch vor der Spaltung hatte sich die Wochenschrift *Ordine Nuovo* in eine Tageszeitung verwandelt und wurde zum Organ der KPI, mußte aber bereits 1922 ihr Erscheinen einstellen. Während der ersten Regierungsperiode Mussolinis wurde sie (1924) zu neuem Leben erweckt, erschien aber auch als Zweimonatsschrift nicht regelmäßig und verschwand 1925 ganz.

Bereits 1921 hatte der Straßenterror der Schwarzhemden begonnen. Er verschärfte sich, als Mussolini im Oktober 1922 zum Ministerpräsidenten berufen wurde und nach jenem mythischen „Marsch auf Rom“ (den er selbst mit seinen engsten Freunden im Schlafwagen zurückgelegt hatte) sein Amt antrat.

Die Kommunisten waren außerstande, diese Machtübernahme zu verhindern, während die

Sozialisten in Passivität verharren. Ihr Führer, Pietro Nenni, Herausgeber der Zeitung *Avanti*, schrieb damals, daß es sich nur um eine neue Etappe im Kampf zwischen zwei entgegengesetzten Fraktionen der Bourgeoisie handele, aus dem die Arbeiter sich heraushalten sollten¹⁷⁾.

Bis 1924 behielt das Regime Mussolinis eine demokratische Fassade: Das Parlament blieb erhalten, einige oppositionelle Zeitungen durften weiterhin erscheinen, während sich der Straßenterror der *Fasci* ausdehnte. Im August 1924 wurde der wichtigste Sprecher der Opposition, der Sozialist Matteoti, auf offener Straße ermordet. Die Opposition zog sich daraufhin protestierend aus dem Parlament zurück, was Mussolini den Weg zur Diktatur erleichterte, die er 1926 errichtete. Nun wurden alle Parteien der Opposition verboten und verfolgt, wobei sich der Diktator nicht mehr nur auf seine Schwarzhemden, sondern auf alle Machtmittel des Staates stützen konnte. Die KPI, die bereits durch Fraktionskämpfe und den faschistischen Terror geschwächt war, wurde fast vollständig zerschlagen. Viele ihrer Führer (darunter auch Antonio Gramsci) wurden ins Gefängnis geworfen, andere zur Emigration gezwungen (darunter Togliatti, der nach Moskau ging, in der Komintern-Führung eine bedeutende Rolle spielte und erst 1944 nach Italien zurückkehrte).

Unter der Diktatur vermochte die illegale KP — der sich 1924 wieder Serrati mit einer Gruppe linker Sozialisten angeschlossen hatte — keine größere Bedeutung zu erlangen. Ihre interne Führung, der eine Zeitlang auch Ignazio Silone angehörte, versuchte allen widrigen Umständen zum Trotz, die Parteiarbeit weiterzuführen. Die Mehrzahl der Kommunisten ging ins Ausland, und die Partei wurde immer wieder durch innere Auseinandersetzungen erschüttert, die regelmäßig zu Ausschlüssen prominenter Funktionäre führten.

1943—1956

1943 begann in Norditalien eine antifaschistische Bewegung aktiv zu werden. Im März dieses Jahres brach in Turin ein großer Streik aus, der sich auf weite Gebiete des Nordens ausdehnte. Kommunisten, Sozialisten und republikanische Antifaschisten erwachten zu neuem Leben.

Im Juli 1943 landeten die alliierten Truppen auf Sizilien: Von dort aus stießen sie im September nach Süditalien und eroberten bereits im Oktober Neapel.

Noch vor der Landung auf Sizilien war am 22. Mai in einem in Moskau publizierten kommunistischen Organ ein Artikel von Togliatti unter seinem Decknamen „Ercoli“ erschienen, in dem er eine neue politische Linie der italienischen Kommunisten vorzeichnete. Dort hieß es:

*„Unter den Offizieren des Heeres und der Flotte, in der katholischen Bourgeoisie, unter den Industriellen und Intellektuellen und innerhalb der faschistischen Partei erkennt eine wachsende Zahl von Menschen die Notwendigkeit, mit Deutschland zu brechen, ehe es zu spät ist ... Noch immer bestehen die objektiven Bedingungen für die Schaffung einer breiten Front nationaler Kräfte, die das Land durch den Sturz Mussolinis aus dem Krieg herausführt.“*¹⁸⁾

Diese Auffassung widersprach jedoch den Ideen der in Italien kämpfenden Kommunisten und ihren sozialistischen Verbündeten. Sie waren auf radikalen Kampf eingestellt und traten auch für eine Republik ein. So entstand unter den an Bedeutung gewinnenden Antifaschisten, die bereits den Partisanenkampf begonnen hatten, beträchtliche Verwirrung. Die Kommunisten und die ihnen eng verbundenen Sozialisten waren von sozial-revolutionären Auffassungen erfüllt. Auch die „Partei der Aktion“ unter Führung Parris war entschieden für eine Republik. All diese Parteien und Gruppen lehnten jegliche Beteiligung an einer bürgerlichen, noch dazu von hohen Offizieren im Rahmen der Monarchie gebildeten Regierung ab. Aber eine solche Regierung war in Süditalien unter Marschall Badoglio (der Mussolini verhaften ließ und am 9. September die Kapitulation unterzeichnete) gebildet worden. Inmitten dieser verworrenen Lage kehrte Togliatti im März 1944 nach Italien zurück. Die Bedeutung dieser Rückkehr sollte der spätere Ministerpräsident Bonomi in seinem 1947 erschienenen Buch mit den folgenden lyrischen Zeilen charakterisieren:

„Da erschien aus entferntem Lande wunderbar ein Ritter der Vorsehung, ein wiedererstandener Lohengrin, der sich Badoglio zur Seite stellte und ihn ans sichere Ufer trug.“

¹⁷⁾ Alfonso Leonetti, Notes sur Gramsci, Paris 1970, S. 114.

¹⁸⁾ Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus, München o. J., S. 269.

Der Ritter kam aus Rußland und heißt Palmiro Togliatti.“¹⁹⁾

Togliatti erklärte sich bereit, in die Regierung des Marschalls einzutreten; er kämpfte mit Entschlossenheit für jene Politik der breiten antifaschistischen Front, die er bereits in dem oben erwähnten Artikel skizziert hatte. Es gelang ihm, nicht nur die anderen antifaschistischen Parteien zur Beteiligung an der Regierung zu drängen, sondern auch seiner Partei diese Politik aufzuzwingen, die auf jegliche sozialrevolutionäre Tätigkeit verzichtete. Das war die berühmt-berüchtigte „Wendung von Salerno“, die an die Tradition der Volksfront der dreißiger Jahre anzuknüpfen schien, was mit den damaligen Interessen und Absichten der Sowjetführer übereinstimmte. Schon deshalb wäre es grundfalsch, den 1944 geschlossenen, aber nicht so benannten „historischen Kompromiß“ mit der Monarchie und den bürgerlichen Kräften als Vorläufer des historischen Kompromisses von Berlinguer und die damalige Politik Togliattis als ersten Schritt auf dem Weg zum Eurokommunismus zu betrachten. Togliatti tat nur dasselbe wie sein französischer Kollege Maurice Thorez, der in einer von de Gaulle geführten Regierung ein Ministeramt übernahm und der bis 1947, d. h. bis zum Beginn der Kalten Kriege, Minister blieb. Freilich entsprach die von Togliatti eingeschlagene politische Linie nicht nur den Wünschen Stalins, sondern auch seiner eigenen Einschätzung der Lage Italiens. Ein so entschiedener Antikommunist wie Borkenau konnte seine Bewunderung für die geschickte Taktik Togliattis nicht verhehlen, als er schrieb:

*„Togliatti hatte sich durch seine zeitweilige Unterstützung der Monarchie eine wahre Schlüsselstellung in der italienischen Politik gesichert. Unter seiner Führung vermied die Partei bis Kriegsende jede Verwicklung in den Kampf zwischen Monarchisten und Republikanern. So erwarb sich Togliatti die Stellung eines Schiedsrichters.“*²⁰⁾

Togliatti blieb in der Regierung Bonomi, die im Juni 1944 nach der Befreiung Roms gebildet worden war, Justizminister; im Kabinett

¹⁹⁾ Ivano Bonomi, „Diario di un anno“, zitiert bei Franz Borkenau, Der europäische Kommunismus, S. 271.

²⁰⁾ Borkenau, Der europäische Kommunismus, S. 431. Dieses Buch ist weit weniger ernst zu nehmen als das frühere Werk (World Communism). Es enthält ernste Fehler und interpretiert die Entwicklung in einer fragwürdigen Weise.

waren außer ihm noch drei weitere Kommunisten. Inzwischen hatten die Kommunisten in dem von den Deutschen besetzten Norden große Fortschritte erzielt, ihre Partisanenarmee aufgebaut und sogar „Volksgerichte“ geschaffen, die Faschisten, aber auch andere Gegner der Kommunisten aburteilten. Es war, als habe es in Italien damals zwei kommunistische Parteien gegeben — eine gemäßigte im Süden und eine radikale im Norden.

Als die deutschen Truppen in Italien kapitulierten und das von ihnen beherrschte Gebiet räumten, schien manchen eine wahrhaft „kommunistische Revolution“ möglich zu werden. Doch Togliatti hielt an seiner Politik fest und setzte sie auch im Norden durch.

1945 drängte der neue Ministerpräsident Parri gemeinsam mit den Alliierten darauf, die Partisanen zu entwaffnen und die „Volksgerichte“ aufzulösen. Togliatti, der nach wie vor in der Regierung war, unterstützte ihn. Die Partisanen gaben ihre Waffen ab und lösten ihre militärischen Einheiten auf. Auch die Volksgerichte verschwanden, ohne daß es zu bemerkenswerten Rebellionen gekommen wäre. Auf Parri folgte im November 1945 der Christdemokrat de Gasperi, unter dem im Juni 1946 eine Volksabstimmung über die künftige Staatsform Italiens stattfand. Fast 13 Millionen Italiener entschieden sich für die Republik, aber immerhin 11 Millionen wollten die Beibehaltung der Monarchie. Bei den am gleichen Tag abgehaltenen Parlamentswahlen wurde die *Democrazia Cristiana* mit 207 von 556 Abgeordneten die stärkste Partei, gefolgt von den Sozialisten mit 115 und den Kommunisten mit 104 Parlamentssitzen. Der neuen, wieder von de Gasperi geführten Regierung gehörten Sozialisten und Kommunisten an. Im Mai 1947 verloren die Kommunisten jedoch ihre Posten, ohne daß es zu stärkeren Protesten oder gar Massenbewegungen gekommen wäre. Auch weiterhin beteiligten sich die kommunistischen Parlamentarier aktiv an der Erarbeitung der neuen Verfassung, die im Dezember 1947 vom Volk in einem Referendum gutgeheißen wurde. Es war dies ein recht „progressives“ Dokument, das unter anderem die Schaffung von weitgehend autonomen Regionen vorsah. Die Kommunisten, die zu seinen „Vätern“ gehört hatten, galten von nun an als verfassungstreu, was ihnen späterhin zugute kommen sollte.

Doch inzwischen war der ‚Kalte Krieg‘ ausgebrochen. Die Christdemokraten führten im Zeichen des Antikommunismus eine Kampagne

durch und versuchten, bei den Parlamentswahlen im April 1948 die absolute Mehrheit zu erringen. Im Juli desselben Jahres schoß ein Student auf Togliatti, der zwar verletzt wurde, aber mit dem Leben davonkam. Ein vom Gewerkschaftsbund C. G. I. L. angeführter Massenstreik vermochte die Regierung nicht zu erschüttern, hatte aber die Abspaltung der Nicht-Kommunisten vom Gewerkschaftsbund zur Folge.

Bis 1956 betrieb die KPI, die nach wie vor eng mit der KPdSU zusammenarbeitete, eine erfolgreiche Politik, die man zwar als „klassenkämpferisch“, aber kaum als „revolutionär“ bezeichnen konnte. Die Zahl ihrer Mitglieder wuchs, ihr Einfluß nahm zu, und bald versuchte sie, auch die Sozialisten, die mit ihr verbunden blieben, zu überholen, nachdem sich deren rechter Flügel abgespalten hatte.

1956—1972

Den Weg zum „Eurokommunismus“ beschritt die KPI bereits 1956 — nach Chruschtschows Rede über die Verbrechen Stalins. Im Juni dieses Jahres erschien in der Zeitschrift *Nuovi Argumenti* ein Interview mit Togliatti, das großes Aufsehen erregte. Er meinte, die Kritik Chruschtschows sei nicht tief genug gegangen. Es genüge nicht, den Personenkult zu verdammen, vielmehr gelte es, drei grundlegende Fragen zu beantworten: 1. Erklären sich die Verbrechen Stalins nicht etwa aus einer Degeneration des Sowjetsystems? 2. Hat das Prestige der gegenwärtigen Führer der KPdSU, die ja an den von ihnen jetzt angeprangerten Verbrechen mitbeteiligt waren oder sie doch zumindest toleriert hatten, nicht Schaden gelitten? 3. Kann die Sowjetunion nach alledem noch als Zentrum des Weltkommunismus angesehen werden?

Damit wandte sich Togliatti zum erstenmal klar von Moskau ab und bekannte sich zum „Polyzentrismus“. ²¹⁾

Angesichts der schweren Krise, in die die KPI als Folge des Polnischen Oktober und des so-

wjetischen Einmarsches in Ungarn geriet ²²⁾, hielt sich Togliatti mit seiner Kritik an Moskau zurück, ohne aber seine „heterodoxen“ Ideen aufzugeben. Im Gegenteil: Er ging nun daran, eine der italienischen Wirklichkeit besser angepaßte Strategie zu entwickeln, wobei er auf die Ideen Gramscis zurückgriff und sie weiterzuentwickeln suchte. Diese Strategie war insofern „revisionistisch“, als sie die sozialistische Revolution nicht als offensive, sich innerhalb eines kurzen Zeitraums vollziehende Umwälzung, sondern als einen lange Jahre währenden Stellungskrieg charakterisierte, währenddessen die Kommunisten — auf die Allianz mit einem neuen „sozialen Block“ aus Bauern, Mittelschichten, Technikern und Intellektuellen gestützt — die Hegemonie erobern und Bastionen in Staat und Gesellschaft besetzen sollten: Ein „langer Marsch durch die Institutionen“ sollte schrittweise Staat und Gesellschaft verwandeln.

Auf dem X. Kongreß seiner Partei im Jahre 1962 erklärte Togliatti:

„Man muß die Frage stellen, ob die arbeitenden Klassen nicht schon im Rahmen eines noch bürgerlichen Staates Positionen zu erobern vermögen, um in diesem Rahmen, von innen heraus, nach und nach den Klassencharakter dieses Staates zu verändern.“ ²³⁾

Dieser Kampf müsse sowohl im Parlament als auch außerhalb dieser Institution durch die Mobilisierung der Massen geführt werden — als Kampf für die Vertiefung und die Verbreiterung der Demokratie, an dessen Ende der Sozialismus stehen würde.

Bei aller Kritik an der leninistischen Konzeption und an der Moskauer Führung blieb Togliatti bemüht, freundschaftliche Beziehungen zur KPdSU aufrechtzuerhalten. 1964 reist er auf die Krim, um sich zu erholen, und dort starb er, nachdem er noch ein politisches Testament an die KPI abgefaßt hatte. Die Nachfolge an der Parteispitze trat zunächst der ehemalige Spanienkämpfer und Partisanenführer Luigi Longo an. Auf ihn folgte 1971 der aus Sardinien stammende Intellektuelle Enrico Berlinguer.

²¹⁾ Dieser Begriff war nicht sonderlich glücklich. Als die KPF ihn angriff, wurde er von der KPI-Führung Ende 1961 wie folgt erläutert: „Dieser Begriff darf nicht im Sinne der Bildung mehrerer regionaler Zentren verstanden werden. Er dient dazu, die unverzichtbare Autonomie jeder Partei im Rahmen des proletarischen Internationalismus zu unterstreichen.“ Zitiert von Giorgio Balli, in: *Polycentrism*, London 1962, S. 135.

²²⁾ Aus dem Bericht, den das Zentralkomitee der KPI im Januar 1960 dem IX. Parteitag vorlegte, ging hervor, daß allein im Verlauf des Jahres 1957 217 000 Mitglieder ausgetreten waren, während die Gesamtzahl der Mitglieder 1 787 000 betrug. Vgl. Giorgio Galli, a. a. O., S. 127.

²³⁾ Zitiert nach Henri Weber, a. a. O., S. 40.

Die Strategie des historischen Kompromisses

In drei Artikeln, die die Lehren aus der chilenischen Erfahrung ziehen sollten und die im theoretischen Organ der Partei, *Rinascita*, am 28. September, 5. und 9. Oktober 1971 erschienen, formulierte Berlinguer seine strategische Konzeption. Er bezog sich auf frühere Äußerungen Togliattis und erklärte, die Aufgabe der Partei bestehe darin, ein Programm für die Gesundung und die demokratische Erneuerung der Gesellschaft und des Staates auszuarbeiten, die große Mehrheit des Volkes zu gewinnen und auf der Grundlage dieses Programms eine Neuordnung der politischen Kräfte zu erreichen, die es verwirklichen könnten. Die italienischen Kommunisten seien sich dessen bewußt, und die chilenische Erfahrung habe es erneut bewiesen, daß die antidemokratische Reaktion desto stärker und gewaltsamer würde, je mehr die Kräfte des Volkes an die Schalthebel der Macht gelangten. Die Schlußfolgerungen, die die KPI daraus ziehen müßte, seien:

„Wir meinen, daß die Versuche der herrschenden sozialen Gruppen, den demokratischen Rahmen zu durchbrechen, das Land in zwei Lager zu spalten und die reaktionäre Gewalt zu entfesseln, uns dazu veranlassen sollten, noch entschiedener für die Freiheit und den demokratischen Fortschritt einzutreten, die vertikale Spaltung des Landes zu verhindern, und mit noch größerer Entschiedenheit, Klugheit und Geduld die reaktionären Gruppen zu isolieren und nach Möglichkeiten zu suchen, zu einem Einverständnis aller Volkskräfte zu kommen ...“

„Es schien uns immer falsch, den demokratischen und den parlamentarischen Weg gleichzusetzen. Wir sind nicht dem parlamentarischen Kretinismus verfallen. Wir betrachten das Parlament als eine wesentliche Institution des politischen Lebens ... nicht nur jetzt, sondern auch während des Übergangs zum Sozialismus und während seines Aufbaus. Das Parlament kann nicht mehr — wie in der Epoche Lenins — einfach als Tribüne angesehen werden, von der aus die Übel des Kapitalismus angeprangert und der Sozialismus propagiert werden. Doch kann das Parlament seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es zum ‚Spiegel des Landes‘ wird und wenn die parlamentarischen Initiativen der Parteien der Arbeiterbewegung eng mit dem Kampf der Massen und dem Wachstum einer demokratischen Macht in der Gesellschaft verbunden

bleiben. Der Entschluß, den Kampf auf dem Boden der demokratischen Legalität zu führen, heißt nicht, einer Art legalistischer Illusion zu verfallen und darauf zu verzichten, ... eine dauerhafte Bewegung mit dem Ziel einer tiefgehenden demokratischen Erneuerung der Gesetze, der Regeln, der Strukturen und der Apparate des Staates voranzutreiben. Eine grundlegende, auf demokratischem Wege zu erreichende Verwandlung der Gesellschaft bedarf des Konsenses: In Italien kann sie durch eine Revolution verwirklicht werden, die von der großen Mehrheit des Volkes getragen wird ... So gewinnt das Problem der Bündnisse entscheidende Bedeutung ... Man muß ein Programm tiefgehender sozialer Wandlung ... durchführen, ohne die Feindschaft der breiten Mittelschichten zu erwecken, sondern im Verlauf aller Phasen seiner Verwirklichung die Unterstützung der großen Bevölkerungsmehrheit zu gewinnen suchen ...“

„Wir haben es immer gedacht, und die chilenische Auffassung stärkt uns in dieser Auffassung, daß die Einheit der Arbeiterparteien und die Kraft der Linken nicht ausreicht, die Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie zu sichern, wenn sich dieser Einheit ein Block entgegenstellt, der von der Mitte bis zur extremen Rechten reicht. Das zentrale Problem Italiens besteht darin, die Entstehung eines solchen Blocks zu verhindern und die sozialen und politischen Kräfte der Mitte für konsequente demokratische Positionen zu gewinnen ... Es wäre illusionär zu glauben, daß selbst das Erreichen von 51 Prozent durch die Kräfte der Linken und der Gewinn einer solchen Mehrheit der Parlamentsmandate genügen würde, um das Bestehen einer Regierung zu garantieren, die diese 51 Prozent vertreten würde. Dies ist der Grund, warum wir nicht von einer Alternative der Linken, sondern von einer demokratischen Alternative sprechen, d. h. von einem Bündnis von Kommunisten und Sozialisten mit jenen Kräften, die vom Katholizismus inspiriert sind, und anderen demokratischen Gruppen ...“

Es sei falsch, die *Democrazia Cristiana* als eine unhistorische, ihrem Wesen nach unveränderbare Gruppierung anzusehen. Man müsse sie vielmehr im historisch-politischen Kontext sehen, in dem sich diese heterogene Formation entwickelt. Es sei möglich und notwendig, zumindest wesentliche Teile von ihr für eine Zusammenarbeit mit der Linken zu gewinnen.

Berlinguer beendete seine Artikelserie mit dem Satz:

„Die ernstesten Probleme, vor denen das Land steht, die andauernde Gefahr reaktionärer Abenteuer, die Notwendigkeit, der Nation einen sicheren Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur sozialen Erneuerung und zum demokratischen Fortschritt zu ebnet, machen es zur dringenden Aufgabe, zu einer Übereinkunft der Kräfte zu gelangen, die die große Mehrheit des italienischen Volkes umfassen und vertreten — eine Übereinkunft, die man einen neuen, großen ‚historischen Kompromiß‘ nennen kann.“

Die Probe aufs Exempel

Im Zeichen des historischen Kompromisses gelang es der KPI, ihren Einfluß zu erweitern.

1974 spielte sie eine führende Rolle im Kampf für das Ehescheidungsrecht, das durch ein Referendum durchgesetzt wurde. Die Gegner dieses Gesetzes, an deren Spitze der Christdemokrat Fanfani stand, mußten die Niederlage hinnehmen. Der rechte, entschieden antikommunistische Flügel der DC wurde geschwächt.

1975 errangen die Kommunisten bei den Regional- und Kommunalwahlen die Herrschaft über wichtige Regionen und eroberten die Rathäuser fast aller großen Städte. Die ersten „Bastionen“ des Staates waren genommen.

1976 erzielten sie bei den Parlamentswahlen einen großen Erfolg. 1977 nahm ihre Bedeutung weiterhin rapide zu, und schließlich

wurden sie 1978 offiziell in die „Regierungsmehrheit“ aufgenommen. Zwar erhielten sie keine Ministerien, doch das christdemokratische Kabinett Andreotti hing von den Stimmen der Kommunisten ab. Bald aber begannen auch die Schwierigkeiten, die die neue Strategie mit sich brachte. Da sie eine „Bürgfriedenspolitik“ betrieben und auch die Wirtschaftspolitik der Regierung stützen mußten, verloren sie bei Arbeitern und jungen Intellektuellen an Boden, da sie alle gegen die Regierungspolitik gerichteten Protestbewegungen abzubremsten begannen. Die kommunistischen Führer — auch Lama, der Vorsitzende der Gewerkschaft CGIL — wurden auf Massen- und Betriebsversammlungen ausgepfiffen. Auch in der Kommunalpolitik gab es Ärger. Viele waren von der Tätigkeit der kommunistischen Stadtverwaltungen enttäuscht. Ultralinke Gruppierungen entstanden, und der Terror der Roten Brigaden steigerte sich. Am 15. Mai 1978 mußte die KPI bei Teilwahlen Verluste hinnehmen. Am 25. Mai hielt Berlinguer vor den kommunistischen Provinzsekretären eine Rede, in der er diese Rückschläge zu erklären versuchte:

„Ein Teil der Wechselwähler, die 1975 und 1976 zu uns kamen, war von der großen Hoffnung, aber auch von der Illusion getragen, daß ein kommunistischer Vormarsch genügen würde, um relativ leicht und schmerzlos aus der Krise des Landes herauszufinden.“ Freilich seien diese Rückschläge aus der „gewiß nicht bequemen“ Lage der Kommunisten zu erklären, die „Kampf- und Regierungspartei“ zugleich sein müssen“, aber gegenwärtig weder regieren noch opponieren könnten²⁴⁾.

V. Die Kommunistische Partei Spaniens

Die 1921 gegründete Partei²⁵⁾ blieb lange eine ‚Sekte‘ und gewann erst mit dem Entstehen der Volksfront (1935/36) an Bedeutung. Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges wurde sie bald zur führenden Kraft im republikanischen Lager: Die Sowjetunion war das einzige Land, das die Republik unterstützte, sie mit Geld und Waffen versorgte, militärische Berater und auch Agenten der GPU nach Spanien entsandte. Die KP Spaniens wurde zum

wichtigsten Instrument Stalins. Sie leitete die Internationalen Brigaden, gewann entscheidenden Einfluß auf die (von Sozialisten geführten) republikanischen Regierungen und spielte — in enger Zusammenarbeit mit der GPU — eine wesentliche Rolle im Kampf gegen linke, aber revolutionär und antistalinistisch eingestellte Gruppen²⁶⁾. Nach dem Sieg Francos befand sich die Parteiführung im Ausland, während in Spanien selbst kommu-

²⁴⁾ Hans-Jakob Stehle, in: Die Zeit, 16. Juli 1978.

²⁵⁾ Eine gute Darstellung der jüngsten Entwicklung dieser Partei kann der Leser im Beitrag von W. Haubrich, in: H. Timmermann (Hrsg.), Eurokommunismus, Frankfurt 1977, S. 127—153, finden.

²⁶⁾ Die wohl beste in deutscher Sprache vorliegende Geschichte des Bürgerkrieges ist zur Zeit wohl Pierre Broué und Emile Témime, Revolution und Krieg in Spanien, 2 Bde., Suhrkamp Taschenbücher, Frankfurt 1975.

nistische Kader, ständig verfolgt, einen an Opfern reichen Kampf führten.

Die Partei blieb bis 1968 moskautreuer, dann erst setzten die Veränderungen ein. Die Parteiführung verurteilte den Einmarsch der UdSSR in die Tschechoslowakei mit größerer Schärfe und Entschiedenheit als etwa die KP Frankreichs. Sie richtete Angriffe gegen die KPdSU und erarbeitete eine neue, von der KPI beeinflusste „eurokommunistische“ Politik. Sie befürwortete den „friedlichen Weg“ zur pluralistischen Demokratie und zur Zusammenarbeit mit allen gegen das Franco-Regime kämpfenden Gruppen. Diese Linie wurde in ihrem, vor Francos Tod geschriebenen und 1975 veröffentlichten *Manifiesto-Programa* festgelegt. Die von dem Kommunisten Marcelino Camacho geführten und immer aktiver werdenden „Arbeiterkommissionen“ billigten den neuen Kurs der Partei. Alle Versuche Moskaus, die Partei zu spalten, blieben erfolglos.

Nach Francos Tod, kurz vor der Legalisierung der KP, verfaßte Generalsekretär Carrillo sein Buch *Eurocomunismo y Estado*, ein reichlich konfuses Werk, aus dem in der Folge einige der charakteristischsten Abschnitte zitiert werden sollen ²⁷⁾.

Seine eigenen Grundauffassungen drückte Carrillo mit den folgenden Worten aus:

„Wir werden die Ideen des revolutionären Marxismus nicht aufgeben: den Begriff des Klassenkampfes, des historischen und dialektischen Materialismus, des weltrevolutionären Prozesses, der dem Imperialismus ein Ende bereiten wird.“ ²⁸⁾

Womit der Generalsekretär lediglich bewies, wie sehr er dem „offiziellen“ Marxismus-Leninismus verhaftet geblieben war. Den Gegensatz zwischen Eurokommunismus und Sozialdemokratie stellte er wie folgt dar:

„Es darf keine Konfusion von Eurokommunismus und Sozialdemokratie aufkommen. (Der Eurokommunismus) ist darauf gerichtet, die kapitalistische Gesellschaft zu transformieren (sic! B. G.) und nicht darauf, sie zu verwalten,

²⁷⁾ Auf das wesentlich ernstere Buch des „linken“ Eurokommunisten Fernando Clandin, *Eurocomunismo y Socialismo*, Madrid 1977, können wir aus zwei Gründen nicht eingehen: 1., weil dafür der hier zur Verfügung stehende Platz nicht ausreicht, und 2., weil Clandin 1964 aus der KP ausgeschlossen wurde und somit nicht als Sprecher der Partei angesehen werden kann.

²⁸⁾ S. Carrillo, a. a. O., S. 29.

eine Alternative zum System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu erarbeiten, statt sich in dieses System zu integrieren . . .“

„Wir kehren nicht zur Sozialdemokratie zurück, weil wir die Möglichkeit einer revolutionären Machtergreifung nicht ausschließen, falls die herrschenden Klassen den demokratischen Weg versperren sollten.“ ²⁹⁾

Die ersten Sätze sind bemerkenswert, wenn man sie der praktischen Politik gegenüberstellt, die die KP Spaniens in den Jahren 1977/78 betrieb, während im nächsten Satz den sozialdemokratischen Parteien unterstellt wird, sie würden auch dann noch am „demokratischen Weg“ festhalten, wenn die Demokratie durch eine reaktionäre Diktatur ersetzt werden sollte.

„Die Eurokommunisten“, heißt es an anderer Stelle, „müssen beweisen, daß einerseits die Demokratie nicht mit dem Kapitalismus identisch ist, daß vielmehr ihre Entfaltung die Überwindung dieses Systems erforderlich macht; andererseits, daß der Sieg der sozialistischen Kräfte in Westeuropa weder die sowjetische Staatsmacht stärken noch die Verwirklichung des sowjetischen Modells bedeuten wird.“ ³⁰⁾

Besonderen Ärger erweckte in Moskau die scharfe Kritik an diesem „sowjetischen Modell“. Da heißt es zunächst:

„Die fehlende Glaubwürdigkeit der Kommunisten erwächst weniger aus unserer eigenen Politik, als daraus, daß in den Ländern, in denen das kapitalistische System verschwand, eine von einer einzigen Partei bestimmte proletarische Diktatur errichtet wurde, die schwerwiegende bürokratische Deformationen und sehr ernste Degenerationsprozesse aufweist.“ ³¹⁾

In der Sowjetunion sei ein mächtiger Staat entstanden, der im Namen der Gesellschaft spricht, der aber in Wahrheit über ihr steht und sie beherrscht ³²⁾. Man könne die sowjetische Bürokratie nicht als eine neue kapitalistische Klasse ansehen, doch verfüge sie über unbeschränkte Macht ³³⁾. Die sowjetische Demokratie sei ebenso „formal“ wie die kapitalistische ³⁴⁾. Die Sowjetunion sei nach wie vor durch soziale Ungleichheit gekenn-

²⁹⁾ Ebd., S. 168.

³⁰⁾ Ebd., S. 51.

³¹⁾ Ebd., S. 197.

³²⁾ Ebd., S. 198 und S. 200.

³³⁾ Ebd., S. 207/8.

³⁴⁾ Ebd., S. 202.

zeichnet, durch einen niedrigen Lebensstandard, durch unzureichende Versorgung der Bevölkerung und durch niedrige Produktivität, durch das Fehlen der Demokratie und durch soziale Konflikte, die von der offiziellen Propaganda verheimlicht würden³⁵).

Die KPdSU betrachtete die Ausführungen Carrillos, der merkwürdigerweise die so charakterisierte Ordnung immer noch mit dem Wort „sozialistisch“ bezeichnete, als eine Kriegserklärung und antwortete zunächst mit einem langen Artikel in der Moskauer Zeitschrift *Nowoje Wrenja* (Neue Zeit), dessen deutsche Übersetzung in der FAZ vom 27. Juni 1977 erschien.

Wie aber sah die Praxis der spanischen KP aus?

Die legalisierte KP beteiligte sich 1977 an den ersten Parlamentswahlen, bei denen sie zehn Prozent aller Stimmen erhielt. Im November desselben Jahres unterzeichnete sie gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien den *Pakt von Moncloa*, in dem sie die Monarchie anerkannte und sich zu loyaler Zusammenarbeit mit der Regierung verpflichtete. Ihre Parlamentsabgeordneten beteiligten sich an der Ausarbeitung der neuen Verfassung und stimmten geschlossen für den Verfassungsentwurf, der Ende Juni 1978 vom „Unterhaus“ angenommen und an den „Senat“ weitergeleitet wurde³⁶). Die Partei verzichtete auf alle „revolutionäre“ Politik. Weder sie selbst, noch die „Arbeiterkommissionen“ versuchten, Massenbewegungen zu entfachen oder zu Streiks aufzurufen.

Im April 1978 trat der IX. Parteitag zusammen, der erste nach der Ära Franco. Ihm lagen 15 von den Parteiführern erarbeitete Thesen vor, deren 15. vorschlug, das Adjektiv „leninistisch“ aus der offiziellen Parteibezeichnung zu streichen. Im Parteiorgan *Mundo Obrero* und auf zahlreichen regionalen

und lokalen Parteikonferenzen fanden offene Diskussionen statt, bei denen auch die Gegner der Parteispitze zu Worte kamen und manchmal sogar die Mehrheit errangen. Doch war die Opposition nicht einheitlich. W. Haubrich, Korrespondent der FAZ, meinte, sie setzte sich aus vier Gruppierungen zusammen, die nur wenige Gemeinsamkeiten aufwiesen: den Leninisten, den „Clandinisten“ (Anhänger des bereits erwähnten, nicht mehr der Partei angehörenden Fernando Clandin), den regionalen Autonomisten, den Gegnern von Carrillo, die dem Generalsekretär seine „autoritäre“ Haltung vorwarfen³⁷). Die meisten prominenten Parteiführer waren mit der 15. These einverstanden, darunter auch der Vorsitzende des Madrider Bezirks, Sanchez Montero, der meinte, der Eurokommunismus vertrage sich mit dem Leninismus wie Hund und Katze³⁸).

In einem Interview wies Sanchez Montero darauf hin, „daß es sich nicht um eine Loslösung vom Leninismus handelt, sondern daß der Leninismus von der Geschichte überholt worden ist. Zweitens möchte ich sagen, daß — mit Ausnahme der Provinzen Soria und Ciudad Real, sowie der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens (PSUC) — die meisten Parteitage in den Provinzen und Regionen sich dafür aussprachen, was in der Presse die ‚Loslösung vom Leninismus‘ genannt wird.“³⁹)

Auf dem Parteitag erklärte Carrillo, der Verzicht auf das Adjektiv leninistisch bedeute nicht, daß sich die Partei vom Geist und allen Auffassungen Lenins distanzieren. Sie sei Lenin treuer als jene, die seine Formeln andauernd wie eine Gebetsformel wiederholten. Nach lebhafter Debatte stimmte die große Mehrheit der Delegierten dafür, die Bezeichnung „leninistisch“ fallenzulassen und die KP als „marxistisch, demokratisch und revolutionär“ zu bezeichnen. Von den 1 350 Delegierten, die 220 000 Mitglieder vertraten, stimmten 968 für die 15. These, 248 dagegen, während sechs sich der Stimme enthielten und 40 für die Einberufung eines Sonderparteitages votierten. Santiago Carrillo, der im Verlauf des Parteitages oft kritisiert wurde und auch Selbstkritik übte, bekannte sich ausdrücklich zum „demokratischen Zentralismus“, der aber wirklich demokratisch sein müßte. Er und an-

³⁵) Ebd., S. 105.

³⁶) Der in Barcelona gewählte kommunistische Abgeordnete Jordi Sole Tura zählte in der liberalen Madrider Tageszeitung *El País* vom 31. August 1978 die drei wichtigsten Einwände der Kommunisten gegen den als ungemein progressiv bezeichneten Verfassungsentwurf auf: 1. Die Kommunisten waren gegen das Verbot einer gewerkschaftlichen Organisation und die aktive politische Tätigkeit von Richtern und Staatsanwälten. 2. Sie betrachteten die vorgesehene Zahl der Abgeordneten als zu niedrig. 3. Sie waren gegen die vorgesehene Zusammensetzung des Senats, die agrarischen und reaktionären Elementen mehr Vorteile brächte.

³⁷) F. A. Z. vom 19. April 1978.

³⁸) Ebd.

³⁹) Radio Exterior de España — Madrid, 19. April 1978, 10.43 Uhr GMT.

dere Mitglieder der alten Führung (darunter auch der Chefideologe Manuel Azcárate und der Wirtschaftsfachmann Ramón Tamamés) wurden wiedergewählt. Wie gemäßigt deren Auffassungen sind, geht auch aus Interviews hervor, die sie der deutschen Zeitschrift *Industriemagazin* gewährten⁴⁰⁾.

Man kann also kaum bestreiten, daß die KP Spaniens gegenwärtig in das System integriert ist. Sie steht eher rechts als links von der Sozialistischen Partei und wird von lin-

ken Kritikern ironisch als „Königlich-Kommunistische Partei Spaniens“ bezeichnet. Die Partei ist jedoch in ihrer Struktur weit demokratischer als andere kommunistische Parteien. Welche der in ihr bestehenden Strömungen sich schließlich durchsetzen wird, kann man bis heute noch nicht voraussehen; man kann bisher auch noch nicht die Frage beantworten, ob und inwieweit die Parteiführung ihre wirkliche Konzeption hinter einer gemäßigten Maske verbirgt.

VI. Die Kommunistische Partei Frankreichs

Von 1956 bis zum März 1978

Die KPF kam erst spät zum Eurokommunismus. Von den Ereignissen des Jahres 1956 wurde sie kaum berührt. Sie wandte sich gegen die Haltung Togliattis und stand loyal zur KPdSU. Erstmals kritisierte sie die Repression Moskaus gegen die Dissidenten im Jahr 1966, anlässlich der Verfolgung von Daniel und Siniawski. 1968 verurteilte sie zwar den Einmarsch in die ČSSR, tat dies aber auf sehr behutsame Weise. 1970 schloß sie ihren prominentesten Theoretiker Roger Garaudy aus, weil er mit den revoltierenden Studenten vom Mai 1968 sympathisiert und weitaus entschiedener als die Parteiführung die Niederschlagung des Prager Frühlings verdammt hatte⁴¹⁾.

Ihre Versuche, zu einer Einigung mit den Sozialisten zu gelangen, entsprachen der Volksfront-Tradition und hatten nichts mit Eurokommunismus zu tun.

Diese „Einheitsfront“ konnte sich erst ab 1971 verwirklichen, als die alte, geschwächte und weitgehend kompromittierte SFIO durch eine neue Sozialistische Partei ersetzt wurde, an deren Spitze François Mitterrand stand, der entschieden für ein Bündnis mit den Kommunisten eintrat. Im gleichen Jahr war Georges Marchais zum Generalsekretär der KPF gewählt worden.

1972 wurde — mit Blick auf die Parlamentswahlen des Jahres 1973 — ein „*Gemeinsames Regierungsprogramm der Linken*“ verabschiedet, auf dessen Inhalt sich die Kommunisten, die Sozialisten und die kleine, von der Radi-

kalen Partei abgespaltene „Bewegung der linken Radikalen“ geeinigt hatten. Es war ein breit angelegtes Programm, das eine linke Regierung einzusetzen versprach, falls die Linke an die Macht kommen sollte; es sah eine Demokratisierung des Staates vor, sagte den Monopolen den Kampf an und plante die Nationalisierung von Banken, Kreditinstituten und von neun großen, namentlich aufgeführten Unternehmen. Im Vorwort ihrer Veröffentlichung des Gemeinsamen Programms zählten die Sozialisten jene drei wichtigsten Punkte auf, über die sie sich mit den Kommunisten nicht hatten einigen können.

1. Was die Nationalisierungen betraf, hatten die Kommunisten die von den Sozialisten geforderte „Selbstverwaltung“ (*autogestion*) der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben abgelehnt. Diese Frage konnte aber ausgeklammert werden, da es sich ja nur um ein Programm für die nächsten fünf Jahre handelte, und niemand hätte erwarten können, daß eine Regierung der Linken gleich nach der Machtübernahme die Selbstverwaltung „von oben“ verfügen würde.

2. In bezug auf die nationale Sicherheit hatte die KP verlangt, die französische Armee solle lediglich defensiven, auf die Verteidigung des eigenen Territoriums beschränkten Charakter haben. Die nationale Atomstreitmacht solle aufgelöst werden und Frankreich müsse auf die Weiterentwicklung von Nuklearwaffen verzichten. Die Sozialisten lehnten diese Forderung ab, weil ihre Annahme Bündnisse mit anderen Staaten unmöglich gemacht hätte.

3. Ein politisch geeintes Europa wurde von den Sozialisten befürwortet, von den Kommunisten hingegen bekämpft⁴²⁾

⁴⁰⁾ *Industriemagazin*, München, 15. Mai 1978.

⁴¹⁾ Siehe das Interview, das Garaudy der Pariser Wochenzeitung *L'Express* gewährte und das in deren Ausgabe vom 1.—7. Mai 1978 veröffentlicht wurde.

⁴²⁾ *Programm Commun de Gouvernement*, Flammarion, Paris 1973, S. 6—8.

Da die Linke die Wahlen von 1973 nicht gewann, verschwand das Programm von der Tagesordnung.

Bis Mitte 1975 gab es keine Kursänderung in der Politik der KPF, vielmehr traten Anfang 1975 neue, scharfe Gegensätze zwischen ihr und den Sozialisten auf. Es ging um die portugiesische Innenpolitik. Die KP Portugals unter Alvaro Cunhal bekämpfte die von Mario Soares geführten Sozialisten. Während nicht nur Mitterrand und seine Genossen, sondern auch Carrillo und die italienische KP für Soares und gegen Cunhal Stellung bezogen, gehörte die KPF zu den engsten Verbündeten der moskaufreundlichen KP Portugals. Im Verlauf der innerkommunistischen Verhandlungen, bei denen es um die von der KPdSU und ihren Anhängern ursprünglich für 1975 geplante Konferenz ging, brachen die Gegensätze zwischen den moskautreuen und den auf Unabhängigkeit bedachten Parteien auf. Die KPF stand dabei auf der Seite der KPdSU. Die Vorverhandlungen zogen sich in die Länge. Um die Divergenzen zu beheben, wurde im Frühjahr 1975 eine paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe gebildet, die von Mai bis Mitte Juli debattierte. Den vier Vertretern der „unabhängigen“ Parteien (Jugoslawien, Rumänien, Italien, Spanien) standen vier Vertreter der „Orthodoxen“ gegenüber: neben den Repräsentanten der KPdSU, der SED und der KP Dänemarks — der Delegierte der KP Frankreichs ⁴³⁾.

Die Wendung zum Eurokommunismus vollzog sich schlagartig im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1975: Am 8. August kritisierte Georges Marchais auf einer Pressekonferenz einen zwei Tage zuvor in der Moskauer *Prawda* erschienenen Artikel von Zarodow. Dieser war darin auf die Haltung Lenins im Jahr 1905 eingegangen und hatte die Aktualität der von Lenin formulierten „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ und die Unabdingbarkeit des proletarischen Internationalismus unterstrichen. Marchais veranlaßte dies zu einer öffentlichen Erwiderung: Die Politik der KPF werde in Paris und nicht in Moskau gemacht. Das Eintreten der KPF für die Erhaltung und Vertiefung der persönlichen und kollektiven Freiheit sei eigenständig und entspräche keinem bereits existierenden Modell des Sozialismus.

⁴³⁾ Kevin Devlin, *The Challenge of Eurocommunism*, in: *Problems of Communism*, US. Information Agency, Washington, Jan./Febr. 1977.

Im November 1975 fuhr Marchais nach Rom, wo er gemeinsam mit Berlinguer die weiter oben aufgeführte Deklaration unterzeichnete.

Einen Monat später nahm die KPF-Führung einen Fernsehfilm, in dem ein sowjetisches Konzentrationslager gezeigt wurde, zum Anlaß, einen heftigen Kampf gegen die in der Sowjetunion herrschende Repression zu entfachen.

Am 20. Dezember wandte sich Marchais im Fernsehen gegen die Verfolgung des Ziels, eine „Diktatur des Proletariats“ zu errichten. Auf dem Anfang Februar zusammengetretenen XXII. Parteitag der KPF, der beschloß, diesen Begriff aus den Statuten der Partei zu streichen, hielt Marchais die Eröffnungsrede. Darin hieß es u. a., die französischen Kommunisten könnten es nicht zulassen, daß ihr Ideal durch ungerechte und ungerechtfertigte Akte besudelt werde, die in der Sowjetunion 58 Jahre nach der Oktoberrevolution geschähen.

Kurze Zeit später trat in Moskau der XXV. Parteitag der KPdSU zusammen, bei dem auch einige Führer oppositioneller kommunistischer Parteien, z. B. Berlinguer, erschienen. Marchais aber weigerte sich, nach Moskau zu fahren; er begründete dies in einer Sendung des Pariser Fernsehens mit den tiefen Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen den beiden Parteien bezüglich der Probleme der sozialistischen Demokratie und auch der Bewertung der französischen Außenpolitik gebe.

Am 11. Mai 1977 sagte der Generalsekretär der KPF:

„Der XXII. Parteitag hat die Freiheit, die Demokratie zum wichtigsten Gegenstand des Kampfes der Werktätigen unseres Landes gemacht. Doch ist der XXII. Parteitag zugleich durch eine andere idée-force gekennzeichnet, der keine geringe theoretische und politische Bedeutung zukommt: die Idee der nationalen Unabhängigkeit.“ ⁴⁴⁾

In der Tat war die KPF bemüht, Einfluß auch auf die gaullistischen Wähler auszuüben, woraus sich nicht zuletzt ihr gegen die USA gerichteter Anti-Imperialismus, ihr betonter Patriotismus, ihre verschärfte Kritik an der Europäischen Gemeinschaft und ihr plötzliches Bekenntnis zur französischen Nuklearstreitmacht erklärt. Zur gleichen Zeit begann sie

⁴⁴⁾ Zitiert von Annie Kriegl, a. a. O., S. 155.

unter der Losung „Laßt die Reichen zahlen!“ eine Kampagne gegen die Armut, deren Zunahme sich aus der sowohl „relativen wie absoluten Verelendung des Proletariats“ ergebe.

Die Parteiführung war sich gewiß dessen bewußt, daß solche Stellungnahmen und Kampagnen bei den Sozialisten nicht auf Sympathien stoßen würden. Doch war es gerade das von den Demoskopern festgestellte Wachstum des sozialistischen Einflusses, das der KPF Sorgen bereitete. Sollte es den Sozialisten gelingen, bei den Wahlen im März 1978 die KP weit zu überflügeln, würde die KPF bei einem Sieg der Linken nur die zweite Geige spielen können und in der von Mitterrand geführten Regierung nur verhältnismäßig unwichtige Ministerien zugewiesen bekommen, trotzdem aber die Mitverantwortung für die Politik tragen müssen. Und diese Politik würde — angesichts der Weltwirtschaftskrise und den besonderen Problemen Frankreichs — Enttäuschung innerhalb der linken Wählerschaft hervorrufen.

Von einer solchen Analyse ausgehend scheint die KPF-Führung sich im Herbst 1977 zu einer Wendung ihrer Politik entschlossen zu haben, die eine Wahlniederlage herbeiführen mußte: Im September 1977 brach sie die wochenlangen Verhandlungen mit den Sozialisten und Radikalen der Linken über eine Aktualisierung des Gemeinsamen Programmes von 1972 ab⁴⁵⁾.

⁴⁵⁾ Offiziell ging es um das Problem der Nationalisierungen: 1972 waren im Namen des Kampfes gegen die „Monopole“ neun große Gruppen von Unternehmen namentlich erwähnt worden, die verstaatlicht werden sollten. Der Begriff „Gruppe von Unternehmen“ war von vornherein nicht klar. Nun verlangte die KPF, daß nicht nur die aufgeführten Unternehmen selbst, sondern auch alle ihre „Filialen“ und Gesellschaften, an denen sie größere Anteile besaßen, ebenfalls verstaatlicht werden sollten. Das hätte nicht nur eine totale Umwälzung des gesamten französischen Wirtschaftssystems bewirkt und jede mögliche Entschädigung der Enteigneten in Frage gestellt, sondern zugleich eine bereits vor der Machtübernahme der Linken einsetzende Kapitalflucht und somit eine Verschärfung der Wirtschaftskrise hervorgerufen. Darüber hinaus wären vermutlich dadurch auch weite Bereiche der Mittelschichten zutiefst verunsichert worden. Mit der Strategie des Eurokommunismus waren die Forderungen der Kommunisten also kaum zu vereinbaren. Mit Gewißheit mußte aber erwartet werden, daß die Sozialisten und die Linken Radikalen diese Vorschläge ablehnen würden, was dann auch geschah. Doch war dieser Konflikt nur der offiziell angegebene Anlaß, nicht aber der wirkliche Grund für den Kurswechsel der KPF.

Kurz nach dem Abbruch der Verhandlungen begann sie eine Kampagne gegen die sozialistischen Bundesgenossen. Diese wurden beschuldigt, nach rechts zu rücken, sich von einer revolutionären zu einer „reformistischen“ Partei zurückzuentwickeln, das Gemeinsame Programm von 1972 faktisch zu verraten. Trotz eines kurz vor der Wahl ohne programmatische Diskussion zwischen den beiden Parteien der Linken abgeschlossenen Pakts, demzufolge beide sich verpflichteten, beim zweiten Wahlgang für den Kandidaten der Linken zu stimmen, der im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten hatte, war der angerichtete Schaden irreparabel. Die Linke verlor die Wahl. In gewissem Sinne hatten die Kommunisten erreicht, was sie beabsichtigten: Die Sozialisten errangen nicht die erhofften 25—28 Prozent, sondern nur knapp 23 Prozent aller Stimmen, die Kommunisten etwas weniger als 21 Prozent.

Das Land war erstaunt, die Linke enttäuscht und niedergeschlagen. Die „Bewegung der Radikalen Linken“ kündigte den Pakt mit den Kommunisten auf, während in der kommunistischen Partei eine Diskussion begann, die die Parteiführung nicht zu kanalisieren vermochte.

Die Ansichten von zwei kommunistischen Intellektuellen, von denen der erste eher zum rechten, der zweite zum linken Flügel der Partei gehört, spiegeln die Ereignisse wider.

In drei aufeinanderfolgenden Artikeln (*Le Monde*, 13., 14. und 15. April 1978) kritisierte der Historiker Jean Ellenstein die Politik seiner Partei und die Ideen der Parteiführung, die ihm — auch in bezug auf die UdSSR — von Marchais und seinen Anhängern nicht klar und konsequent analysiert erschienen.

„Die UdSSR stellt nicht nur kein Modell des Sozialismus, sondern geradezu das Gegenteil eines solchen Modells dar. Der Sozialismus, wie wir ihn verstehen, existiert nirgends. Wir wissen in Wahrheit nicht, was er sein wird, wohl aber, was er nicht sein darf.“

Auch der Begriff „Revolution“ habe im gegenwärtigen Frankreich nicht mehr jene Bedeutung, die er einstmals gehabt habe. Der Weg zum Sozialismus führe nur über den Prozeß einer tiefgehenden Strukturreform. Eine solche gänzlich neue Konzeption widerspreche der Tradition und den Mythen, die die Gründer der KPF erfüllt hätten. Die Führung der KPF habe die Wendung zu neuen Auffassungen nicht klar genug gemacht.

„Eine große Zahl links stehender Franzosen hat es vorgezogen, ihre Stimme der Sozialistischen Partei zu geben, weil sie nicht sicher sind, ob sich die KPF wirklich gewandelt hat, und die seit September 1977 von der Partei verfolgte Politik hat diese Zweifel verstärkt.“

Ohne sich um die wirkliche Lage der französischen Arbeiter zu kümmern, ohne auf die im Verlauf der letzten Jahrzehnte erkämpften sozialen Reformen einzugehen, habe die KPF eine primitive „Kampagne gegen die Armut“ entfacht, ohne zu bemerken, daß ein beträchtlicher Teil der französischen Arbeiter sich selbst nicht als „arm“ empfinde, sondern mit ihrer materiellen Lage im großen und ganzen zufrieden sei. So hätte man mit Hilfe völlig veralteter Konzeptionen von der nicht nur „relativen“, sondern auch „absoluten“ Verelendung des Proletariats und mit demagogischen Parolen wie „Die Reichen sollen zahlen!“ eine Kampagne geführt, die an den wirklichen Problemen der Arbeiter vorbeigezielt hätte. Damit habe man die Arbeiter nicht für sich gewinnen können, die Intellektuellen und die Mittelschichten aber abgestoßen.

Noch schärfer war die Kritik des Philosophen Louis Althusser in *Le Monde* vom 25. bis 28. April 1978:

Die Politik der Partei werde ausschließlich von der Führung festgelegt und den Mitgliedern aufgezwungen. So sei 1972 bei der Annahme des Gemeinsamen Programms, bei der jüngsten, völlig verfehlten Kampagne „gegen die Armut“ und bei allen, geradezu atemberaubenden Wendungen der Parteipolitik verfahren worden — etwa bei dem plötzlichen Bekenntnis zur Nuklearstreitmacht und der ebenso plötzlich einsetzenden Offensive gegen die Sozialisten. Nichts sei vom wirklichen, demokratischen Sozialismus geblieben:

„Die Partei ist nach dem Modell des bürgerlichen Staats- und Militärapparats aufgebaut.“

Ihre allmächtige Spitze stütze sich auf einen großen Apparat von Berufsfunktionären, der — entsprechend den bürgerlichen Prinzipien — hierarchisch gegliedert und der Basis entfremdet sei.

Kein Wunder, schreibt Althusser weiter, daß die Partei unter einer permanenten Fluktuation leide, daß alte, erfahrene Mitglieder sie verlassen und durch neue und unerfahrene ersetzt werden, so daß die Zahl der ehemaligen Kommunisten die der tatsächlichen Mit-

glieder weit übersteige, daß die Parteiideologie zu einer Karikatur, einer Sammlung von Plattitüden verkommen sei.

Die Losung „Laßt die Reichen zahlen!“ habe den Eindruck erweckt, die Partei wolle zur alten Taktik „Klasse gegen Klasse“ zurückkehren. *„Statt die Monopole zu isolieren, hat man die Mittelschichten abgestoßen.“*

Man habe darauf verzichtet, große Teile der Intellektuellen und der Gehaltsempfänger zu gewinnen und habe sie den Sozialisten überlassen. Die Parteipresse habe eine Kampagne gegen die Intellektuellen geführt *„und den großen Problemen der Gesellschaft und der Kultur, die sich im Mai 1968 manifestiert haben, keine Beachtung geschenkt“*.

Die Partei habe nichts über die wachsende Macht der Bürokraten und des Staates, über die Selbstverwaltung, die Frauenfrage, die Probleme der Urbanisierung gesagt. Sie habe nur halbherzig versucht, sich der Realität anzupassen, nicht, sich zu erneuern.

„Doch bleiben wir immer auf halbem Wege stehen ... Die alte kommunistische Partei existiert nicht mehr, die neue, der Wirklichkeit angepaßte existiert noch nicht. Daraus resultiert eine Identitätskrise, deren Bedeutung man nicht unterschätzen darf.“

Die Partei habe auf die Erarbeitung einer der Realität entsprechenden Theorie verzichtet und auch die Parteivergangenheit nie einer Analyse unterzogen, mit ihr nicht wirklich gebrochen und nie klargestellt, wie schädlich sich diese Vergangenheit auf den Einfluß und die Glaubwürdigkeit der Kommunisten auswirkte.

„Man mag als Erbe der Oktoberrevolution auftreten und die Erinnerung an Stalingrad wachhalten. Wenn man aber auch die Schuld an dem Gemetzel und den Massendeportationen der ‚Kulaken‘ genannten Bauern, an der Vernichtung der Mittelschichten, an ‚Gulag‘ und den noch 25 Jahre nach Stalins Tod andauernden Repressionen mit sich schleppt, wenn man als einzige Garantie der demokratischen Wandlung nur Worte anbietet, die in der einzigen Domäne, in der sie nachprüfbar sind — der innerparteilichen Basis —, dementiert werden, kann man begreifen, warum die Partei blockiert ist.“

Der Prozentsatz der Wähler der KPF schwanke zwischen 20 und 21 Prozent. Sie sei nicht einmal imstande, auch nur die Mehrheit der Arbeiter für sich zu gewinnen. Bei den letzten Wahlen habe sich gezeigt, daß nur ein Drittel

von ihnen für die Partei, 30 Prozent für die Sozialisten, 20 Prozent für die Parteien der „Rechten“ gestimmt und der Rest sich der Stimme enthalten habe.

Die Partei habe sich in eine Festung verwandelt, die einem Fünftel der Franzosen Zuflucht gewähre. Aus dieser Festung gelte es auszubrechen mit Hilfe der Neuerweckung der marxistischen Theorie, der Erarbeitung einer der Realität angepaßten Konzeption, der völligen Änderung der Parteistruktur und einer Bündnispolitik, die Spitzenabkommen mit den anderen Parteien mit der Entfaltung eines Massenkampfes verbindet.

Am 26. April versuchte Marchais auf einer Tagung des Zentralkomitees den Kritikern zu

antworten. Ihre Kritiken seien unberechtigt und drückten nur die Meinungen einer kleinen Minderheit aus. Die Parteipolitik sei im wesentlichen richtig gewesen, die Mißerfolge bei den Wahlen erklärten sich in erster Linie aus der „Rechtswendung der Sozialisten“⁴⁶⁾.

Kurz gesagt —: Marchais spielte die Rolle des Doktors Pangloss aus Voltaires *Candide*: Die KPF sei die beste aller möglichen kommunistischen Parteien. Die Partei fuhr fort, die Sozialisten zu bekämpfen, mit dem Ergebnis, daß bei den fünf Nachwahlen zum Parlament, die bis Ende September 1978 stattfanden, der Stimmanteil der Sozialisten stark wuchs, während der der Kommunisten abnahm⁴⁷⁾.

VII. Schlußbemerkung

Der 1964 aus der spanischen KP ausgeschlossene Schriftsteller Jorge Semprún hat einen Artikel geschrieben, der in *Le Monde* vom 30. April 1978 unter dem Titel „Totenglocken für den Eurokommunismus“ („*Le glas de l'eurocommunisme*“) erschien. Er schloß mit den Sätzen:

„Die Eurokommunisten verfolgen eine gemeinsame Politik. Sie sind darauf aus, den Status quo zu erhalten. Sie verzichten auf alle Versuche, der gegenwärtig bestehenden sozialen Hegemonie ein Ende zu bereiten. Einer alten Tradition treu bleibend, hat die KPF wieder daran erinnert, daß sie nicht an eine Revolution denkt, daß die Transformation der Gesellschaft nicht zu ihren Zielen gehört.“

Handelt es sich also tatsächlich um eine „Sozialdemokratisierung“ oder um den Versuch, zwischen der Sozialdemokratie — deren Strategie von Land zu Land ja auch verschieden ist und oft der Klarheit ermangelt — und den Marxisten-Leninisten den schmalen Pfad eines „linken Sozialismus“ zu finden? Was aber, wenn die Revolution in den entwickelten Ländern tatsächlich unmöglich, zu einem bloßen Mythos geworden ist? Falls nicht nur der Leninismus, sondern auch der Marxismus der neuen Realität nicht mehr entspricht? Falls hier nur die Traditionen der Vergangenheit „wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden“ lasten?

Das sind Probleme, die auch in der Sozialistischen Partei Frankreich diskutiert werden

und mit zu deren Zerrissenheit beitragen. Der Eurokommunismus, einschließlich seiner linken, durch Clandin vertretenen Variante, findet keine Lösung für diese Probleme: Es fällt ihm schwer, über den eigenen Schatten zu springen. Noch handelt es sich beim Eurokommunismus weniger um eine neue Richtung als um unklare Ansätze, bei denen die einen versuchen, eine taktische Maskerade vorzunehmen, während andere neue Ausgangspositionen suchen.

Die eurokommunistischen Parteien durchlaufen einen widerspruchsvollen Wandlungsprozeß, dessen Ausgang noch nicht abgesehen werden kann. Man sollte sich daher vor voreiligen Urteilen hüten.

⁴⁶⁾ Eine Zusammenfassung dieses Referates in *Le Monde* vom 29. April 1978.

⁴⁷⁾ Wir beschränken uns hier auf die Ergebnisse der letzten drei Nachwahlen, von denen die erste im Departement Pas de Calais, die zweite in Lothringen und die dritte im 14. Pariser Bezirk stattfand, wobei wir die Ergebnisse des ersten Wahlganges vom September 1978 mit denen der Märzahlen desselben Jahres vergleichen.

| | September | März |
|--------------------|-----------|--------|
| Pas de Calais | | |
| Soz. Partei | 49,3 % | 32,0 % |
| KPF | 6,4 % | 13,2 % |
| Nancy (Lothringen) | | |
| Soz. Partei | 50,0 % | 9,4 % |
| KPF | 18,8 % | 19,6 % |
| Paris, 14. Bezirk | | |
| Soz. Partei | 33,0 % | 19,5 % |
| KPF | 19,3 % | 22,2 % |

Emanzipation von Moskau?

Aspekte der Stalinismus-Diskussion bei den Eurokommunisten

Eine Bestandsaufnahme *)

Einleitung

Das in jüngster Zeit sich verstärkende Bestreben der UdSSR, das spätestens seit den Abmachungen von Helsinki auch ins internationale Blickfeld gerückte Problem der Bürgerrechtler in den Griff zu bekommen, trifft auf harte Kritik der kommunistischen Parteien Frankreichs (PCF), Italiens (PCI) und Spaniens (PCE)¹⁾. Für sie stehen dabei — obwohl als Begründung genannt — nicht die negativen Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen im Vordergrund, sondern Fragen der „sozialistischen Demokratie“, die den immer wieder hervorgehobenen Aspekt der „persönlichen Freiheiten“ mit einschließen.

Das sowjetische Vorgehen ruft Erinnerungen an die stalinistischen Prozesse der Jahre 1936—1938 wach, die — ähnlich wie heute — dazu dienten, unter den Schlagworten „Spio-

nage“ und „Landesverrat“ Verbindungen zu obskuren ausländischen Feinden und Mächten zu konstruieren, um imaginäre, potentielle oder reale Opposition „auszuschalten“²⁾.

Seitdem hat sich allerdings die Situation der kommunistischen Weltbewegung grundlegend gewandelt. Während damals die Reduzierung der Weltpolitik auf den Gegensatz zwischen Faschismus und Kommunismus weitgehend akzeptiert und deshalb auch der gesamte Kurs Moskaus als notwendig und stabilisierend für das eingekreiste „Vaterland des Sozialismus“ interpretiert wurde, sehen zumindest die drei genannten Parteien heute die Probleme wesentlich differenzierter und beurteilen viele Maßnahmen als eklatante Verstöße gegen sozialistische Prinzipien. Ein wichtiger Grund für diese Verschiebung liegt darin, daß PCF, PCI und PCE durch ihre Versuche, neue Ansätze zur Analyse hochentwickelter kapitalistischer Staaten zu finden, immer wieder in Konflikt mit dem Anspruch des Kremls gerieten, auf dem Feld sowohl der Theorie als auch der Praxis im Besitz der für alle übrigen Kommunisten allgemein verbindlichen Wahrheit zu sein. Die daraus resultierende Ablehnung der sowjetischen Führungsrolle provozierte die Beschäftigung mit dem Phänomen des Stalinismus, dessen Kritik wiederum auf das Verhältnis zur UdSSR zurückwirkte.

Manche Eurokommunisten vertreten die Auffassung, der Grundstein für die Entwicklung hin zu autonomem Handeln sei schon mit dem Volksfront-Konzept der dreißiger Jahre gelegt worden, als nämlich der VII. Kominternkongreß (1935) die Doktrin verkündete, die kommunistischen Parteien müßten mit allen antifaschistischen Kräften — ganz gleich,

*) Trotz der Vermutung, daß manchem Leser die Terminologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus nicht vertraut ist, hat der Autor sie doch vor allem aus den beiden folgenden Gründen weitgehend übernommen:

1. Der Marxismus-Leninismus versteht sich als Wissenschaft und verwendet infolgedessen — ähnlich wie die einzelnen Naturwissenschaften — ein geschlossenes Begriffsgebäude. Wenn man bereit ist, die äußerst komplexe und begriffliche Argumentation nachzuvollziehen, wird die Einsicht in die theoretischen Zusammenhänge und Entwicklungen, die wiederum auch die praktische Politik beeinflussen, wesentlich gefördert und erleichtert.

2. Weil die Ideologie im internationalen Kommunismus eine stark legitimatorische Funktion erfüllt, dient sie nicht nur der Erhaltung des gesellschaftlichen Status quo, z. B. in Osteuropa, sondern auch als Vehikel für reformerische Kräfte: Veränderungen gehen prinzipiell mit einer Neuinterpretation bestimmter Teile der Theorie bzw. Ideologie einher oder beruhen sogar auf einer andersartigen inhaltlichen Füllung allgemein gebräuchlicher und akzeptierter Begriffe; schon geringe Akzentverschiebungen signalisieren neue Entwicklungsmöglichkeiten.

¹⁾ Reaktionen auf den Prozeß gegen Ginzburg und Ščaranskij z. B. im „Kölner-Stadt-Anzeiger“ vom 12. 7. 1978.

²⁾ Dazu immer noch unentbehrlich: R. Conquest, *The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties*, Rev. Ed., Pelican Books 1971.

ob „sozialdemokratisch“, „sozialistisch“ oder „bürgerlich“ — zusammenarbeiten³⁾.

Obwohl die bisherige Forschung die eigenständigen Vorstellungen der einzelnen Parteien in dieser Periode sicherlich zu wenig beachtet hat⁴⁾, kann man doch generell feststellen, daß damals alle Richtungsänderungen nicht von den Sektionen der Komintern, sondern von Moskau verfügt wurden, auch wenn unter gewissen Bedingungen eine „objektive“ Interessenidentität bestehen mochte; der Kreml benutzte die kommunistischen Parteien als Instrumente seiner Außenpolitik⁵⁾, wobei er die Legitimation aus dem auf dem VI. Weltkongreß der Komintern (1928) angenommenen Passus zog:

„Die Sowjetunion ist das wahre Vaterland des Proletariats, die festeste Stütze seiner Erregenschaften und der Hauptfaktor seiner internationalen Befreiung; das verpflichtet das internationale Proletariat, dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zum Erfolge zu verhelfen und das Land der proletarischen Diktatur mit allen Mitteln zu verteidigen.“⁶⁾

Diese von keinem „echten“ Kommunisten bezweifelte Verpflichtung wiederum gab der UdSSR freie Hand bei der Definition, was zu ihrem — gleich der Weltrevolution — Nutzen sei, und gipfelte in der logischen Konsequenz, daß die einzelnen Parteien aus Überzeugung, mit „solidarischem Zähneknirschen“ oder aufgrund direkten Drucks, wie z. B. im Spanischen Bürgerkrieg über die Dosierung der Waffenlieferungen, sämtliche Schwenkungen der Kreml-Diplomatie nachvollzogen.

Eine besonders groteske Situation ergab sich in der Zeit zwischen dem Hitler-Stalin-Pakt

(1939) und dem deutschen Überfall auf Rußland (1941), als der bis dahin allen Aktivitäten zugrunde gelegte Antifaschismus über Nacht verschwand und dem PCF 1940 sogar „untersagt“ wurde, sich in den Widerstand gegen das Besatzungsregime einzureihen⁷⁾. Der auch von der internationalen Öffentlichkeit angeprangerte „moralische“ Tiefpunkt der Komintern wurde allerdings relativ rasch überwunden, als die UdSSR mit ihren militärischen Siegen entscheidend und PCF sowie PCI in der Résistance aktiv zum Sturz von Nationalsozialismus und Faschismus beitrugen.

Die ersten Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs brachten die sukzessive Übertragung des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschafts„modells“ auf die Staaten Osteuropas⁸⁾ sowie die Mitarbeit der italienischen und französischen Kommunisten in Koalitionsregierungen⁹⁾. Obwohl das Ansehen Moskaus jetzt seinen Höhepunkt erreicht hatte, kann man darüber spekulieren, ob nicht schon damals „objektive“ Interessenkonflikte zwischen sowjetischen und nationalen Zielsetzungen aufgebrochen wären¹⁰⁾, wenn nicht der Beginn des Kalten Krieges die Eliminierung der PCI bzw. PCF angehörenden Minister aus den Kabinetten bewirkt¹¹⁾ und dem Kreml die Chance geboten hätte, in Form der „Zwei-Lager-Theorie“¹²⁾ in die Konfron-

⁷⁾ A. Rossi, *Les communistes français pendant la drôle de guerre*, Paris 1951.

⁸⁾ D. Geyer (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik I, 1917—1955*, Köln/Wien 1972, S. 382—424 (J. K. Hoensch).

⁹⁾ C. D. Kernig (Hrsg.), *Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Die Kommunistischen Parteien der Welt*, Freiburg/Basel/Wien 1969, S. 202 (PCF), S. 277 (PCI); D. Oberndörfer (Hrsg.), *Sozialistische Parteien in Westeuropa*, Bd. I: Südländer, Opladen 1978, S. 42/43 (PCF), S. 152/53 (PCI). Repräsentanten des PCI weisen immer wieder darauf hin, daß ihre Partei maßgeblich an der Ausarbeitung der Verfassung von 1947 mitgewirkt hat. So z. B. S. Segre in: H. Timmermann (Hrsg.), *Eurokommunismus. Fakten—Analysen—Interviews*, Frankfurt/M. 1978, S. 182.

¹⁰⁾ So kritisierte z. B. die UdSSR auf der konstituierenden Sitzung des Kommunistischen Informationsbüros (1947) PCI und PCF wegen ihrer Teilnahme am „bürgerlichen Parlamentarismus“, Oberndörfer, a. a. O., S. 43 und S. 151—153.

¹¹⁾ Zu der sehr komplexen Frage des Kalten Krieges aus amerikanischer Sicht jetzt: D. Yergin, *Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State*, Boston 1977.

¹²⁾ So A. Ždanov in einer Rede im September 1947; dazu: F. C. Barghoorn, *The Soviet Critique of American Foreign Policy*, in: *Columbia Journal of International Affairs*, Winter 1951, S. 9—12.

³⁾ Für den PCF: H. Grebing, *Der Revisionismus. Von Bernstein bis zum „Prager Frühling“*, München 1977, S. 271; Ph. Robrieux, *Maurice Thorez. Vie secrète et vie publique*, Paris 1975, Kapitel über den Beginn der dreißiger Jahre. Für den PCE: S. Carrillo, *„Eurokommunismus“ und Staat*, Hamburg/Berlin-West 1977, S. 125 und S. 129 ff.: „Die Spanische Volksfront-Erfahrung“.

⁴⁾ Carrillo, a. a. O., S. 137.

⁵⁾ Für den Spanischen Bürgerkrieg weist dies nach: H. Geiss, *Das „Internationale Komitee für die Anwendung des Abkommens über die Nichteinmischung in Spanien“ als Instrument sowjetischer Außenpolitik 1936—1938*, Phil. Diss., Frankfurt/M. 1977.

⁶⁾ Protokolle des VI. Weltkongresses der Komintern, Bd. IV, Hamburg 1929, S. 85 f. Zit. auch bei: H. J. Lieber/K. H. Ruffmann (Hrsg.), *Der Sowjetkommunismus, Dokumente*, Bd. I, Köln/Berlin-West 1963, S. 334.

tationsstrategie der dreißiger Jahre zurückzufallen und massiv den durch die Auflösung der Komintern (1943) — zumindest optisch — relativierten Führungsanspruch innerhalb der kommunistischen Weltbewegung wiederherzustellen¹³⁾. Das Jahr 1949 brachte dem internationalen Kommunismus zwei Ereignisse von weitreichender Bedeutung: die „Exkommunizierung“ Jugoslawiens und den Sieg Maos im chinesischen Bürgerkrieg. Während das eine den vorläufigen Endpunkt einer eigenständigen Entwicklung markierte, die den bisherigen Zentrismus nicht mehr akzeptierte¹⁴⁾, schien das andere die Vision vom unaufhaltsamen Vormarsch des Sozialismus zu erfüllen; seine Folgewirkungen indessen sollten noch zur Vertiefung der Frage beitragen, wie überhaupt und unter welchen Bedingungen „Sozialismus“ zu verwirklichen sei¹⁵⁾.

Obwohl es innerhalb der kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens schon immer „abweichende“ Meinungen zu bestimmten Aussagen des Marxismus-Leninismus gegeben hatte, waren sie doch von vornherein nicht mehrheitsfähig, weil niemand — aus den verschiedensten Gründen — ernsthaft den absoluten sowjetischen Führungsanspruch bezweifelte. Der „Abfall“ Jugoslawiens, den man nicht so einfach als „konterre-

volutionären Akt“ abqualifizieren konnte, eröffnete die Möglichkeit für Überlegungen hinsichtlich einer „Nationalisierung“ des Weges zum Sozialismus, ohne gleichzeitig zwingend Richtigkeit und Verbindlichkeit des „sowjetischen Modells“ zu revidieren und mehr als eine Modifizierung der Taktik zu beinhalten.

Die Frage nach Form und Inhalt der weitgehend unter Stalin geprägten sowjetischen Realität und ihre Übertragbarkeit auf andere Länder wurde erst akut, als Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) gewisse „Auswüchse“ im Erscheinungsbild des Systems und den Personenkult in einer Geheimrede kritisierte, um seine eigene Position zu festigen und einen notwendig gewordenen „gemäßigten Wandel“ einzuleiten¹⁶⁾.

Beides, sowohl die Krise des internationalen Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg als auch die Erkenntnis, daß die Reformfähigkeit des sowjetischen Staatsgefüges wenigstens in engen Grenzen wiederbelebt werden müsse, schuf die Voraussetzung dafür, daß PCI, PCF und PCE sich mit dem Stalinismus auseinandersetzen und anhand seines negativen Beispiels Lehren für die eigene Strategie und Taktik ziehen konnten.

I. Der XX. Parteitag der KPdSU (1956) und seine Auswirkungen auf die kommunistischen Parteien Spaniens, Frankreichs und Italiens

1. Chruschtschows Auseinandersetzung mit Stalin

Der XX. Parteitag der KPdSU fand drei Jahre nach Stalins Tod statt und stand ganz im Zeichen einer bereits eingeleiteten Phase, die man allgemein als „Entstalinisierung“ bezeichnet. Es ging der Staatsführung nun darum, sowohl die ergriffenen Maßnahmen sank-

tionieren zu lassen als auch Orientierungspunkte für die zukünftige Entwicklung zu setzen. Die „kontrollierte Reform von oben“¹⁷⁾ sollte die auf dem ökonomischen Sektor unabdingbar gewordenen Veränderungen durch Korrekturen des politischen Systems flankieren oder gar erst ermöglichen, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beruhigen und für einen kontinuierlichen Wandel tauglich zu machen. Zu ihr gehörten: Reduzierung des Terrors, Entlastung der Ideologie von antiquierten Dogmen, „Liberalisierung“ der Herrschaftsmethoden, Dezentralisierung der Produktion, Ausbau der Leichtindustrie und stärkere Betonung der kollektiven Führung.

Das generelle Ziel der Gewinnung größerer Flexibilität wurde auch auf die kommunistische Weltbewegung übertragen: Aufrechter-

¹³⁾ Offiziell 1947 durch die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform). Der internationale Aspekt im Zusammenhang mit der Intensivierung des Kalten Krieges wird betont von: D. F. Fleming, *The Cold War and its Origins 1917—1960*, Bd. I: 1917—1950, 5. Aufl., London 1968, S. 482.

¹⁴⁾ Nähere Informationen dazu in: W. Leonhard, *Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West*, München 1978, S. 70—88: „Jugoslawien — ein Grundstein des heutigen Eurokommunismus“.

¹⁵⁾ Ebd., S. 108—123: „Der europäische Kommunismus im Schatten des Moskau-Peking-Konfliktes (1957—1967)“.

¹⁶⁾ Der Text wurde einer amerikanischen Zeitung zugespielt und bei uns u. a. abgedruckt in: *Ostprobleme*, Nr. 26/26, 8. Jg, 1956, S. 86 ff.

¹⁷⁾ Leonhard, a. a. O., S. 88.

haltung der führenden Rolle Moskaus im Gewande „modernerer“, weniger repressiver Techniken. Als besonders wichtig für die Herausbildung des Eurokommunismus¹⁸⁾ erwies sich diejenige Passage der Resolution, die vom Übergang zum Sozialismus in den kapitalistischen Staaten handelte. In ihr hieß es, es sei „völlig gesetzmäßig, daß die Formen des Übergangs der Länder zum Sozialismus in Zukunft noch mannigfaltiger werden“¹⁹⁾; dieser Prozeß sei zwar nach wie vor revolutionär, doch könne er teilweise mit friedlichen Mitteln realisiert werden, bedeute also nicht unbedingt Bürgerkrieg. Hinzu kam das Prinzip der friedlichen Koexistenz, das die Forderung aufstellte, unter den „neuen“ internationalen Bedingungen Kriege zu vermeiden.

Als Aufhänger für die gesamte Umorientierung diente die kritische Überprüfung der sowjetischen Vergangenheit. Obwohl schon die öffentlichen Sitzungen des Parteitag, über die alle Zeitungen ausführlich und wörtlich berichteten, ungewohnte Eingeständnisse mit sich brachten, fand die eigentlich systematische Auseinandersetzung mit Stalin doch in der Geheimrede Chruschtschows vom 25. Februar statt. Sie dokumentiert, was an der bisherigen Entwicklung als unabdingbar und irreversibel gelten und wo die Grenze zur Systemzerstörung liegen sollte²⁰⁾.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen standen Entfaltung und Konsequenzen des Personenkults, „der in einer ganz bestimmten, konkreten Phase zur Quelle einer Reihe außerordentlich ernster und schwerwiegender Verfälschungen der Parteigrundsätze, der innerparteilichen Demokratie und der revolutionären Gesetzmäßigkeit wurde“²¹⁾. Um die negativen Seiten dieses Phänomens herauszuarbeiten, verglich Chruschtschow verschiedene Charaktereigenschaften Lenins und Stalins, wobei er besonders die Toleranz und die Fähigkeit zum Überzeugen des ersteren hervorhob und lange Passagen seines „Testaments“ zitierte, das in dem Vorschlag gipfelte, den Einfluß

¹⁸⁾ Zur Definition des Begriffs s. M. Steinkühler (Hrsg.), Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln 1977, S. 389—392: „Gespräch mit Frane Barbieri, der den Ausdruck ‚Eurokommunismus‘ prägte“.

¹⁹⁾ Der XX. Parteitag der KPdSU, Düsseldorf 1956, S. 353.

²⁰⁾ Im folgenden Bezugnahme auf den Text in: R. Crusius/M. Wilke (Hrsg.), Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt/M. 1977, S. 487—537, Anhang.

²¹⁾ Ebd., S. 478.

des Generalsekretärs der KPdSU entweder rigoros zu beschneiden oder ihn ganz aus dem Amt zu entfernen. Dieser Abschnitt endete mit dem Satz:

„Die negativen Charakterzüge Stalins, zu Lenins Zeit erst im Ansatz vorhanden, entfalten sich immer stärker und führten in den letzten Jahren zu einem folgenschweren Mißbrauch der Macht durch Stalin, der der Partei unsagbaren Schaden zufügte.“²²⁾

Für die zwanziger und den Beginn der dreißiger Jahre ergab sich allerdings eine völlig andere Bewertung. Hier habe Stalin erfolgreich den Aufbau des Sozialismus vorangetrieben, in der Industrialisierungsdebatte die „richtige“ Alternative — den absoluten Primat der Schwerindustrie — gewählt und den Meinungskampf um zukunftsweisende Entscheidungen mit der nötigen Härte geführt. Der eigentliche Umschwung sei erst mit der Verlagerung der Auseinandersetzung von der ideologischen Ebene auf die radikaler Unterdrückungsmaßnahmen erfolgt, „als die Fundamente des Sozialismus in unserem Land gelegt, die ausbeutenden Klassen im allgemeinen liquidiert waren, als sich die soziale Struktur der Sowjetunion von Grund auf geändert hatte und die soziale Basis für parteifeindliche Gruppen und Bewegungen entscheidend eingeeengt war, als die ideologischen Gegner der Partei politisch längst geschlagen waren“²³⁾. Anschließend schilderte Chruschtschow die in seinen Augen entscheidenden Konsequenzen des Personenkults, die in den Jahren 1935 bis 1938 mit der „Säuberung“ von „Trotzkisten, Sinowjewisten und Bucharinisten“ einsetzten und in einer riesigen Welle von Verfolgungen all derjenigen Bürger endeten, die man als „Volksfeinde“ definierte²⁴⁾. Er kritisierte den Terror als — im Sinne der sozialistischen Gesetzmäßigkeit — unnötig, willkürlich und getragen von brutaler Gewalt. Illustriert wurden die Vorgänge durch Zahlen, Unterdrückungsmethoden und Namen prominenter Opfer²⁵⁾.

Es kam zu weiteren Exzessen, die nun auch ganze Nationalitäten und Berufsgruppen trafen, wie z. B. die Ärzte, die beschuldigt wurden, hohe Funktionäre mittels bestimmter Medikamente ermorden zu wollen (sog. Ärzteverschwörung). Der Personenkult wirkte sich indes nicht nur verheerend auf die sozialisti-

²²⁾ Ebd., B. 490.

²³⁾ Ebd., S. 491.

²⁴⁾ Alle Zitate ebd., S. 492.

²⁵⁾ Ebd., S. 518.

sche Umgestaltung der UdSSR aus. Die Dezmierung der Partei- und Militärkader führte darüber hinaus zu einer enormen Schwächung der Verteidigungsbereitschaft und zum Beinahezusammenbruch des Sowjetstaates. Während Stalin für die Mißerfolge seine Untergebenen verantwortlich machte, reklamierte er die Siege nach Stalingrad alleine für sich:

„Auf alle mögliche Art und Weise versuchte er, im Volke die Vorstellung zu erwecken, daß alle vom Sowjetvolk im Großen Vaterländischen Krieg errungenen Siege dem Mut, der Kühnheit und dem Genie Stalins und sonst niemandem zu verdanken seien.“ ²⁶⁾

Obwohl Chruschtschow die Bestandsaufnahme der Fehler Stalins sehr detailliert und ausführlich vortrug, machte er nur ganz sporadisch und oberflächlich den Versuch, die „Auswüchse“ am sonst fast perfekten System zu „erklären“. Er zitierte zwar immer wieder die unbegrenzte Macht des Generalsekretärs, doch stellte er nie die Frage, woraus sie resultierte und welche Faktoren sie begünstigten. Als minimaler analytischer Ansatz könnte bestenfalls gelten, daß er die Zeitspanne von dreizehn Jahren zwischen dem XVIII. (1939) und XIX. Parteitag (1952) so interpretierte, daß die Partei als Entscheidungsträger praktisch ausgeschaltet worden sei. Ansonsten blieb es jedoch bei Zustandsbeschreibungen, deren Tenor meistens etwa so lautete:

„Wie ist es zu erklären, daß nach dem XVII. Parteitag (1934 — H. G.) die Massenrepressalien gegen Aktivisten immer mehr zunahmen? Stalin hatte sich damals derart über Partei und Nation erhoben, daß er fortan weder auf das Zentralkomitee noch die Partei Rücksicht nahm... Stalin glaubte, er könne alles allein entscheiden und brauche nur noch Statisten. Er behandelte alle anderen so, daß sie ihm nur noch zuhören und Beifall klatschen durften.“ ²⁷⁾

Die Konzentration der Kritik Chruschtschows auf die Person Stalins diente keinesfalls dazu, eine theoretisch fundierte Auseinandersetzung mit dem Phänomen des „Stalinismus“ zu initiieren. Vielmehr sollte sie die Einbeziehung der leninistischen Grundlagen des Sowjetstaates in die allgemeine Diskussion verhindern. Deshalb wurde der Personenkult als „Auswuchs“ des „Überbaus“ charakterisiert und blieb ohne Verbindung zur „Basis“, d. h. dem generell richtigen Weg zum Sozialismus.

²⁶⁾ Ebd., S. 498—511.

²⁷⁾ Ebd., S. 499.

Der sehr flachen und eindimensionalen Analyse folgte dann auch sofort die von vornherein gewünschte Therapie:

„Wenn wir diese Angelegenheit (bolschewistische Revolution und Aufbau der Partei durch Lenin — H. G.) als Marxisten-Leninisten betrachten, müssen wir feststellen, daß die Führungspraxis, die sich in den letzten Lebensjahren Stalins herausgebildet hat, zu einem ernsthaften Hindernis auf dem Wege der sowjetischen Gesellschaftsentwicklung geworden ist.“ ²⁸⁾

Zusammenfassend kann man sagen, daß Chruschtschow die Rolle Stalins durchaus ambivalent empfand. Dem Positivum, daß er zunächst die Intentionen des Leninismus — „sozialistische Industrialisierung des Landes, die Kollektivierung der Landwirtschaft und die kulturelle Revolution“ ²⁹⁾ — verwirklichte, stand das Negativum des falschen Gebrauchs und Ausbaus der gewonnenen Popularität zum Personenkult entgegen. Hinzu kam, daß er ihm „subjektiv“ durchaus „laute“ Motive zugestand:

„Stalin war überzeugt, daß dies alles im Interesse der Verteidigung der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des imperialistischen Lagers notwendig gewesen sei. Er betrachtete diese Dinge unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Arbeiterklasse, der Interessen der Werktätigen, des Sieges des Sozialismus und Kommunismus. Wir dürfen nicht sagen, daß dies Handlungen eines vom Schwindel befallenen Despoten gewesen seien. Nach seiner Ansicht lagen diese Handlungen im Interesse der Partei, der werktätigen Massen, der Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Hierin liegt die ganze Tragödie.“ ³⁰⁾

Das Allheilmittel „Zurück zu Lenin“ konkretisierte Chruschtschow anhand von drei praxisbezogenen Forderungen:

1. Ausmerzung aller mit dem Personenkult in Verbindung stehenden Erscheinungen, vor allem seine Auswirkungen auf Geschichtsschreibung, Philosophie, Volkswirtschaft, Literatur und bildende Künste.
2. „Befolgung des wichtigsten Grundsatzes der kollektiven Führung“.
3. Kampf gegen die Willkür einzelner Personen, „die ihre Macht mißbrauchen“ ³¹⁾.

Wenn man sich die damalige sowjetische Realität mit dem gerade überwundenen Ter-

²⁸⁾ Ebd., S. 533.

²⁹⁾ Ebd., S. 534.

³⁰⁾ Ebd., S. 535.

³¹⁾ Ebd., S. 537.

ror in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen vor Augen hält, ist der Stellenwert der Auseinandersetzung Chruschtschows mit Stalin sicherlich nicht gering einzuschätzen. Entscheidend bei ihrer Bewertung im Gesamtzusammenhang des internationalen Kommunismus ist jedoch, daß sie tiefergehende Analysen, die den Leninismus einbezogen, gerade verhindern sollte. Und tatsächlich hat es in der sowjetischen Ideologie seitdem keinen nennenswerten Fortschritt gegeben³²). Folgende, schon 1956 verwandte Formel hat nach wie vor Gültigkeit:

„Und die Tatsache, daß wir die mit der Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Persönlichkeitskults verbundenen Grundprobleme in all ihren Formen und auch das Problem der Liquidierung seiner lästigen Folgen dargelegt haben, ist ebenfalls ein Beweis für die große moralische und politische Kraft unserer Partei.“³³)

Für die UdSSR bedeutete der XX. Parteitag ohne Zweifel den Beginn eines „Normalisierungsprozesses“ mit dem Ziel, innenpolitisch mehr „Effizienz“ zu schaffen und dadurch außenpolitisch den selbst proklamierten Wettkampf mit den USA zu gewinnen. Weil aber trotz des großen Aufwands, der sich aus der historischen Situation ergab, die Veränderungen sehr kontrolliert und nur in begrenztem Umfang vorstatten gehen sollten, mußte es zwangsläufig zu Konflikten kommen. In der Sowjetunion selbst war es relativ einfach, das kritische Potential zu neutralisieren.

Welchen Einfluß aber hatte der Denkanstoß aus Moskau auf die Perzeption des Stalinismus bei denjenigen kommunistischen Parteien, die wir jetzt als „eurokommunistisch“ bezeichnen?

2. Die kommunistische Partei Spaniens

Der PCE befand sich in einer außergewöhnlichen Situation. Seit Ende des Spanischen Bürgerkriegs (1. 4. 1939) verboten und in der Illegalität, hatte er seine Basis weitgehend im Mutterland, während die Führungsspitze in Moskau, Paris und Prag residierte³⁴). Diese

³²) Daß Intellektuelle in der UdSSR den Stalinismus dennoch weiter diskutieren und welche analytischen Möglichkeiten auch dort marxistische Positionen eröffnen, beweist z. B. R. A. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke. Geschichte und Folgen des Stalinismus*, Frankfurt/M. 1973.

³³) Crusius/Wilke, a. a. O., S. 537.

³⁴) Einen guten Überblick gibt G. Hermet, *Les communistes en Espagne*, Paris 1971, und *L'Espagne de Franco*, Paris 1974.

Zersplitterung in Verbindung mit den Erfordernissen des täglichen Untergrundkampfes, der erst im Verlauf der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre in eine konsistente politische Programmatik mündete³⁵), hatte zur Folge, daß weder viel Zeit noch Energie noch Interesse blieb, um systematisch die der UdSSR und dem sozialistischen Lager innewohnenden Widersprüche auf theoretischer Basis zu analysieren³⁶).

Obwohl S. Carrillo betont, die Führung des PCE sei seit der Auflösung der Komintern „nicht ein einziges Mal in Moskau gewesen, um sich mit den sowjetischen Genossen vor einer Entscheidung oder dem Beginn einer neuen Politik zu beraten“³⁷), macht er keinen Hehl daraus, daß sie alle damals „Stalinisten“ gewesen seien. Der XX. Parteitag löste im PCE zwar individuelle Denkprozesse aus³⁸), doch bedurfte es noch sowohl einer gewissen „Normalisierung“ der Stellung innerhalb der spanischen Gesellschaft als auch einer weiteren Verschärfung der Konflikte im internationalen Kommunismus, um gravierende Veränderungen einzuleiten. Bei der Begründung und Legitimierung des heutigen unabhängigen Kurses spielt Chruschtschows Geheimrede dann allerdings eine entscheidende Rolle³⁹).

3. Die kommunistische Partei Frankreichs

Der PCF reagierte sehr widersprüchlich auf den Prozeß der Entstalinisierung. Auf der einen Seite stand das Bestreben, sowohl die führende Rolle Moskaus im internationalen Kommunismus als auch die eigene Struktur zu konservieren, auf der anderen der Versuch, gewisse Ergebnisse des XX. Parteitages dem politischen Kampf innerhalb des französischen parlamentarisch-demokratischen Systems nutzbar zu machen.

Dieser Zwiespalt läßt sich gut an der Person des Parteisekretärs verdeutlichen. M. Thorez hatte die Bezeichnung „Stalinist“ immer als Ehrentitel betrachtet⁴⁰) und noch lange von

³⁵) Die einzelnen Schritte sind nachzulesen bei Kernig, a. a. O., S. 479/80.

³⁶) So Carrillo in: S. Carrillo/R. Debray/M. Gallo, *Spanien nach Franco*, Berlin-West 1975, S. 129.

³⁷) Ebd., S. 119.

³⁸) Ebd., S. 118.

³⁹) S. Carrillo, „Eurokommunismus“ und Staat, Hamburg/Berlin-West 1977, S. 92/93.

⁴⁰) E. Mandel, *Kritik des Eurokommunismus. Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?*, Berlin-West 1978, S. 66.

Chruschtschows „angeblichem Bericht“ gesprochen⁴¹⁾. Da er jedoch die veröffentlichten Ergebnisse nicht ignorieren konnte, erinnerte er im Zusammenhang mit der Parteitagsresolution daran, daß er selbst schon am 18. November 1946 in einem Interview erklärt hatte, es sei durchaus möglich, den Sozialismus auf einem anderen Weg als dem russischen zu erreichen⁴²⁾.

Ansonsten bestand die offizielle Linie darin, den von Stalin angerichteten „Schaden“ gegen seine „Verdienste bei der Verteidigung des Sozialismus“ aufzuwiegen⁴³⁾. Ansätze zu einer theoretischen Diskussion sind erst seit 1958 zu beobachten, als H. Lefèbvre die stalinistische Orthodoxie radikal von „links“ kritisierte⁴⁴⁾. Damals führte R. Garaudy, der später selbst mit der Partei brach (1970), eine heftige Kampagne gegen den Abweichler⁴⁵⁾, die noch im selben Jahr mit dessen Parteiaus-schluß endete. Diese erste Kontroverse um festgefahrene historische Traditionen bewirkte allerdings Erschütterungen, die nicht unwesentlich die heute angestellten Reflexionen beeinflussten.

4. Die kommunistische Partei Italiens

Der PCI war sowohl bei der theoretischen Erörterung des Stalinismus als auch bei der Formulierung eines „eigenen Weges zum Sozialismus“ am weitesten fortgeschritten⁴⁶⁾. P. Togliatti, der den neuen Kurs wesentlich mitbestimmt hatte, erhielt deshalb vom XX. Parteitag keine sensationellen Anstöße. Vielmehr benutzte er ihn zur Legitimierung und Weiterentwicklung seiner Vorstellungen. Schon in seiner Begrüßung an die Delegierten in Moskau wies er darauf hin, das sowjetische Modell könne nicht in allen Punkten für andere Länder verbindlich sein, und folgerte dann:

„Die italienischen Kommunisten stehen vor der Aufgabe, einen italienischen Weg zu finden. Dieser Weg muß die historische Entwicklung des Landes, seine soziale Struktur,

41) S. dazu die Schilderung ihrer Moskau-Reise 1956 und deren Nachwirkungen von S. Signoret, *La nostalgie n'est plus ce qu'elle était*, Paris 1976, S. 152—159, S. 169—173, S. 209—211.

42) Leonhard, a. a. O., S. 90.

43) So J. Duclos in *„L'Humanité“* vom 10. 3. 1956.

44) Sein Buch erschien in deutscher Übersetzung unter dem Titel *„Probleme des Marxismus“* (Frankfurt/M. 1965).

45) *Cahiers du Communisme* Nr. 4, 1958.

46) Zur Entwicklung des PCI nach 1944 s. Oberndörfer, a. a. O., S. 149 ff.

*die Mentalität und Bestrebungen der breiten Massen der Werktätigen berücksichtigen und es möglich machen, für Italien entsprechende Formen zu finden, um die Mehrheit des Volkes für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu gewinnen.“*⁴⁷⁾

Die argumentative Basis für seine Konzeption des „Polyzentrismus“, die nicht nur nationale Ausformungen des Sozialismus forderte, sondern auch den Führungsanspruch der UdSSR in der kommunistischen Weltbewegung zunächst einmal stark relativierte, bildete die Kritik am Stalinismus. In mehreren Stellungnahmen⁴⁸⁾ und Interviews⁴⁹⁾ analysierte der Parteisekretär als erster europäischer Kommunist nach den Jugoslawen das politische System der Sowjetunion und kam dabei zu folgenden, für die damaligen Verhältnisse „revolutionären“ Ergebnissen:

Obwohl die „Enthüllungen“ Chruschtschows zu begrüßen seien, müsse doch kritisiert werden, daß er es bisher versäumt habe, das „dornige Thema der politischen und historischen Gesamtbeurteilung“ anzuschneiden; denn der Versuch, die Entwicklung durch die Aufzählung bestimmter Chaktoreigenschaften Stalins zu personalisieren, beruhe nicht auf marxistischen Kategorien. Die eigentliche Frage müsse lauten, warum das Sowjetsystem bis zur „Degeneration“ von den ursprünglichen Intentionen und Ansätzen des Leninismus abgewichen sei.

Für Togliatti lag die Antwort in dem Problem der Bürokratisierung vieler Bereiche, besonders der Partei:

„Für uns steht es außer Zweifel, daß die Irrtümer Stalins in Verbindung standen mit einer übermäßigen Gewichtszunahme der bürokratischen Apparate im wirtschaftlichen und politischen Leben der Sowjetunion, und man geht wohl nicht fehl mit der Behauptung, daß die Partei der Ausgangspunkt für die schädliche Beschränkung der Demokratie und das allmähliche Überhandnehmen der bürokratischen Organisationformen war.“

Togliattis Analyse beinhaltete zwei Punkte, die grundsätzlicher Natur waren und deshalb sowohl die weitere Stalinismus-Diskussion als auch die Entwicklung hin zum Eurokommunismus nachhaltig beeinflussen sollten:

47) Der XX. Parteitag der KPdSU, a. a. O., S. 329—334.

48) Z. B. in: *„Unitá“* vom 15. 3. 1956 und *„Nuovi argomenti“* vom Mai/Juni 1956.

49) Z. B. der Schriftsteller A. Moravia in: *„Unitá“* vom 17. 6. 1956.

1. Die Ablehnung des Personenkults als monokausales Erklärungsmuster für die spezifische Ausformung des sowjetischen Sozialismus; statt dessen die Bestrebung, Stalin als Nutznießer und Vollender eines degenerierten politischen Systems zu begreifen.

2. Die Erkenntnis, daß man das Ende eines historischen Phänomens nicht dekretieren kann; die Aufgabe besteht vielmehr darin, seine Ursachen zu ergründen und zu beseitigen. Erst auf der Basis „radikaler“ Kritik ist ein Abbau der Bürokratisierung sowie eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft in Osteuropa möglich.

Obwohl das Zentralkomitee der KPdSU am 30. Juni 1956 in einer ausführlichen Stellungnahme die „Äußerungen über gewisse Formen der Entartung des sowjetischen Systems“ zurückwies⁵⁰⁾, verfolgte der PCI die eingeschlagene Linie konsequent weiter. Im Dezember 1956 formulierte der VIII. Parteitag den „italienischen Weg zum Sozialismus“, der all diejenigen Aspekte aufgriff, die Togliatti in seiner Stalinismus-Kritik angeschnitten und als unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus bezeichnet hatte⁵¹⁾.

Dieses offizielle Bekenntnis zur Eigenständigkeit belebte eminent die allgemeine Theorie-diskussion und führte zu intensiverer Marx-Lektüre sowie zur Neubesinnung auf die eigenen Traditionen. Vor allem erlebten Werk und Denken A. Gramscis eine regelrechte „Renaissance“⁵²⁾ — des Mannes also, der sich schon 1926 „gegen die Hegemonisierung der kommunistischen Parteien durch die KPdSU

bzw. die Kommunistische Internationale“ gewandt und erkannt hatte, „daß die Bedingungen der Transformation für Rußland, wo der Staat immer ein extremes Unterdrückungsinstrument gewesen war, und für die westeuropäischen Länder, wo ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft bestand, unterschiedlich waren und daß deshalb eine eigene Revolutionsstrategie für die kapitalistischen Länder entworfen werden mußte“⁵³⁾.

Es ist sicherlich richtig, wie F. Marek bemerkt⁵⁴⁾, daß die Stalinismus-Kritik des PCI bis in die sechziger Jahre hinein zwei Barrieren nicht überschritt:

1. Die „Irrtümer“ Stalins haben die sozialistischen Grundlagen der UdSSR nicht erschüttert.

2. Die Sowjetunion bleibt weiterhin das erste große Modell einer sozialistischen Gesellschaft.

Auch dem Vorwurf, Togliatti habe nicht zugegeben, „daß dieses Modell mit den ursprünglichen Sowjets als Räten der Produzentendemokratie nichts mehr gemein hatte“⁵⁵⁾, ist zuzustimmen. Dennoch muß man die Vorgänge des Jahres 1956 als Marksteine einer Entwicklung begreifen, die nicht nur den Stalinismus als inakzeptabel für den eigenen Weg zum Sozialismus ablehnte, sondern auch bestimmte leninistische Kategorien wie „Demokratischer Zentralismus“, „Innerparteiliche Demokratie“ oder „Führende Rolle der Partei“ relativierte oder neu interpretierte.

II. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen UdSSR, PCE, PCF und PCI bis zum Beginn der siebziger Jahre

Ohne detailliert den Weg der drei Parteien zu den gegenwärtigen eurokommunistischen Positionen nachzeichnen zu wollen⁵⁶⁾, er-

scheint es doch notwendig, wenigstens die wichtigsten Etappen des Loslösungsprozesses von Moskau zu skizzieren. Er unterstreicht nämlich den Zusammenschluß von der Nichtüberwindung des Stalinismus in der UdSSR und dem Streben der Eurokommunisten nach Unabhängigkeit, besonders auch im ideologischen Bereich.

Zwei Faktoren, die in engem Zusammenhang mit dem XX. Parteitag stehen, vertiefen noch dessen Auswirkungen:

schen Parteien Frankreichs, Italiens, Spaniens und Portugals, Köln 1977, bes. S. 6—33 der Einleitung; Leonhard, a. a. O., S. 108—166; Timmermann, a. a. O., S. 17—25.

⁵⁰⁾ „Pravda“ vom 2. 7. 1956.

⁵¹⁾ „Erneuern und sich stärken“. Bericht Togliattis an den VIII. Parteitag der Italienischen Kommunistischen Partei, Dezember 1956, in: P. Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Frankfurt/M. 1977, S. 393—471.

⁵²⁾ S. dazu L. Gruppi, Gramsci — Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg/Berlin-West 1977.

⁵³⁾ Grebing, a. a. O., S. 243.

⁵⁴⁾ Crusius/Wilke, a. a. O., S. 178.

⁵⁵⁾ Ebd., S. 178.

⁵⁶⁾ Detailliertere Auskünfte dazu z. B. in: A. Kimmel (Hrsg.), Eurokommunismus. Die kommunisti-

1. Der Beginn der Entspannungspolitik lockerte allmählich die harte Konfrontation und begünstigte die Entwicklung eigenständigerer Konzepte ⁵⁷⁾.

2. Die UdSSR versuchte, ihr verlorengegangenes Prestige durch stärkere Zentrierung der kommunistischen Weltbewegung aufzufangen.

Die auf europäischer oder weltweiter Ebene durchgeführten Kommunistenkonferenzen ⁵⁸⁾ erfüllten indessen nicht ihren Zweck, sondern bewirkten in letzter Konsequenz, daß der PCI seinen bisherigen Kurs weiter intensivierte und der PCF, getrieben auch von innenpolitischen Zwängen, wenigstens einige Positionen in Frage stellte.

Wie tief die Kluft geworden war, dokumentiert das Memorandum Togliattis vom August 1964, das gemeinhin als sein „Testament“ bezeichnet wird, weil es kurz vor seinem Tod entstand und nicht nur seine persönliche Entwicklung zusammenfaßte, sondern auch Orientierungspunkte für die Zukunft setzte ⁵⁹⁾.

In unserem Zusammenhang sind die folgenden Gedanken zum internationalen Kommunismus und zur Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystem am wichtigsten:

1. Eine Neuauflage von Komintern oder Kominform könne nicht die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wiederherstellen. Statt dessen müsse man die öffentliche Kommunikation und Diskussion über alle relevanten Aspekte pflegen. Die informellen Kontakte zwischen den einzelnen kommunistischen Parteien seien der einzig gangbare Weg, weil sich sowohl das internationale Umfeld als auch die sozio-ökonomischen Bedingungen der einzelnen Länder stark verändert hätten. Die Lösung liege in der Autonomie jeder Partei.

2. Das Verhalten der sozialistischen Staaten, besonders der UdSSR, jede Kritik an sich zurückzuweisen und so zu tun, als sei alles in bester Ordnung, könne man nicht akzeptieren, da gerade der Marxismus-Leninismus die Offenlegung bestehender Widersprüche und

Schwierigkeiten fordere. Für ausländische Kommunisten bringe dieser Tatbestand erhebliche Unannehmlichkeiten mit sich. Während man nämlich in Osteuropa immer noch den Eindruck erwecke, „als ob alles immer noch gut ginge“, seien die westeuropäischen Kommunisten aus den verschiedensten Gründen gezwungen, „von schwierigen Situationen zu sprechen und sie zu erklären“ ⁶⁰⁾. Dem könne abgeholfen werden, wenn auch in den sozialistischen Staaten selbst politische Kontroversen nicht nur offen geführt, sondern auch aktuelle Themen von allgemeiner Bedeutung auf breiter Basis erörtert würden.

Diese Überlegungen veranlaßten Togliatti zu dem Schluß, daß sich die Entstalinisierung offensichtlich nur langsam und widerstrebend vollziehe und der XX. Parteitag der KPdSU noch weitgehend programmatischen Charakter besitze:

„Das Problem, dem man die größte Aufmerksamkeit schenkt, ist jedoch heute im Hinblick sowohl auf die Sowjetunion als auch auf die anderen sozialistischen Länder in besonderem Maße das der Überwindung des Regimes der Beschränkung und Unterdrückung der demokratischen und persönlichen Freiheiten, das von Stalin errichtet wurde. Nicht alle sozialistischen Länder bieten das gleiche Bild. Man hat den allgemeinen Eindruck einer Langsamkeit und eines Widerstandes bei der Rückkehr zu den leninistischen Normen, die innerhalb der Partei und außerhalb eine breite Freiheit der Meinung und der Diskussion auf dem Gebiete der Kultur, der Kunst und auch auf politischem Gebiet gewährleisten. Diese Langsamkeit und dieser Widerstand sind für uns schwer erklärbar, vor allem angesichts der gegenwärtigen Bedingungen, wo es keine kapitalistische Einkreisung mehr gibt und der wirtschaftliche Aufbau grandiose Erfolge erzielt hat. Wir gehen stets von der Idee aus, daß der Sozialismus jene Ordnung ist, in der die Werktätigen die größte Freiheit besitzen und tatsächlich in organisierter Form an der Leitung des gesamten gesellschaftlichen Lebens teilnehmen. Wir begrüßen daher alle prinzipiellen Stellungnahmen und alle Tatsachen, die uns verdeutlichen, daß dies die Realität in allen sozialistischen Ländern ist und nicht nur in der Sowjetunion. Tatsachen, die uns manchmal das Gegenteil zeigen, fügen hingegen der ganzen Bewegung Schaden zu.“ ⁶¹⁾

⁵⁷⁾ Diesen Aspekt hebt besonders H. Ehmke in seinem Vorwort zu Timmermann, a. a. O., S. 7/8, „Die Entspannungspolitik als Faktor blockinterner politischer und sozialer Bewegung“, hervor.

⁵⁸⁾ Die diesbezüglichen Dokumente sind abgedruckt bei Steinkühler, a. a. O.

⁵⁹⁾ Togliatti, a. a. O., S. 765—779: „Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit, Jalta, August 1964“.

⁶⁰⁾ Ebd., S. 777.

⁶¹⁾ Ebd., S. 778/79.

Sofort nach Togliattis Tod veröffentlichte sein Nachfolger, L. Longo, das Memorandum und veranlaßte damit sogar „Pravda“ und „Neues Deutschland“, den Text abzdrukken. Erst diese weite Verbreitung machte vielen Kommunisten deutlich, um welche Fragen es mittlerweile ging und wie tief die Kluft zwischen der UdSSR und den großen kommunistischen Parteien Westeuropas tatsächlich geworden war.

Obwohl wahrscheinlich interne Beweggründe den Ausschlag gaben, unterstützten doch die italienischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht unwesentlich zwei Prozesse: die Herausbildung eines kritischeren Bewußtseins beim PCF, das seit Mitte der sechziger Jahre unter anderem durch die öffentliche Verurteilung der Behandlung von Dissidenten in der Sowjetunion zum Ausdruck kam, und die Intensivierung der Gedanken, die schließlich zum „Prager Frühling“ führten.

Auf der anderen Seite beeinflusste die Entwicklung in der Tschechoslowakei hin zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mit ihrem abrupten Ende wiederum die kommunistischen Parteien Spaniens, Frankreichs und Italiens ⁶²⁾.

Während die Reaktionen auf das Experiment eines „Dritten Weges“ zwar wohlwollend, aber vorsichtig formuliert waren, änderte die Invasion der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August 1968 die Lage schlagartig. Der Aggressionsakt gegen ein Mitglied des sozialistischen Lagers und die ihm folgende Brexhnew-Doktrin, die „Abtrünnige“ mit dem gleichen Schicksal bedroht, zwang die im parlamentarisch-demokratischen Rahmen operierenden kommunistischen Parteien nicht nur zur Auseinandersetzung mit „bürgerlicher“, sondern auch vielfältiger „linker“ Kritik. Der daraus entstehende Klärungsprozeß förderte sowohl die Präzisierung schon vorhandener Konzepte als auch die Einsicht, daß man in Zukunft programmatisch zusammenarbeiten müsse, um dem sowjetischen Anspruch wirksam begegnen zu können.

Der PCF nahm seit Beginn des „Prager Frühlings“ eine „mittlere Stellung“ ⁶³⁾ ein. Er übte weder Kritik, noch spendete er Beifall. Waldeck-Rochet, der Generalsekretär, erklärte Mitte April 1968, nach Auffassung führender tschechoslowakischer Kommunisten gebe es

keine Anzeichen für eine Gefährdung der sozialistischen Grundlagen. Anlässlich eines Gesprächs mit dem „Parteiideologen“ der KPdSU, Suzlov, am 15./16. Juli in Moskau befürwortete er dann allerdings eine „politische Lösung“, d. h. Abbruch des Experiments durch direkte Einflußnahme und politischen Druck. Diese Einstellung führte innerhalb des europäischen Kommunismus zu harten Auseinandersetzungen, die den PCF schließlich veranlaßten, seinen Kurs weiter zu relativieren und Abstand von seiner Forderung nach einer Konferenz zur Behandlung der Vorgänge in der ČSSR zu nehmen. Als sich die Lage Ende Juli gefährlich zuspitzte, operierte der PCF noch vorsichtiger und reagierte auf die Okkupation insgesamt lediglich mit der Erklärung des „Nichteinverständnisses“ ⁶⁴⁾.

Grundsätzlich anders verhielt sich der PCI. Am 12. April meinte Longo im Hinblick auf den Reformkurs der KPČ:

„Die Verwirklichung einer fortgeschrittenen sozialistischen Demokratie ist nicht nur ein großer Beitrag zum Kampf der Arbeiterklasse und der Linkskräfte in den kapitalistischen Staaten, sondern stellt auch einen Anreiz für alle sozialistischen Länder dar, die Hindernisse, die der vollen Entwicklung der sozialistischen Demokratie im Wege stehen, mutiger zu überwinden.“ ⁶⁵⁾

Darüber hinaus versprach er Anfang Mai auf einer Pressekonferenz in Prag „die volle Unterstützung und Solidarität der italienischen Kommunisten“ ⁶⁶⁾ und bezeichnete nach seiner Rückkehr in einem Bericht vor dem Gramsci-Institut in Rom die tschechoslowakischen Tendenzen als positiv „nicht nur für ihr Land, sondern für alle sozialistischen Länder und für die gesamte internationale Arbeiterbewegung“ ⁶⁷⁾.

Ebenso konsequent verurteilte der PCI den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten und seine Folgen. Als beispielhaft dafür kann dieser Satz gelten:

„Das Politbüro der italienischen KP hält deshalb diese Entscheidung für ungerechtfertigt, weil sie mit den Prinzipien der Autonomie und Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei und jedes sozialistischen Staates und

⁶²⁾ Einen prägnanten Überblick über die Ereignisse in der ČSSR gibt Leonhard, a. a. O., S. 123 ff.

⁶³⁾ Ebd., S. 134.

⁶⁴⁾ Ebd., S. 143.

⁶⁵⁾ Zit. nach „Informations-Bulletin“, Wien, Nr. 23/24, 1968, S. 74.

⁶⁶⁾ Ebd. Nr. 26/27, S. 72.

⁶⁷⁾ Bericht L. Longos über die Vorgänge in der ČSSR vom 8. Mai 1968, zit. nach „Weg und Ziel“, Wien, Nr. 7/8, 1968, S. 353.

mit den Erfordernissen der Verteidigung der Einheit der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung nicht zu vereinbaren ist.“⁶⁸⁾

Den größten Einfluß übten die Ereignisse um den „Prager Frühling“ zweifellos auf die Entwicklung des PCE aus. Noch im Jahre 1965 waren die beiden Mitglieder des Zentralkomitees F. Claudin und J. Semprún wegen ihrer seit Herbst 1963 geäußerten Vorschläge zur Demokratisierung der Partei und zu einer allgemeinen politischen Kursänderung, die annähernd mit heutigen eurokommunistischen Positionen übereinstimmen, aus dem PCE ausgeschlossen worden⁶⁹⁾.

Die Haltung im Jahre 1968 zeigte aber plötzlich, welche Wandlung zumindest die Führungsspitze der Partei innerhalb kürzester Frist vollzogen und wie stark sich das Abhängigkeitsgefühl von der UdSSR gelockert hatte. Das erreichte Niveau kann man durchaus mit dem des PCI vergleichen; bei weitem übertraf es das des PCF.

Die spanische Interpretation und Kritik ist besonders deshalb von fundamentaler Bedeutung, weil Prag ein Zentrum des Exils darstellte und wichtige Entscheidungsträger die Reformbestrebungen mit eigenen Augen beobachten konnten⁷⁰⁾. So hatte z. B. die Behauptung, alles sei von außen gesteuert und diene der Zerstörung des Sozialismus, nicht die geringste Chance. Vielmehr veranlaßte die eigene Anschauung S. Carrillo und andere nicht nur zur vehementen Verteidigung des Experiments, sondern auch dazu, wesentliche Bestandteile desselben in die eigene Programmatik aufzunehmen. Entscheidend war für die Zukunft neben der theoretischen und praktischen Ausformung des Sozialismus das vom Kreml auf brutale Weise praktizierte und von den spanischen Kommunisten schon dreißig Jahre zuvor erfahrene Verständnis des „Internationalismus“.

Als klar wurde, daß Moskau sogar die militärische Intervention nicht scheute, um die

„Ordnung“ wiederherzustellen, warnten sowohl Dolores Ibarruri als auch Carrillo:

„Wenn ihr die Tschechen angreift, dann werden wir euch zum ersten Mal in der Geschichte unserer Beziehungen öffentlich verurteilen. Es wäre besser, ihr würdet den tschechischen Führern helfen. Laßt sie ihre Erfahrungen machen.“⁷¹⁾

Das in Paris versammelte Zentralkomitee billigte diese Position. Am Tag des Einmarsches befand sich Carrillo auf der Krim und reiste nach Erhalt der Nachricht sofort nach Moskau, um dort offiziell zu protestieren:

„Wir blieben zwei Tage in Moskau und unsere Diskussionen mit den sowjetischen Genossen waren außerordentlich beschwerlich. Wir waren eine Gruppe von Parteiführern, die eingeladen worden waren, ihren Urlaub dort zu verbringen. Dolores war da und Gallego, ich und andere, die ich nicht nennen will, weil sie in Spanien sind, aber wir waren uns alle einig — auch die, die später die Partei verlassen haben.

Damals befürchteten wir, daß die Sowjets auch noch in Rumänien und in Jugoslawien einmarschieren würden. Am nächsten Tag bat ich um eine Fahrkarte nach Bukarest. Von da an haben wir über viele Dinge nachgedacht. Wir begannen, uns mehr mit dem Problem der Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und kommunistischen Parteien zu beschäftigen.“⁷²⁾

Letztlich bezeichnete der gewaltsame Abbruch des „Prager Frühlings“ den Kulminationspunkt aller negativen historischen Erfahrungen und der Erkenntnis, daß sich das stalinistische System trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht grundlegend verändert hatte. Er wurde somit eine wichtige Etappe bei der Herausbildung des Eurokommunismus:

„Für uns, für die Kommunistische Partei Spaniens, wurde der Höhepunkt der Eroberung unserer Unabhängigkeit mit der Besetzung der Tschechoslowakei im Jahre 1968 erreicht. Die Vorbereitung dieser Operation wurde mit ähnlichen Methoden besorgt wie die historischen Prozesse von 1936, die auf dem 20. Parteitag aufgedeckt wurden, oder wie die Verurteilung Jugoslawiens. D. h., es wurde eine absolute Behauptung aufgestellt — in diesem Fall, daß die Tschechoslowakei kurz davor war, dem Kapitalismus in die Hände zu fallen —, auf der Grundlage dieser Behauptung wur-

⁶⁸⁾ Zit. nach Leonhard, a. a. O., S. 142.

⁶⁹⁾ S. dazu das Vorwort von J. Semprún zu: F. Claudin, *The Communist Movement. From Comintern to Cominform*, Penguin Books 1975, S. 3—5, und die entsprechenden Abschnitte in den Memoiren J. Semprúns: J. Semprún, Federico Sanchez, *Erinnerungen eines führenden ehemaligen spanischen Kommunisten*, Hamburg 1978, bes. S. 156—216: „Nur für das Zentralkomitee bestimmt“, und S. 217—277: „Zwischenspiel im Ampurdan“.

⁷⁰⁾ Die folgende Darstellung stützt sich weitgehend auf die Schilderung in Carrillo/Debray/Gallo, a. a. O., S. 120—123.

⁷¹⁾ Ebd., S. 120.

⁷²⁾ Ebd., S. 121.

den Versionen der Ereignisse aufgebaut, die Lichtjahre von der Wirklichkeit entfernt waren. Das war nichts anderes als der Versuch, uns für dumm zu verkaufen. Die Tschechoslowakei war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte und der unsere Parteien zum Nein veranlaßte. Bei diesem ‚Internationalismus‘ wollten wir nicht mehr mitmachen. Eben diesen ‚Internationalismus‘ haben wir als den ‚alten‘ bezeichnet, mit dem, davon sind wir überzeugt, Schluß gemacht werden muß. Der wahre Internationalismus ist etwas anderes, muß etwas anderes sein.“⁷³⁾

Mochten die Proteste und Reaktionen auf die sowjetische Aggression in ihrer Intensität auch unterschiedlich ausgefallen sein, so dokumentieren sie doch, daß achtzehn europäische kommunistische Parteien in aller Öffentlichkeit gegen den Kreml votierten; dies war ein absolutes Novum.

Die UdSSR reagierte wie 1956, nach dem XX. Parteitag der KPdSU: Sie drängte auf eine Weltkonferenz der kommunistischen Parteien. Als „dritte“ fand diese dann schließlich vom 5. bis 17. Juni 1969 statt; sie konnte aber die entstandenen Risse nicht mehr als notdürftig kitten⁷⁴⁾.

III. Der aktuelle Stand der Stalinismus-Diskussion bei den Eurokommunisten

Seit Anfang der siebziger Jahre ist in den theoretischen Organen von PCI und PCF die Beschäftigung mit den verschiedensten Aspekten des Stalinismus stark intensiviert worden⁷⁵⁾.

Diese zunächst von Intellektuellen für intellektuelle angestellten Reflexionen gewannen für die übrige Partei an Bedeutung, als in bewußter Distanzierung von Moskau systematisch eigene Zielvorstellungen mit partieller Beschreibung des einzuschlagenden Weges formuliert wurden und infolgedessen die innenpolitische Bedeutung rapide zunahm. Auch ihre proklamierte, angestrebte und in Ansätzen verwirklichte Bündnispolitik, die in der Öffentlichkeit ein vitales Interesse an parteiinternen Vorgängen und Diskussionen weckte, stärkte in PCI, PCF und PCE nicht nur ein wesentlich taktisch motiviertes Legi-

Zu Beginn der siebziger Jahre hatten PCE, PCF und PCI zumindest insofern einen gewissen „Gleichstand“ erreicht, als sie das sowjetische Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsmodell für ihre Länder ablehnten und im internationalen Kommunismus tendenziell Gleichberechtigung praktizierten.

Obwohl sie noch immer relativ oberflächlich blieb, hatte die 1956 begonnene Auseinandersetzung mit dem Stalinismus diesen Prozeß erheblich mitbestimmt. Eine neue Qualität erreichte sie in der Phase, als die Eurokommunisten die Ablehnung erkannter Negative durch schöpferische theoretische Überlegungen ergänzten.

In den folgenden Jahren wurde die Auseinandersetzung mit der weitgehend von Moskau diktierten eigenen Geschichte auch die Bedingung für jegliche praktische Politik; und daß der Stalinismus in seiner mannigfaltigen Ausprägung diese historische Identität entscheidend geprägt hatte, stand außer Zweifel. Jetzt galt es, Klarheit darüber zu gewinnen, wo die Ursachen für die „Deformation“ des Marxismus-Leninismus lagen und welche Konsequenzen die Diagnose erforderte.

tationsbedürfnis nach außen, sondern auch das Gewicht derjenigen Mitglieder, die in der historischen Aufarbeitung des internationalen Kommunismus den Grundstein für die Gewinnung bzw. Wiedergewinnung der eigenen Identität sehen.

Das Ergebnis dieser zweipoligen Entwicklung ist nun in einer ganzen Reihe von Sammelbänden und Einzelanalysen greifbar, die das Phänomen des Stalinismus und seine Auswirkungen entwicklungsgeschichtlich und bzw. oder in bezug auf die heutige Situation thematisieren; ein großer Teil von ihnen liegt auch in deutscher Übersetzung vor⁷⁶⁾.

⁷⁶⁾ Im folgenden beziehe ich mich hauptsächlich auf: L. Althusser, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg/Berlin-West 1977; E. Balibar, *Über die Diktatur des Proletariats*, Hamburg/Berlin-West 1977 (Orig. 1976); G. Boffa/G. Martinet, *Marxistische Stalinismus-Kritik*, Hamburg 1978 (Orig. 1976); S. Carrillo, *„Eurokommunismus“ und Staat*, Hamburg/Berlin-West 1977 (Orig. 1977); S. Carrillo/R. Debray/M. Gallo, *Spanien nach Franco*, Berlin-West 1975 (Orig. 1974); J. Ell-

⁷³⁾ Carrillo, „Eurokommunismus“, a. a. O., S. 141.

⁷⁴⁾ S. dazu Leonhard, a. a. O., S. 143–149.

⁷⁵⁾ Vor allem in „Rinascita“, „Cahiers du Communisme“, „La Nouvelle Critique“.

Obwohl es bei manchen Bewertungsfragen parteiintern ebenso wie zwischen den einzelnen Parteien Meinungsverschiedenheiten gibt, ist, was Analyse und Einordnung in den Gesamtzusammenhang der kommunistischen Weltbewegung betrifft, doch prinzipielle Übereinstimmung zu verzeichnen. Erhebliche Divergenzen bestehen da, wo es um die praktische Umsetzung der gewonnenen Ergebnisse geht. Auf der anderen Seite behindern selbstverständlich taktisch-politische Erwägungen die Gedankenführung besonders dann, wenn durch sie radikal Eckpfeiler des Marxismus-Leninismus in Frage gestellt werden.

1. Die historisch-theoretische Analyse des Stalinismus

PCE

Gegenüber der in I.2. skizzierten Situation haben sich insofern keine grundlegenden Veränderungen ergeben, als die Partei nach wie vor ihre Hauptaufgabe darin sieht, die noch sehr junge spanische Demokratie zu festigen und nach ihren Vorstellungen zu formen, was sicherlich — zumindest an der Basis — ein übermäßiges Interesse an ideologischen Erörterungen nicht gerade begünstigt. Hinzu kommt, daß „leider die Theorie traditionell keine starke Seite der spanischen Arbeiterbewegung gewesen ist“⁷⁷⁾. Dennoch sind die Aussagen der Führungsspitze zum Stalinismus eindeutig, kritisch und radikal, ohne die Qualität „wissenschaftlicher“ Beweisführung zu beanspruchen. In Zukunft wird die wichtigste Aufgabe darin bestehen, die Urteilsbildung durch intensive Forschungen und Studien zu untermauern.

Das hohe Problembewußtsein S. Carrillos ist daran zu erkennen, daß er sich nicht lange damit aufhält, die Exzesse besonders der dreißiger Jahre als fürchterliche „Abweichungen“ vom sozialistischen Weg zu begreifen, son-

einstein, Geschichte des „Stalinismus“, Berlin-West 1977 (Orig. 1975); Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik? Diskussionen in der KPF, Berlin-West 1976; L. Gruppi, Gramsci — Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg/Berlin-West 1977 (Orig. 1972); D. Lécourt, Proletarische Wissenschaft? Der „Fall Lyssenko“ und der Lyssenkismus, Berlin-West 1976 (Orig. 1976); Sozialisten, Kommunisten und der Staat. Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie, Hamburg/Berlin-West 1977 (Orig. 1976).

⁷⁷⁾ Carrillo, a. a. O., S. 137.

dern nach den Ursachen des Stalinismus sucht, um ihn zu „erklären“.

Zentraler Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die „objektive“ russische Situation des Jahres 1917, die er — durchaus im Einklang mit den Ergebnissen „bürgerlicher Forschung“ — mit dem Terminus der „Unterentwicklung“ beschreibt. Allerdings folgert er daraus nicht die prinzipielle Unmöglichkeit einer sozialistischen Revolution, betont vielmehr die Richtigkeit des beschrittenen Weges:

„Man kann über die Probleme des Sozialismus, der unter diesen Bedingungen zustande gekommen ist, über die Gefahren, die dies objektiv mit sich bringt, diskutieren. Woran aber kein Zweifel bestehen kann, ist, daß die russischen Kommunisten und die Arbeiterklasse keine andere Wahl hatten, als die Macht zu ergreifen und zu versuchen, mit oder ohne Unterstützung der europäischen Revolution die Fundamente einer neuen Gesellschaft zu errichten.“⁷⁸⁾

Gerade das Eintreten für Lenins Theorie vom „schwächsten Glied“ gegen die von Marx und Engels getroffene Voraussage, die proletarische Revolution werde in den fortgeschrittensten kapitalistischen Staaten Westeuropas ausbrechen und siegen, führt aber zu Konsequenzen, vor denen auch der Generalsekretär nicht die Augen verschließen kann. Die gravierendste besteht wohl in dem Spannungsverhältnis zwischen Sozialismus und Rückständigkeit, das sich konkret im Konzept des Aufbaus des „Sozialismus in einem Lande“ und der Erkenntnis von Marx und Engels manifestiert, „daß der vollkommene Sieg des Sozialismus nur der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt sei“⁷⁹⁾. Doch nicht dieses Spannungsverhältnis an sich hat zum Stalinismus geführt, sondern die Kombination von russischer Tradition und bewußter Entscheidung für den rasanten Aufbau der Schwerindustrie auf Kosten der Landwirtschaft:

„Man muß sich die Frage stellen, ob der Staatstyp, der sich in der Sowjetunion entwickelt hat, und zwar ganz besonders das mit dem Namen Stalin verknüpfte diktatorische System mit all seinen Auswüchsen, Gewalttaten und Willkürlichkeiten, nicht gerade aus dieser (von Marx und Engels nicht ‚vorgesehenen‘ — H. G.) Funktion entstanden ist, d. h. aus der Verwirklichung der ursprünglichen

⁷⁸⁾ Ebd., S. 149.

⁷⁹⁾ Carrillo/Debray/Gallo, a. a. O., S. 115.

Akkumulation, aus der Entwicklung der modernen Industrie um jeden Preis.“ ⁸⁰⁾

Denn der gewählte Kurs führte zwangsläufig zum Bruch des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, auf dem der Erfolg der Oktoberrevolution beruht hatte, und somit zur spezifisch russischen Ausformung der „Diktatur des Proletariats“. Sowohl Marx und Engels als auch Lenin hatten nämlich unter diesem Begriff die Unterdrückung einer kleinen Minderheit durch die überwiegende Mehrheit verstanden. Die Entwicklung verlief nun aber ganz anders, indem sie den Ausnahmezustand des Bürgerkrieges nicht nur nicht beendete, sondern die gesellschaftlichen Widersprüche noch verschärfte, auf die Partei übertrug und den „Klassenkampf von oben“ zum konstitutiven Element des Stalinismus machte. Die daraus resultierende Bürokratisierung auf allen Ebenen ließ einen Staat entstehen, der noch viel „vollkommener“ als der zaristische war und in Verbindung mit „Korruptionserscheinungen der Diktatur des Proletariats“ den Grundstein für die Verbrechen des Stalinismus legte ⁸¹⁾.

Obwohl Carrillo die historische „Vorbelastung“ der Oktoberrevolution bewußt hervorhebt, macht er nicht den Fehler, aus ihr einen „Automatismus“ zu konstruieren. Er betont zwar, daß der „asiatische Feudalismus“ wahrscheinlich den Übergang zu einem „nicht bürokratischen Sozialismus“ unmöglich gemacht habe ⁸²⁾, sieht aber die wichtigste Bedingung für die spezifische Ausformung des Stalinismus in der Zerstörung des ursprünglich vorhandenen demokratischen Kerns. Und hier liegt für ihn die eigentliche Problematik, weil sie vom Individuum beeinflusbar ist:

„Im Kampf gegen den Faschismus haben wir Kommunisten und andere gemerkt, daß die demokratischen Freiheiten mit all ihren Begrenzungen und Einschränkungen, die es in der bürgerlichen Gesellschaft gibt, einen wirklichen Wert haben, der nicht unterschätzt werden darf.“ ⁸³⁾

Der Generalsekretär geht sogar soweit, dem Stalinismus „formale Ähnlichkeit“ mit faschistischen Diktaturen zu bescheinigen ⁸⁴⁾, ihn als „Form des Totalitarismus“ zu bezeichnen ⁸⁵⁾. Auf eine kurze Formel gebracht, ist

für ihn die im Phänomen des Stalinismus sichtbar gewordene „Entartung des Sowjetsystems“ gleich „sozialistischer Totalitarismus“ ⁸⁶⁾.

Carrillo beläßt es freilich nicht bei dieser vernichtenden Kritik, sondern unternimmt den Versuch, die sowjetische Entwicklung in das Konzept des historischen Materialismus einzupassen:

„Wenn alle Staaten Werkzeuge der Herrschaft einer Klasse über eine andere sind und wenn es in der UdSSR keine antagonistischen Klassen gibt, dann besteht auch keine objektive Notwendigkeit zur Unterdrückung anderer Klassen. Über wen herrscht dann dieser Staat? Die Oktoberrevolution hat einen Staat hervorgebracht, der offensichtlich kein bürgerlicher Staat ist, aber er ist auch noch nicht das als herrschende Klasse organisierte Proletariat, er ist noch keine wirkliche Arbeiterdemokratie.“ ⁸⁷⁾

Gerade dieser Charakter einer „Übergangsgesellschaft“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus macht es notwendig, von den Exzessen des Stalinismus zu abstrahieren und nach seinen Strukturmerkmalen zu fragen, die noch heute bestimmend sind:

„Der Staat ist weiterhin das große Problem, nicht nur vor, sondern auch nach der Unterdrückung des Privateigentums.“ ⁸⁸⁾

Trotz der Erkenntnis, daß in der UdSSR der Staat über die Gesellschaft herrscht, vertritt Carrillo die Meinung, daß der sowjetische Staat — ebenso wie jeder kapitalistische — in einem bestimmten historischen Kontext die ihm zugewiesene Aufgabe erfüllt habe. Heute allerdings müsse man ihn als „Bremse für die Entwicklung einer wirklichen Arbeiterdemokratie... (als) Bremse für die materielle Entfaltung des Landes“ betrachten ⁸⁹⁾.

Obwohl diese „Verobjektivierung“ den Anschein einer Verharmlosung des Stalinismus erwecken mag, ist sie doch die einzige Möglichkeit, den Anspruch eines Kommunisten mit der Hoffnung auf Veränderbarkeit auch des osteuropäischen „bürokratischen Sozialismus“ zu verbinden:

„Ganz gewiß ist es dem Sozialismus da noch nicht gelungen, sich dem Wesen des Sozialismus als neuer Gesellschaft anzunähern.“ ⁹⁰⁾

⁸⁰⁾ Carrillo, a. a. O., S. 173.

⁸¹⁾ Ebd., S. 151.

⁸²⁾ Carrillo/Debray/Gallo, a. a. O., S. 130.

⁸³⁾ Carrillo, a. a. O., S. 157.

⁸⁴⁾ Ebd., S. 168.

⁸⁵⁾ Ebd., S. 169.

⁸⁶⁾ Ebd., S. 157.

⁸⁷⁾ Ebd., S. 168.

⁸⁸⁾ Ebd., S. 171.

⁸⁹⁾ Ebd., S. 175.

⁹⁰⁾ Carrillo/Debray/Gallo, a. a. O., S. 129.

Für die kommunistische Partei Frankreichs ist das Bild keineswegs so klar umrissen, wie manche Autoren das behaupten⁹¹⁾. J. Elleinstein hat zwar als einziger bisher eine breit angelegte Geschichte des „Stalinschen Phänomens“⁹²⁾ präsentiert, doch bedeutet dies noch nicht, daß seine Kernthesen unumstritten wären. Die gewichtigsten Gegenargumente kommen von den Philosophen L. Althusser und E. Balibar und ihren „Schülern“.

Elleinstein hält den seit dem Tode Lenins zu beobachtenden Stalinismus mit dem Ansatz des „Personenkults“ nicht für faßbar. Der Suche nach seinen Ursachen legt er die folgende Alternative zugrunde, die dann auch weitgehend den Fortgang seiner Beschreibung, Analyse und Bewertung bestimmt:

*„Entweder läßt sich das Stalinsche Phänomen aus den spezifisch-historischen Bedingungen der ersten sozialistischen Revolution heraus erklären: dann müßte man es als eine Art Unfall des Kommunismus bezeichnen. Oder aber, es ist sein natürliches und demzufolge unvermeidliches Produkt.“*⁹³⁾

Elleinstein datiert den Beginn des sozialistischen Aufbaus auf das Ende des Bürgerkrieges (1921) mit der von ihm geschaffenen, „damals vorhandenen Wirklichkeit“⁹⁴⁾, an der die Bolschewiki nur bedingt Verantwortung trugen. Diese Realität war im wesentlichen von zwei Faktoren gekennzeichnet:

1. Die völlig darniederliegende Wirtschaft, die unbestritten „die absolute Priorität der Produktivkraftentwicklung erforderte“⁹⁵⁾.
2. Ein politisches System, das die Zwänge harter bewaffneter Auseinandersetzungen geformt hatten und dessen Veränderung besonders Lenin für unabdingbar hielt.

Während die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP)⁹⁶⁾ rasch positive Ergebnisse zeitigte,

⁹¹⁾ S. dazu z. B. die Zusammenfassung A. Kimmels in: Timmermann, a. a. O., S. 107—109 und S. 120, Anm. 38 und 39.

⁹²⁾ Er vermeidet den Begriff „Stalinismus“, um das persönliche Element nicht zu stark zu betonen. So heißt sein Buch im Original auch „L'histoire du phénomène stalinien“.

⁹³⁾ Elleinstein, a. a. O., S. 8.

⁹⁴⁾ Ebd., S. 11.

⁹⁵⁾ Ebd., S. 12.

⁹⁶⁾ Ablösung der straff reglementierten Kriegswirtschaft durch ein System, in dem die Privatinitiative — außer in den verstaatlichten Industriebetrieben — wieder einen relativ hohen Stellenwert erhielt.

führte unter anderem der Kronstädter Matrosenaufstand (1921) dazu, daß das noch rudimentär vorhandene demokratische Element der Sowjets vollständig abgebaut wurde:

*„Die Haltung der Bolschewiki zwischen den Jahren 1921/22 läßt sich weitgehend mit der Angst erklären, von den Volksbewegungen überrannt zu werden, welche die Gegner der Sowjetmacht aufgestachelt hatten, was um so gefährlicher war, als das Elend in Rußland in zwischen tragische Formen angenommen hatte.“*⁹⁷⁾

Hinzu kam, daß wegen der Nichtexistenz bzw. Dezimierung des Proletariats „die Diktatur der bolschewistischen Partei, wenn auch nicht de jure, so doch de facto mit der Diktatur des Proletariats identisch gesetzt worden ist“⁹⁸⁾. Ob Lenin den Widerspruch zwischen „Liberalisierung“ der Ökonomie und Straffung der politischen Diktatur hätte ebnet können, ist eine Frage, die auch Elleinstein stellt, aber nicht eindeutig beantworten kann, denn:

*„Was Lenin ohne Zweifel nicht richtig erkannt hatte — und das ist auf das Fehlen historischer Erfahrung zurückzuführen —, ist die Auswirkung der spezifischen Beziehungen zwischen der aufgeblasenen Bürokratie und dem politischen System der Sowjets, so wie es 1922 bestand, mit einer einzigen Partei an der Spitze; ferner die Rolle der Tscheka (der späteren GPU) und der Roten Armee, die Verringerung der Rolle der Sowjets bei gleichzeitigem Schwinden des demokratischen Lebens auf allen Ebenen der Partei und des Staates. 1922 bestanden all diese Faktoren unabhängig voneinander. Manchmal überschritten sie sich, aber sie fielen nicht zusammen. Erst aus ihrem Zusammentreffen sollte das Stalinsche Phänomen entstehen.“*⁹⁹⁾

Darüber hinaus wirft Elleinstein Lenin vor, er habe trotz seiner offen geäußerten Beunruhigung über die Gefahr einer Spaltung der schmalen, Partei und Staat beherrschenden Führungsschicht und der scharfen Kritik an Stalin immer zu sehr den rein formalen Charakter der Demokratie in den Vordergrund gestellt und ihren Wesensgehalt unterschätzt. Ohne diesen wichtigen Punkt weiter zu erörtern, kommt er zu dem Ergebnis, alle genannten Faktoren hätten gemeinsam eine Konstel-

⁹⁷⁾ Elleinstein, a. a. O., S. 27.

⁹⁸⁾ Ebd., S. 25.

⁹⁹⁾ Ebd., S. 41.

lation geschaffen, deren Schlüsselfigur Stalin war bzw. wurde.

Die Voraussetzungen und Bedingungen des Stalinismus bewertet Elleinstein im Rückgriff auf seine eingangs zitierte Alternative zusammenfassend dann so:

„Die ‚bürokratische Deformation‘ und die nationalistische und großrussische Politik konnten nur mit mehr Demokratie bekämpft werden; von dieser fehlte jedoch jegliche Grundlage im Rußland des Jahres 1923; und es bestand auch keine Aussicht, diese einzuführen, da damit gleichzeitig die Sowjetmacht gefährdet wurde, wie die Ereignisse in Kronstadt veranschaulicht hatten¹⁰⁰⁾... So können wir also feststellen, daß einige Züge der sowjetischen Form des Sozialismus aus diesem historischen Zusammenhang heraus entstanden sind und nicht aus dem Sozialismus selbst¹⁰¹⁾... Die Verbindung zwischen den Anfängen der 20er Jahre und der Mitte der 30er Jahre läßt sich nicht wegdenken; diese Verbindung beruht auf dem Weiterbestehen der politischen Strukturen und auf Erscheinungen des Bewußtseins, des Verhaltens der Menschen sowie auf Überlieferungen und historischen Begleitumständen, die den Boden bereiteten, auf dem die giftigen Pflanzen des Stalinschen Phänomens emporschossen. Dieser Boden war also schon im Jahre 1923 teilweise bestellt, und Lenin hatte dies zu verhindern versucht. Das bedeutet aber nicht, daß jenes Phänomen notwendig, historisch notwendig, d. h. unvermeidlich gewesen ist, aber es war doch immerhin möglich.“¹⁰²⁾

Nach dieser prinzipiellen Einordnung fällt die Interpretation des „eentlichen“ Stalinismus der dreißiger Jahre und der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr allzu schwer, obwohl der grundlegende Einschnitt doch erst mit der Realisierung des Industrialisierungskonzepts von Preobraženskij erfolgte. Für Elleinstein stellt die 1928/29 beginnende, auf zentraler Planung beruhende forcierte Entwicklung der Schwerindustrie, die mit der rücksichtslosen Ausbeutung der kollektivierten Landwirtschaft finanziert wurde, nur ein graduelles Problem dar. Obschon sie weitere Bürokratisierung und massenhafte Ausübung physischer Gewalt zur Folge hatte, entsprach sie „bezüglich der Ziele den Interessen des Sozialismus“¹⁰³⁾. Die angewandten Mittel

finden zwar schärfste Ablehnung, doch verhindern sie nicht, auch den Stalinismus als „Sozialismus“ zu bezeichnen:

„Einerseits half es (das Stalinsche Phänomen — H. G.), den Sozialismus aufzubauen — dies verneint allerdings eine große Zahl von Autoren —, andererseits errichtete es den Sozialismus oft mit Mitteln größter Barbarei und Despotie... Vor dem Hintergrund dieser Problemstellung gibt es nur die Möglichkeit, entweder den Änderungen jener Zeit ihren sozialistischen Charakter abzusprechen oder aber zu sagen, daß der Sozialismus und die Ereignisse unter Stalin zwei Seiten derselben Medaille sind.“¹⁰⁴⁾

Begründet wird diese Haltung des Sowohl-Als-auch unter anderem mit dem sicher ernst zu nehmenden Hinweis, ebensowenig wie der Faschismus die notwendige ideologische und politische Konsequenz des Kapitalismus darstelle, sei der Stalinismus die eigentliche Form des Sozialismus. Da aber Elleinstein externe Zwänge für die Methoden des wirtschaftlichen Aufbaus nur bedingt gelten läßt und korrekterweise die „kapitalistische Einkreisung“ nicht für das Konzept an sich verantwortlich macht, wird nicht so recht deutlich, was er mit seiner „Beweisführung“ bezweckt:

„Das oftmals vorgebrachte Argument, die Stalinsche Politik während der Jahre 1929 bis 1939 — d. h. die Zwangskollektivierung und der Terror — wäre notwendig gewesen und habe schließlich den Sieg der SU im zweiten Weltkrieg gesichert, scheint lächerlich in Anbetracht der schrecklichen Schläge gegen die sowjetische Wirtschaft und die Rote Armee, der Nachlässigkeit der sowjetischen Behörden am Vorabend des Krieges und im Verlauf der ersten Kriegshandlungen sowie angesichts der historischen Fehler Stalins, dessen strategische Voraussagen einmal mehr sich als völlig irrig erwiesen.“¹⁰⁵⁾

Denn selbst wenn man den Vergleich zwischen Stalinismus und Faschismus ablehnt und Ähnlichkeiten nur in einigen Erscheinungen wie z. B. Konzentrationslagern und Folter zugibt, muß doch die Frage erlaubt sein, ob nicht beide durch ihre programmatischen Ziele schon weitgehend auch die anzuwendenden Methoden festgeschrieben haben. Auf die UdSSR bezogen beinhaltet dies die Forderung, von den „Auswüchsen“ zu abstrahieren und

¹⁰⁰⁾ Ebd., S. 51.

¹⁰¹⁾ Ebd., S. 52.

¹⁰²⁾ Ebd., S. 53.

¹⁰³⁾ Ebd., S. 82.

¹⁰⁴⁾ Ebd., S. 83.

¹⁰⁵⁾ Ebd., S. 135.

die eigenen Vorstellungen vom Sozialismus mit dem spezifisch sowjetischen Inhalt zu vergleichen.

Und genau hier setzt die Kontroverse innerhalb des PCF ein. Zur Verdeutlichung der neuralgischen Punkte noch einmal kurz die Position Elleinsteins: Weil der ökonomische Inhalt des Stalinismus „in der Tat sozialistisch“ ist¹⁰⁶⁾, „muß man den Schlüssel für das Verständnis des stalinistischen Phänomens auf der Ebene des Überbaus suchen“¹⁰⁷⁾. In eine prägnante Formel gekleidet könnte sie also lauten:

Sowjetischer Weg nach 1928/29 = Modernisierungsdiktatur minus Privateigentum.

Die Kritiker von „links“ wenden sich vor allem gegen die „unmarxistische“ Trennung von Basis und Überbau, die sie als „ökonomistisch“ bezeichnen:

*„Im Gegensatz zu all diesen rechten Positionen, dieser Renaissance des Spiritualismus, setzt die Kritik des Stalinismus eine nicht-ökonomistische Annäherung an den Sozialismus voraus. Da diese Kritik der Ort einer notwendigen Vertiefung der politischen Theorie des Marxismus ist, läuft sie direkt auf die aktuellen Probleme der Demokratie, auf die Hegemonie der Arbeiterklasse beim Übergang zum Sozialismus hinaus.“*¹⁰⁸⁾ Und: *„Eine solche repressive Diktatur (gemeint ist der Stalinismus — H. G.), ohne Hegemonie und ohne Offenheit, entsteht nicht in der Sphäre des Überbaus, die von den gesellschaftlichen Verhältnissen abgetrennt oder abtrennbar wäre. So als bliebe im übrigen die Produktionsweise an sich sozialistisch. Denn diese Trennung zwischen Ökonomischem und Politischem mit ihren Konsequenzen — Primat der Technik und der Kader über die Politik und die Massen — macht genau die Form der stalinistischen Theorie aus, so wie sie sich in den Jahren 1936—39 entwickelte.“*¹⁰⁹⁾

Die „mechanistische Deformation des Marxismus“, die durch „den Primat der Entwicklung der Produktivkräfte“ der „Diktatur des Proletariats“ nur noch die „Rolle eines politischen Mittels, genauer noch einer politischen ‚Technik‘ zur Errichtung des sozialistischen Staats“ zumaß¹¹⁰⁾, beginnt für die „linken“

Kritiker schon 1924 in einigen Artikeln Stalins greifbar zu werden, setzt sich 1926 in seinen „Prinzipien des Leninismus“ fort und findet 1939 ihren Höhepunkt in seiner Schrift „Fragen des Leninismus“, deren Leitmotiv darin besteht nachzuweisen, daß „Lenin sich nicht widerspricht“¹¹¹⁾. Gerade der als „Ökonomismus“ bezeichnete „Ausschluß des Widerspruchs als bewegender Kraft aus dem Sozialismus“¹¹²⁾, den schon Gramsci moniert hatte, beraubte aber die „Diktatur des Proletariats“ als der Form des Klassenkampfes in der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus ihres entscheidenden Stellenwerts in der Theorie des Marxismus-Leninismus. In der neuen Verfassung von 1936 ersetzte Stalin die „Diktatur des Proletariats“ durch die Formel „Staat des ganzen Volkes“, erklärte den Klassenkampf offiziell für beendet und machte damit die Entwicklung der UdSSR zum verbindlichen Modell für den Übergang zum Sozialismus. Der XVIII. Parteitag der KPdSU (1939) sanktionierte dann den „Verzicht“ auf das „Wesentliche der Diktatur des Proletariats: ihre Eigenschaft als Entwicklungsprozeß des Staats neuen, demokratischen Typs, der auf das Absterben des Staates im Kommunismus gerichtet ist“¹¹³⁾.

Die „Abschaffung“ des Klassenkampfes als Kern des Marxismus-Leninismus wiederum hatte zwei wichtige Ergebnisse:

1. *„Die Diktatur des Proletariats ist zunächst nicht eine Machtform neuen Typs (Sowjets, Selbstorganisation der Massen). Sie wird ein Staat, der die klassische, von Grund auf antidemokratische Trennung jedes Staates reproduziert: Die Trennung zwischen Führern und Geführten.“*

2. *Der Sozialismus ist keine historische Übergangsphase auf lange Sicht mehr, die zur klassenlosen Gesellschaft (Kommunismus) reicht. Er ist bereits eine Gesellschaft ohne Klassenkampf, eine ‚harmonische‘ Gesellschaft: Eine Produktionsweise.“*¹¹⁴⁾

Die „linke“ Stalinismus-Kritik im PCF stimmt mit dem Urteil Togliattis überein, nach dem

¹⁰⁶⁾ Ebd., S. 207.

¹⁰⁷⁾ Ebd., S. 197.

¹⁰⁸⁾ Chr. Buci-Glucksmann, Über Stalinismus-Kritik von links, in: Freiheit der Kritik, a. a. O., S. 169.

¹⁰⁹⁾ Ebd., S. 177.

¹¹⁰⁾ Balibar, a. a. O., S. 141/42, Anm. 6 und S. 230.

¹¹¹⁾ J. Stalin, Fragen des Leninismus. Bericht auf dem XVIII. Parteitag, Moskau 1947, S. 669—674; vgl. dazu auch R. Linhart, Lénine, les Paysans, Taylor, Paris 1976. Er beweist, daß Lenin nicht aufhört, sich zu „widersprechen“.

¹¹²⁾ Freiheit der Kritik, a. a. O., S. 170.

¹¹³⁾ Ebd., S. 177.

¹¹⁴⁾ Ebd., S. 179.

das sowjetische „System über keine innere Dialektik und keine pluralistische Ausdrucksform seiner Widersprüche mehr“ verfügt¹¹⁵⁾. Sie charakterisiert den Sozialismus Moskauer Prägung spätestens seit dem XVIII. Parteitag der KPdSU als „Produktionsweise“, die zwar rein zeitlich auf die klassisch-marxistischen Geschichtsetappen „Urgesellschaft — Sklavenhaltergesellschaft — Feudalismus — Kapitalismus“ folgt, aber entgegen jeder Voraussage und tatsächlichen Beschaffenheit, sozusagen aufgrund von Stalins Definition, ohne Klassenkampf vonstatten geht und keinerlei „ungleiche Entwicklung im Widerspruch“ in sich birgt. Weil die Perspektiven dieses Stadiums sich im Materiellen erschöpfen und das Emanzipatorische des ursprünglichen Sozialismus fast gänzlich ausklammern, bezeichnet Althusser es als „ökonomischen Evolutionismus der Produktivkräfte“¹¹⁶⁾.

Die „linken“ Kritiker greifen Elleinsteins Buch nicht nur wegen der in ihm enthaltenen undialektischen Trennung von „Basis“ und „Überbau“ als „Karikatur des Marxismus“ an¹¹⁷⁾, sondern auch wegen der Behauptung, Lenin habe immer die „Demokratie“, den Wert und die Nützlichkeit der demokratischen Institutionen „unterschätzt“; sie nennen es „Dummheit und Verleumdung“, daß der Autor das Stalinsche Phänomen aus dem „Verfall der proletarischen Demokratie“ erklären will¹¹⁸⁾.

Für sie liegt das entscheidende Problem vielmehr in der „führenden Rolle der Partei“ während der „Diktatur des Proletariats“:

*„Was kann man tun, damit diese politische Führung nicht zur Identifizierung von Partei und Staat, sondern zur ständig wachsenden Kontrolle der Staatsfunktionen durch die Massen führt?“*¹¹⁹⁾

Zur Lösung dieses Dilemmas fordern die „linken“ Kritiker eine „Rückbesinnung“ auf Lenin, weil jener selbst hierzu Anregungen erarbeitet habe, ohne in den Fehler zu verfallen, ein dogmatisches System zu errichten:

„Wenn man diese Texte Lenins noch einmal liest, so heißt das nicht nur, daß man dem Leninismus seine revolutionäre Tugend zurückgibt, seine unter dem Gewicht des Dogmatis-

*mus begrabene kritische Kraft. Es heißt, seine wirkliche historische Stellung herauszuarbeiten.“*¹²⁰⁾

PCI

Wie schon kurz dargelegt, reicht die systematische Auseinandersetzung der kommunistischen Partei Italiens mit dem Stalinismus bis in die fünfziger Jahre zurück. Vertieft wird diese Tradition durch die bewußte Anknüpfung an das Werk A. Gramscis, der bis zu seinem Tode (1937) die Vorgänge in der UdSSR kritisch verfolgte und aus ihnen Alternativen für die industriell hochentwickelten Staaten Westeuropas ableitete.

Das relativ ungebrochene Theoriebewußtsein und die mit ihm verbundene frühzeitige Ablehnung des sowjetischen Modells als Vorbild für das eigene Land ermöglichten den Dialog mit anderen gesellschaftlichen Kräften. So fanden z. B. seit Anfang der sechziger Jahre unter dem Stichwort „Marxismus und Christentum“ Kolloquien mit der katholischen Paulus-Gesellschaft statt¹²¹⁾, die wiederum innerparteiliche Diskussionen bis hin zu speziellen Stalinismus-Seminaren befruchteten.

Diese langwährende Wechselwirkung ließ ein sehr differenziertes Bild des Stalinismus entstehen. Seine grundsätzlichen Wertungen entsprechen weitgehend denen des PCE, doch vereinigt es in sich die verschiedensten Elemente, auch die vorgestellten französischen „philosophischen“ Ansätze, und vermeidet so die Gefahr monokausaler Erklärungen.

Da der Stalinismus ein historisches Phänomen darstellt, er also im Jahre 1924 nicht dasselbe war wie 1930, 1938 oder gar in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, kann man nach italienischer Auffassung seine Wurzeln, sein Wesen und seine Konsequenzen nur verstehen, wenn man seine Geschichte nachzeichnet¹²²⁾.

Die *Oktoberrevolution* erwies sich trotz aller marxistisch begründeten Bedenken bezüglich der russischen Unterentwicklung als notwendig, weil sie vier Hauptziele formuliert hatte, welche die für die Februarrevolution verantwortlichen Kräfte nicht verwirklichen wollten oder konnten:

1. Separatfrieden mit Deutschland,

¹¹⁵⁾ So 1956 in seinen „Intervista a Nuovi Argomenti“, in: P. Togliatti, Opere Scelte, Riuniti, S. 709.

¹¹⁶⁾ Freiheit der Kritik, a. a. O., S. 180.

¹¹⁷⁾ Balibar, a. a. O., S. 141, Anm. 4.

¹¹⁸⁾ Ebd., S. 92.

¹¹⁹⁾ Ebd., S. 98.

¹²⁰⁾ Ebd., S. 129.

¹²¹⁾ S. dazu Grebing, a. a. O., S. 244 ff.

¹²²⁾ So G. Boffa, in: Boffa/Martinet, a. a. O., S. 8.

2. Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern,
3. Einführung des Achtstundentages in der Industrie,
4. Errichtung der Sowjetmacht.

Ihren eigentlich sozialistischen Charakter erhielt sie durch Forderung 4, denn alle übrigen hätte — theoretisch — auch eine bürgerliche Regierung erfüllen können. Aber gerade diese Forderung wurde am schnellsten wieder in Frage gestellt, und die Macht der bolschewistischen Partei ersetzte die der Sowjets. Dagegen betrachtete Lenin die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zunächst nicht als vorrangig.

Der *Bürgerkrieg* zerschlug allerdings viele Pläne, „langsam“ an den Sozialismus heranzugehen: z. B. die Absicht, über die Verstaatlichung lediglich der Banken einen „Staatskapitalismus“ zum Aufbau der Ökonomie zu schaffen. Dennoch besaß das Regime auch in dieser Periode eine gewisse Legitimation:

„Die Bolschewiki fanden — recht oder schlecht — einen politischen Kontakt zur russischen Wirklichkeit, den die anderen politischen Kräfte nicht fanden. Das erklärt auch deren historisches Versagen. Zu manchen Zeiten hatten sie größere Gebiete unter ihrer Kontrolle als die Bolschewiki. Sie konnten sich auf ausländische Hilfe stützen, was Lenin sicher nicht konnte. Trotzdem verloren sie auf allen Ebenen und wurden schnell verdrängt, erst auf dem Feld der Revolution, dann auf dem Feld der Konterrevolution.“ ¹²³⁾

Der Bürgerkrieg brachte zwei wichtige Ergebnisse für die Herausbildung und Entwicklung des Stalinismus:

1. Er gewöhnte an Gewaltanwendung in der Politik.
2. Der Kriegskommunismus führte in der kommunistischen Partei zu Rissen zwischen der extrem westlich und internationalistisch geprägten Intelligenz und den der russischen Realität verhafteten Technokraten und Kommissaren, deren Repräsentant schon damals Stalin war.

Die *Neue Ökonomische Politik* löste die Kriegswirtschaft ab. Ihre als längerfristige Übergangsphase zum Sozialismus gedachte Konzeption scheiterte, weil dem „sozialen Pluralismus kein adäquater politischer Plura-

¹²³⁾ Ebd., S. 22.

lismus entsprach“ ¹²⁴⁾. Hinzu kam, daß die Revolution in eine Krise geraten war, da die erhofften Umwälzungen in Westeuropa ausblieben. Diese Tatsache trat nicht erst nach dem Scheitern der revolutionären Bewegung in Deutschland (1923) ins Bewußtsein, sondern Lenin artikuliert sie schon auf dem X. Parteitag (1921).

Die Konsequenz ‚Aufbau des Sozialismus in einem Lande‘ verschärfte sowohl die gesellschaftlichen als auch die Widersprüche innerhalb der kommunistischen Partei. Entscheidend war nun, daß Stalin im Gegensatz zu Lenin, der die Widersprüche der jungen sowjetischen Gesellschaft sehr feinfühlig erkannte und beschrieb, sie aber nie akzeptierte, „sich nicht nur mit den Widersprüchen abfand, sondern sich mit ihnen einrichtete“ ¹²⁵⁾.

Die in diesem Zusammenhang auftauchende Frage nach der Kontinuität *Lenin-Stalin* wird in ihrer überspitzten Form abgelehnt:

„War Stalin schon ganz im Leninismus enthalten oder nicht? Ich ziehe es vor, den Begriff ‚Leninismus‘ nur mit Vorsicht, oder am liebsten überhaupt nicht zu gebrauchen. Es ist keine philologische Pedanterie, wenn ich es für angebracht halte, von ‚Lenins Werk‘ zu sprechen. Ein wesentlicher Wesenszug seines Denkens war doch gerade die Fähigkeit, sich in der Auseinandersetzung mit den konkreten Problemen der revolutionären Praxis weiterzuentwickeln ... Der Begriff ‚Leninismus‘ entstand erst nach Lenins Tod, als man sich anschickte, sein Denken zu kodifizieren und in ein System simpler Lehrsätze zu pressen, kurzum, daraus ein doktrinär-statisches Gebilde zu machen. Das wird Lenins Werk aber keineswegs gerecht.“ ¹²⁶⁾

Ein weiteres Indiz dafür, daß keine gerade Linie von Lenin zu Stalin führt, bildet der grundsätzliche Konflikt über die Nationalitätenfrage:

„Im Grunde wurde die Entwicklung zum Stalinismus in Rußland nicht durch die Anwendung der Leninschen Gedanken bedingt, sondern vielmehr von dem Versuch, den Sozialismus in einem wirtschaftlich rückständigen Land aufbauen zu wollen.“ ¹²⁷⁾

Der „Konservatismus“ Stalins (Erhaltung der Revolution unter den gegebenen Bedingungen), der vor allem in seiner „unleninisti-

¹²⁴⁾ Ebd., S. 23/24.

¹²⁵⁾ Ebd., S. 26.

¹²⁶⁾ Boffa, ebd., S. 27.

¹²⁷⁾ Martinet, ebd., S. 34.

schen" Theorie über die Verschmelzung von Partei und Staat zum Ausdruck kommt, schränkte die begrenzten Möglichkeiten des „Sozialismus in einem Lande“ noch weiter ein:

*„Daraus ergab sich sogar ein reduktiver Effekt auf den Begriff ‚Sozialismus‘ selbst. Von nun an beschränkte er sich auf die Schaffung einiger Grundlagen des Sozialismus — die Volksbildung, die moderne Industrie, der ökonomische Fortschritt. Wirklich eine Verarmung gegenüber dem, was die marxistischen Denker zuvor unter Sozialismus verstanden hatten.“*¹²⁸⁾

Die Frage nach Alternativen zum Stalinismus kann nur rein theoretischer Natur sein, weil sich der Generalsekretär im Grunde genommen immer als „Realist“ verhielt und die große Schwäche der Opposition in ihrer Unfähigkeit lag, eine echte Alternative zu formulieren. Dafür liefern die bis in die erste Hälfte der dreißiger Jahre dauernden Fraktionskämpfe den Beweis.

Der eigentlich qualitative Sprung erfolgte mit der forcierten *Industrialisierung*. Sie ersetzte den Leninschen „Evolutionismus“ der NEP durch einen gigantischen „Voluntarismus“ und erneuerte den Konflikt mit allen gemäßigten Kräften:

*„Andererseits hätte eine langsamere Gangart ein breites Bündnis verschiedener sozialer Kräfte — also Arbeitern, Bauern und einem großen Teil der kleinbürgerlichen Intelligenz — erfordert. Gleichberechtigte Zusammenarbeit jedoch muß die Möglichkeit zur eigenständigen Artikulation einschließen, so daß jede soziale Schicht ihren Interessen politischen Ausdruck verleihen kann. Nur so hätte die einzig konsequente Alternative zur Stalinischen Konzeption realisiert werden können.“*¹²⁹⁾

Die bürgerkriegsähnlichen Folgen der mit der Industrialisierung gekoppelten Kollektivierung schrieben dann die Geschichte der Gewalt in Rußland fort und bereiteten den Boden für die Säuberungen der Jahre 1936 bis 1938.

Ende der dreißiger Jahre war das *stalinistische System* voll ausgebildet. Seine Ideologie beruhte auf „Glorifizierung statt Analyse der Widersprüche“ und seine politische Grundlage „vor allem auf der Verschmelzung der ver-

staatlichten Wirtschaft mit der Staatsmacht, die sich wiederum mit der Herrschaft einer einzigen Partei vermischte“ und so „eine einmalige Konzentration staatlicher und gesellschaftlicher Entscheidungsmechanismen“ entstehen ließ¹³⁰⁾. Kurz gesagt, Stalins Konzeption des Sozialismus war die „Verstaatlichung“.

Die *Entstalinisierung* blieb unter anderem deshalb ein Torso, weil sie nicht die These von der führenden Rolle der kommunistischen Partei in Frage stellte. Das Hauptproblem der UdSSR besteht heute darin, daß der „politische Monolithismus“ einen „sozialen Pluralismus“ beherrscht¹³¹⁾.

Die aus der historischen Analyse zu ziehenden *Lehren* sind folgende:

*„Jedes System, das ausschließlich auf dem Staatseigentum, einer autoritären Planung und einer administrativen Verwaltung der Wirtschaft beruht, muß beim Stalinismus landen. Und wir sollten uns keine Illusionen machen, daß wir dem nur wegen unserer alten demokratischen Traditionen entkommen könnten. Die Erfahrung des Stalinismus hat so zumindest den Vorteil, uns zu lehren, wie man es nicht machen soll ... Wo der Pluralismus nicht nur durch die Vielfalt des gesellschaftlichen Gefüges, sondern auch durch die Mannigfaltigkeit der ideologischen Traditionen zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden ist, hat der Stalinismus keine Chance mehr.“*¹³²⁾

Zusammenfassung

Trotz unterschiedlicher Schwerpunktsetzung im Detail ist der eurokommunistischen Perzeption des Stalinismus gemeinsam, daß sie von dem Zusammenhang zwischen historischer Kontinuität (auf spezifisch russischer Tradition beruhende gesellschaftliche und ökonomische Unterentwicklung) und marxistisch-leninistischer Theorie bzw. Ideologie ausgeht. Welchen Stellenwert dabei die Spätphase des zaristischen Rußland, der „Revisionsismus“ Lenins und die Vorgeschichte der Oktoberrevolution einnehmen, wird nur am Rande untersucht¹³³⁾: Entscheidend ist, daß

¹³⁰⁾ Ebd., S. 79 ff.

¹³¹⁾ Ebd., S. 181 ff.

¹³²⁾ Martinet, ebd., S. 124 und S. 184.

¹³³⁾ Gerade diese Aspekte betonen: A. v. Borcke, Die Ursprünge des Bolschewismus. Die jakobinische Tradition in Rußland und die Theorie der revolutionären Diktatur, München 1977; P. W.

¹²⁸⁾ Boffa, ebd., S. 44.

¹²⁹⁾ Ebd., S. 55.

der sozialistische Charakter der Oktoberrevolution außer Zweifel steht.

Auf dieser Basis gehen dann aber die Eurokommunisten rigoros den qualitativen „Brüchen“ und Veränderungen nach. Schließlich kritisieren sie nicht nur unverhohlen das heute immer noch herrschende bürokratisch-konservative System der UdSSR, sondern fragen auch generell, ob es überhaupt oder was an ihm noch sozialistisch sei. Der Unterschied zum Ansatz Chruschtschows ist evident. Obwohl PCE, PCF und PCI die historische Bedeutung Stalins keineswegs verkennen, lehnen sie den „Personenkult“ als Erklärungsmuster ab.

Ihre Einordnung des Generalsekretärs in das sozio-ökonomische Gefüge des sowjetrussischen Staates läßt sich durchaus mit derjenigen vergleichen, die den Syntheseversuchen der bei uns geführten Faschismuskritik im Hinblick auf den Stellenwert Hitlers und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte zugrunde liegt: Beide Diktatoren verkörperten eine durch besondere historische Umstände begünstigte Gruppe bzw. Schicht (Kommissare/Technokraten bzw. Kleinbürgertum), ordneten die vorgefundenen „Versatzstücke“ und schufen daraus etwas qualitativ Neues.

2. Die Auswirkungen auf die praktisch-politische Ebene

Vorbemerkung

Das Verhältnis der Eurokommunisten zur UdSSR bzw. KPdSU dient vielen Beobachtern als Gradmesser ihrer Lernfähigkeit oder „Glaubwürdigkeit“. Der Wert dieses Kriteriums muß allerdings spätestens seit der zwischen PCE und Kreml Ende 1977 ausgetragenen Kontroverse, die wegen der Behauptung Carrillos entstanden war, der sowjetische Staat habe sich seit Stalins Tod nur geringfügig verändert, stark relativiert werden. Dieser Streit untermauert nämlich in Verbindung mit der scharfen Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa die These, daß die Spannungen keineswegs — wie oft behauptet — taktischer Natur seien:

Schulze, Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus, Frankfurt/New York 1977; U. Wolter, Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie, Berlin 1975.

„Die Unabhängigkeit der eurokommunistischen Parteien von Moskau existiert also nicht nur in deren Propaganda. Sie ist wirklich vorhanden und mußte von Moskau nach langem Widerstreben bei der Konferenz der Kommunistischen Parteien Europas in Berlin am 29. und 30. Juni 1976 auch anerkannt werden.“¹³⁴⁾

Dieses Ergebnis beruht nicht zuletzt auch auf der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Aber gerade wenn man das Argument vernachlässigt, der Eurokommunismus sei nichts weiter als das geschickt eingesetzte „trojanische Pferd“ Moskaus, muß man prüfen, wie groß die Wirkung der im Verlauf der Stalinismus-Diskussion gewonnenen Erkenntnisse auf die politischen Konzeptionen und Strukturen der einzelnen Parteien wirklich ist:

„Die Kernfrage ist nicht, wie unabhängig die Eurokommunisten sind, sondern wie kommunistisch.“¹³⁵⁾

PCE

Daß die „Glaubwürdigkeit“ des Eurokommunismus durch das Erscheinungsbild der osteuropäischen Systeme vorbelastet ist, steht für den PCE außer Zweifel. Doch nicht allein dies hat sein Programm beeinflusst, sondern auch die Einsicht, daß hauptsächlich zwei Faktoren seine Zukunft bestimmen:

1. Die konkreten spanischen Verhältnisse.
2. Das am Beispiel des Stalinismus sichtbar gewordene und durch die eigene Geschichte erfahrene Problem des „Revisionismus“ in der Arbeiterbewegung.

Punkt 2 wird durch die von Marx/Engels über Lenin zu Stalin, Chruschtschow und Brezhniew reichende Kette verdeutlicht; jeder einzelne veränderte aufgrund der zeitbedingten historischen Umstände die Ideologie seines Vorgängers:

„Manchen mag es wie eine Gotteslästerung vorkommen, wenn sie lesen, daß einige Thesen Lenins überholt seien; das sind dieselben, die nicht wissen, daß er dasselbe über Marx sagte und daß die sowjetischen Fortführer Le-

¹³⁴⁾ M. Spieker, Demokratie oder Diktatur? Zur Ideologie des Eurokommunismus, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), XIX/1/78, S. 21. Ansonsten warnt Spieker vehement vor dem Eurokommunismus.

¹³⁵⁾ Ebd., S. 21/22.

nins offen einige seiner Thesen revidierten.“¹³⁶⁾

Den „Revisionismus“ an sich bewertet Carrillo durchaus positiv. Eine Gefahr sieht er allerdings darin, daß die „neuen“ Theorien ihrerseits wieder häufig Allgemeingültigkeit beanspruchen und ihre Relativität verkennen bzw. verleugnen:

„Der Marxismus gründet sich auf die konkrete Analyse der konkreten Realität. Entweder er ist das, oder er ist pure Ideologie, im abschätzigen Sinne dieses Begriffs, die von der Wirklichkeit absieht und zu etwas wird, das nichts mehr mit dem Marxismus zu tun hat.“¹³⁷⁾

Die Ablehnung jeglicher Orthodoxie veranlaßte die Parteispitze, sofort mit der Legalisierung des PCE im Frühsommer 1977 auch die Eliminierung des „Leninismus“ in Angriff zu nehmen:

„Wir, die Kommunistische Partei Spaniens, sind keine leninistische, sondern eine marxistische Partei. Wir leugnen nicht, daß von Lenin einige Beiträge von universalem Wert stammen; z. B. die Analyse des Imperialismus, die er dem Marxismus hinzufügte ... Der Leninismus hat eine wichtige historische Rolle gespielt, aber er hat keinen universalen Wert.“¹³⁸⁾

Schwierigkeiten gab es bei dem Versuch, an der Basis allgemeine Zustimmung für die Reform zu erhalten. Zunächst erarbeitete M. Azcárate ein Kernstück von fünfzehn Thesen zur Organisation und Zielsetzung der Partei, deren letzte darauf gerichtet war, die für alle übrigen europäischen kommunistischen Parteien gültigen Grundlagen des „Marxismus-Leninismus“ abzuschaffen:

„Die Spanische Kommunistische Partei definiert sich als eine marxistische, demokratische und revolutionäre Partei, welche den leninistischen Beitrag in alles einbezieht, in dem er heute gültig ist, ebenso die Beiträge der anderen großen Revolutionäre ... Auf dieser Basis ist kein Platz für die restriktive Erkenntnis, daß der Leninismus der Marxismus unserer Epoche sei.“¹³⁹⁾

¹³⁶⁾ Carrillo, a. a. O., S. 10.

¹³⁷⁾ Ebd., S. 20.

¹³⁸⁾ So M. Azcárate in einem Interview der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 8. 7. 1977.

¹³⁹⁾ Zit. nach dem „Spiegel“ vom 17. 4. 1978, S. 182.

Ende Januar 1978 wurden die Thesen vom Zentralkomitee mit 133 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen gebilligt, im Organ „Mundo Obrero“ veröffentlicht und in 200 000 Exemplaren verteilt. In den zehn bis zum 9. Parteitag verbleibenden Wochen zeigte sich dann, daß relativ viele Mitglieder noch stalinistisch zu nennenden Positionen anhängen und den eurokommunistischen Kurs insgesamt skeptisch bis ablehnend beurteilten¹⁴⁰⁾. Dennoch blieb die große Konfrontation auf dem am 23. April beendeten Parteitag aus. Auch die zitierte These 15 fand vollinhaltlich Eingang in die neuen Statuten¹⁴¹⁾.

Der PCE versucht permanent, seine Theorie der bereits praktizierten Politik anzugleichen. Die Parteitagsdelegierten akzeptierten die bürgerlichen Freiheiten, die pluralistische Demokratie und die — als schrittweiser und gewaltloser Übergang zum Sozialismus verstandene — Revolution. Das Besondere am derzeitigen spanischen Eurokommunismus besteht darin, daß er überwiegend pragmatisch vorgeht, Dogmen möglichst zu vermeiden sucht und seine ideologische Basis erst noch schaffen muß. Der Grund dafür liegt in der Unsicherheit, die von der weitgehend über die Köpfe der meisten Parteimitglieder geführten Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ausgelöst wurde: Man weiß, was man nicht will, ohne einen präzisen theoretischen Leitfaden für den Weg zum Sozialismus zu besitzen.

Die von der Basis oft gestellte und berechtigte Frage, worin eigentlich noch der prinzipielle Unterschied zu den spanischen Sozialisten bestehe, braucht Carrillo nicht sonderlich zu beunruhigen, denn der enorme Mitgliederzuwachs seit der Legalisierung hat nicht nur die Struktur der Partei, sondern auch die interne Willensbildung erheblich zu seinen Gunsten verändert.

Die Frage wird allerdings bei den Abgrenzungsbemühungen gegenüber dem PSOE, deren Eckpfeiler das Attribut „kommunistisch“ darstellt, eine entscheidende Rolle spielen.

¹⁴⁰⁾ S. dazu die Ausgaben von „Mundo Obrero“ der Monate Februar/März 1978, in denen jede Woche acht Seiten für Leserbriefe zum Thema „Statutenreform“ zur Verfügung standen.

¹⁴¹⁾ Eine gute Zusammenfassung der Ergebnisse des 9. Parteitages des PCE (1978) findet sich in der „Frankfurter Rundschau“ vom 24. 4. 1978; aus osteuropäischer Sicht s. S. Zapiráin, IX. Parteitag der KP Spaniens, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus (PFS), 9/1978.

Obwohl die Streichung des Begriffs „Diktatur des Proletariats“ auf dem 22. Parteitag Anfang Februar 1976 einstimmig erfolgte¹⁴²⁾, löste sie heiße Debatten aus, die zum Teil in gesonderte Publikationen mündeten und das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ vor eine harte Zerreißprobe stellten.

Die schon vorgestellten „Philosophen“ warfen G. Marchais vor, er habe sich dem „beständigen Druck der herrschenden bürgerlichen Ideologie“ gebeugt, denn die als solche hochgespielte Alternative „Diktatur des Proletariats“ oder „demokratischer Weg zum Sozialismus“ sei „eher durch die Logik als durch die Geschichte erzwungen“¹⁴³⁾. Sie konnten sich zwar nicht gänzlich dem Argument verschließen, das Bild von der „Diktatur des Proletariats“ werde in westlichen Gesellschaften mit dem „realen Sozialismus“ in Osteuropa gleichgesetzt, doch wollten sie ihm mit der Parole „zurück zu Lenin“ begegnen:

„Die faschistischen Diktaturen geben der These von Marx und Lenin nur noch mehr Gewicht: der Diktatur der Klasse der Bourgeoisie muß das Proletariat seine eigene Klassendiktatur entgegenstellen.“¹⁴⁴⁾

Der Versuch, die durch Stalin diskreditierte Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wiederzubeleben, war aber zum Scheitern verurteilt, weil die „liberalen“ Kräfte, mit Elleinstein an der Spitze, die „normative Kraft des Faktischen“ auf ihrer Seite hatten; d. h., die in ihrer Stalinismus-Kritik zum Ausdruck gekommene Haltung des Sowohl-Als-auch repräsentierte die einzige Möglichkeit, die Interessen der Partei mit der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit Frankreichs am Ende der siebziger Jahre zu verbinden.

Der Sieg der „Liberalen“ bedeutete allerdings noch nicht, daß sich auch schon ihre Stalinismus-Interpretation insgesamt durchgesetzt hatte. Denn gerade die Betonung der re-

¹⁴²⁾ S. dazu K. Burkhardt, Wandlungen im französischen Kommunismus? Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/76. Eine gute Zusammenfassung und Wertung der Diskussion über den Stellenwert der „Diktatur des Proletariats“ gibt S. Breuer, Stalinismuskritik von links? Marginalien zur Kontroverse über die Diktatur des Proletariats in der Kommunistischen Partei Frankreichs, in: Leviathan 3/77, S. 378—399.

¹⁴³⁾ Balibar, a. a. O., S. 11/12.

¹⁴⁴⁾ Ebd., S. 16.

striktiven Rolle von Staat und Partei in der UdSSR ließ sie Konsequenzen für die innere Demokratie der eigenen Partei fordern, die den Empfehlungen der „Linken“ entsprachen. Es war also weniger ihre Theorie als vielmehr deren praktische Anwendung, die schließlich dazu führte, daß man ihnen sogar die parteieigenen Publikationsorgane sperrte.

Nach der Wahlniederlage im März 1978 verschärfte sich der Konflikt zusehends, weil Elleinstein explizit das autoritäre Erscheinungsbild des PCF für den Mißerfolg verantwortlich machte, bei der „bürgerlichen“ Presse — z. B. „Le Monde“ — sein Recht auf freie Meinungsäußerung verwirklichte und dadurch an den Rand des Parteiausschlusses geriet¹⁴⁵⁾. Im September 1978 trat dann ein überraschender Wandel ein. Im Zuge der Vorbereitungen auf den im Mai 1979 projektierten 23. Parteitag empfahl das Politbüro allen Mitgliedern die Lektüre eines kürzlich erschienenen Sammelbandes über die Probleme des Stalinismus, der weitgehend die Position Elleinsteins vertritt. In Verbindung mit der von hohen Funktionären öffentlich geübten Selbstkritik hinsichtlich einiger Punkte im Verhältnis zu den Sozialisten stärkt diese Tatsache die Vermutung, daß der PCF durch behutsame innerparteiliche Liberalisierung den Kurs des „Sozialismus in den Farben Frankreichs“ forcieren und seine Bündnisfähigkeit hervorheben will.

Die Rehabilitierung Elleinsteins signalisiert jedoch nicht nur die offizielle Beendigung des Stalinismus, sondern auch das Bestreben, die „linken Philosophen“ zu isolieren, weil sie eine Renaissance der marxistisch-leninistischen Theorie wünschen und mit Überlegungen wie den folgenden die Integration in das französische Parteiensystem nur unnötig erschweren:

„Aber sie (eine kommunistische Partei — H. G.) kann auch nicht in eine Regierung der Diktatur des Proletariats (im Gegensatz zu einer ‚bürgerlichen‘ — H. G.) eintreten in der Annahme, daß es ihre eigentliche Aufgabe sei, die Angelegenheiten dieses Staates zu ‚verwalten‘, obwohl sie dessen Absterben und dessen Ende vorbereiten muß. Denn wenn sie alle ihre Kräfte dieser ‚Verwaltung‘ widmet, d. h., wenn die Partei praktisch

¹⁴⁵⁾ S. dazu das Gespräch mit J. Elleinstein über das Phänomen des Stalinismus, der Demokratie und des Sozialismus, in: „Esprit“, Paris, Nr. 2, 1976.

mit dem Staat verschmilzt — wie man es in den Ländern Osteuropas erlebt —, wird sie nicht zu seiner Zerschlagung beitragen können. Eine kommunistische Partei kann sich also unter keinen Umständen als gewöhnliche „Regierungspartei“ verhalten, denn eine Regierungspartei sein heißt eine Staatspartei sein; was entweder bedeutet, daß man dem bürgerlichen Staat dient, oder aber daß man den Staat der Diktatur des Proletariats verewigt, obwohl es doch darum geht, zu seiner Zerschlagung beizutragen.“¹⁴⁶⁾

Wie die Dinge aber liegen, wäre dem PCF nichts lieber, als an der „Verwaltung“ des französischen Staates mitzuwirken. Negativ formuliert könnte man also sagen: Weder Stalinismus noch Kommunismus.

Die Entwicklung zum Sozialismus freilich wird von den harten Realitäten diktiert.

PCI

Die kommunistische Partei Italiens erklärt ganz offen, welche Lehren sie aus dem Stalinismus gezogen hat¹⁴⁷⁾. Hinsichtlich des ökonomischen Sektors lehnt sie eine totale Verstaatlichung ab, hält aber wegen des mittlerweile erreichten Entwicklungsstandes der Produktivkräfte gesamtgesellschaftliche Planung für notwendig. Diese Planung soll nicht streng zentralisiert, sondern demokratisch erfolgen, was Konsequenzen für die sozio-politische Ebene hat. Das Problem besteht nämlich darin, die bewußte Planung ganz konkreter gesamtgesellschaftlicher Ziele „mit der autonomen Beteiligung verschiedener sozialer Kräfte, beginnend bei der Arbeiterklasse, an der Erarbeitung und Verwirklichung einer solchen Gemeinschaftsaufgabe“ zu verbinden¹⁴⁸⁾. Und hier können, obwohl auch vertiefte theoretische Überlegungen von Nutzen sind, die eigentlichen Lösungen erst nach Erfahrungen in der Praxis konkretisiert werden. Soviel aber dürfte sicher sein: Eine sche-

matische Aufzupflanzung der überkommenen, in der Phase des liberalen Konkurrenzkapitalismus entstandenen demokratischen Formen auf eine Volkswirtschaft mit gesamtgesellschaftlicher Planung verspricht keinen Erfolg.

Allerdings besteht die Möglichkeit, Voraussetzungen für die spätere Praxis zu schaffen. Die Ansicht, „daß die Arbeiterklasse nur durch die maximale Ausdehnung der Demokratie ein breites soziales Bündnis herstellen kann“¹⁴⁹⁾, setzt die prinzipielle Anerkennung des politischen Pluralismus voraus, so daß Veränderungen lediglich über die qualitative Verbesserung des bürgerlichen Staates auf breiter mehrheitlicher Basis realisierbar erscheinen:

„Ohne die Wichtigkeit der demokratischen Techniken zu verkennen (was eine der Lehren ist, die wir aus der Analyse des Stalinismus ziehen können), eher noch, um die Dauerhaftigkeit und das korrekte Funktionieren solcher Techniken zu sichern (die sich von allein gewiß nicht absichern können, was die Geschichte zu häufig bewiesen hat), streben wir eine breitere, substantiellere und konkretere Demokratie an, in deren Rahmen sich selbst die formale Demokratie einordnet und Bedeutung bekommt.“¹⁵⁰⁾

Obwohl der PCI einen wesentlich höheren theoretischen Standard besitzt, ist die Ähnlichkeit in der Handhabung praktischer Fragen mit dem PCE unverkennbar¹⁵¹⁾. Das beweist auch der im September 1977 gemachte Vorschlag L. Lombardo-Radices, den Grundsatz des „Marxismus-Leninismus“ aus den Parteistatuten zu streichen, über dessen Verwirklichung auf dem nächsten Parteitag im März 1979 beraten werden soll. Dieser Prozeß fand seinen vorläufigen Höhepunkt in einer Rede E. Berlinguers am 17. September 1978 anlässlich des Pressefestes der Parteizeitung „Unitá“ in Genua, in der er klarstellte, daß der PCI weiterhin den „dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Leninismus“ verfolge.

Das Zitat läßt erkennen, welche Wandlung die kommunistische Partei Italiens in den letzten dreißig Jahren durchgemacht hat. Sie betrachtet ihr stalinistisches Stadium als längst abgeschlossen, hält die Identifikation

¹⁴⁶⁾ Althusser, a. a. O., S. 163. Eine breitere Auseinandersetzung mit der Position L. Althusser's findet sich in: Projekt Klassenanalyse (Hrsg.), Louis Althusser, Marxistische Kritik am Stalinismus?, Berlin-West 1975.

¹⁴⁷⁾ S. dazu besonders: Boffa/Martinet, a. a. O., S. 127/28; P. Ingraio, Bürgerliche Demokratie oder Stalinismus? Nein: Massendemokratie, in: Sozialisten, Kommunisten und der Staat, a. a. O., S. 111—125; Cl. Mancina, Diktatur und Pluralismus — Zur aktuellen Gramsci-Diskussion in Italien, 1976 verfaßtes Vorwort zu: Gruppi, a. a. O., S. 7—23.

¹⁴⁸⁾ Boffa/Martinet, a. a. O., S. 128.

¹⁴⁹⁾ Ebd. S. 128.

¹⁵⁰⁾ Gruppi, a. a. O., S. 19.

¹⁵¹⁾ Näheren Aufschluß darüber gibt z. B. auch das Interview mit den beiden ZK-Mitgliedern L. Lombardo-Radice (PCI) und M. Azcárate (PCE) im „Spiegel“, Nr. 51, 1977.

mit dem Leninismus zur Lösung der gegenwärtigen Probleme für untauglich und sieht schon die nächste „drohende“ Entwicklungsstufe: die „Sozialdemokratisierung“.

Sicherlich ist der Trend hin zu einer Sozialdemokratie „deutschen Typs“ gering, doch verwischen sich unter den tagespolitischen Zwängen die Unterschiede z. B. zu den französischen Sozialisten immer mehr¹⁵²⁾, so daß in manchen Fragen ein Zusammengehen auf europäischer Ebene mit dem PSF mittlerweile wahrscheinlicher geworden ist als mit dem PCF¹⁵³⁾. Und die gerade jetzt wieder verstärkten Bemühungen, mit den italienischen Sozialisten konstruktive Gespräche über alle bestehenden Gegensätze zu führen und tendenziell eine Aufhebung der „Spaltung der Arbeiterbewegung“ anzustreben, werden dem zumindest nicht entgegenwirken.

3. Schlußbetrachtung

Der Emanzipationsprozeß der Eurokommunisten von Moskau ist am Ende der siebziger Jahre so weit fortgeschritten, daß weder von einer direkten oder indirekten außenpolitischen Abhängigkeit noch von irgendwelcher Attraktivität des „sowjetischen Modells“ die Rede sein kann. Was manchen Betrachter indessen irritiert, ist ihre emotionale Verbundenheit mit der Oktoberrevolution, die das folgende Zitat aus dem Jahre 1965 verdeutlicht und die sich seitdem — bei aller Kritik — kaum abgeschwächt hat:

„Als Kommunist fühle ich der Sowjetunion gegenüber eine permanente Dankbarkeit; darüber soll kein Zweifel und nicht der Schein eines Mißverständnisses sein. Die sozialistische Revolution nahm ihren Ausgang in der Sowjetunion. Für uns Kommunisten ist dies eine historische Realität . . . Aber wir Kommunisten sind uns darüber klar: die russische

*Revolution hat die Arbeiterklasse in den westlichen Ländern einen ungeheuren Preis gekostet.“*¹⁵⁴⁾

Bei der Bewertung dieser Ambivalenz darf man die geschichtliche Dimension nicht vergessen. Die Diskussion des Stalinismus hat nämlich gezeigt, daß das Zurückgehen hinter bestimmte, heute erreichte Positionen äußerst unwahrscheinlich ist; dazu gehört unter anderem die prinzipielle Anerkennung der „bürgerlichen Freiheiten“. Der italienische Kommunist G. Boffa hat das gegenüber dem französischen Sozialisten G. Martinet so formuliert:

*„Ich finde es positiv, daß wir in unserem Gespräch sterile Auseinandersetzungen vermeiden haben, z. B., ob die sowjetische Gesellschaft jetzt sozialistisch zu nennen sei oder nicht. Für mich ist es nur zu legitim festzustellen, daß diese bestimmte Form des Sozialismus, die man dort bereits für mehr oder weniger vollendet hält, nicht mit dem Sozialismusbild übereinstimmt, das wir bei uns verwirklichen wollen.“*¹⁵⁵⁾

Sicherlich bestehen noch erhebliche Unterschiede zwischen PCE und PCI auf der einen und dem PCF auf der anderen Seite, was die Instrumentalisierung des außerparlamentarischen Umfeldes (Gewerkschaften, Verbände, etc.) und den Stellenwert des „demokratischen Zentralismus“ betrifft. Während erstere mit zunehmender Integration in das jeweilige nationale Parteiensystem tendenziell abnimmt, wird die Überwindung des letzteren — besonders beim PCF — hauptsächlich davon abhängen, ob es den Führungsspitzen gelingt, die Parteistruktur entsprechend dem schon vorhandenen linken Spektrum konfliktfähig zu machen.

Endgültig werden die Eurokommunisten das stalinistische Erbe erst dann überwunden haben, wenn ihre innerparteiliche Demokratie in einem ausgewogenen Verhältnis zu dem sie umgebenden gesellschaftlichen Pluralismus steht¹⁵⁶⁾.

¹⁵²⁾ Zum Stand des Jahres 1978 s. H. Timmermann, Die KPI — Profil einer eurokommunistischen Partei in der Regierungsmehrheit, in: Osteuropa 5/78, S. 415—429, und 6/78, S. 511—524.

¹⁵³⁾ S. dazu das Interview mit G. Pajetta, einem der führenden „Außenpolitiker“ des PCI, in „Repubblica“ vom 31. 10. 1978. Pajetta erklärte, seine Partei strebe im neuen Europaparlament gemeinsame Aktionen mit „Sozialisten und Sozialdemokraten“ an; von einer „Einheit der Kommunisten“ im Europäischen Parlament zu sprechen, sei deshalb eine Fiktion, weil erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens bestünden.

¹⁵⁴⁾ So C. Luporini bei einer Diskussion über „Freiheit im Kommunismus“, abgedruckt in: Christentum und Marxismus heute. Gespräche der Paulus-Gesellschaft, Wien 1966, S. 233.

¹⁵⁵⁾ Boffa/Martiniet, a. a. O., S. 186.

¹⁵⁶⁾ Diesen Punkt untersucht: H. Timmermann, Aspekte der innerparteilichen Struktur und Willensbildung bei den „Eurokommunisten“, in: Sozialismus in Theorie und Praxis. Festschrift für R. Löwenthal, Berlin/New York 1978, S. 458—493.

**Boris Goldenberg: Zum Problem des Eurokommunismus.
Materialien und Denkanstöße**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2/79, S. 3—20

Der folgende Beitrag versucht nicht, das Problem des Eurokommunismus zu lösen, d. h. zu entscheiden, ob es sich bei dem „Neuen“ in den kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs um ein taktisches Manöver, um die Entstehung einer neuen Richtung innerhalb des Weltkommunismus oder um eine „Sozialdemokratisierung“ dieser Parteien (oder einer dieser Parteien) handelt. Er ist vielmehr der Aufgabe gewidmet, dem Leser in Form einer dokumentierten Analyse eine Orientierungshilfe zu geben.

Nach einer Kritik des 1975 aufgekommenen Ausdrucks „Eurokommunismus“ weist der Verfasser zunächst auf Gegensätze zwischen den drei erwähnten Parteien hin, um dann Gemeinsamkeiten herauszuheben, wie insbesondere die positive Haltung zur sowjetischen Außenpolitik, und die Tendenz, die Sowjetunion — trotz aller Kritik — als immer noch „sozialistisch“ zu charakterisieren. Ferner werden in der Vergangenheit gefallene Äußerungen orthodox-kommunistischer Politiker wiedergegeben, die bereits „eurokommunistisch“ anmuten, was die These erhärten könnte, der heutige Eurokommunismus stelle lediglich eine Wiederholung früherer Politik und somit nur ein taktisches Manöver dar. Andererseits sprechen (hier resümierte bzw. zitierte) Dokumente und die Entwicklung von Theorie und Praxis der KP Italiens und der KP Spaniens dafür, daß wir es nicht — oder nicht nur — mit einer Taktik zu tun haben, sondern auch mit dem Versuch einer Anpassung des Kommunismus an die Realität hochentwickelter Länder. Ein besonderes Kapitel ist der KP Frankreichs gewidmet, insbesondere dem von ihr im September 1977 eingeschlagenen Kurs, der zur Spaltung der „Linken“ und zur Wahlniederlage vom März 1978 beitrug.

Der Verfasser kommt zu dem Schluß, daß es verfrüht ist, ein endgültiges Urteil über das Wesen des „Eurokommunismus“ zu fällen.

**Harald Geiss: Emanzipation von Moskau? Aspekte der Stalinismus-Diskussion
bei den Eurokommunisten — Eine Bestandsaufnahme**

Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/79, S. 21—45

In der vielschichtigen Entwicklung der kommunistischen Parteien Spaniens (PCE), Frankreichs (PCF) und Italiens (PCI) hin zu dem, was wir heute „Eurokommunismus“ nennen, spielt ihre Auseinandersetzung mit dem Stalinismus eine zentrale Rolle. Die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit im Rahmen des von Moskau beherrschten internationalen Kommunismus führte schließlich nicht nur zur außenpolitischen Emanzipation von der UdSSR, sondern auch zur generellen Ablehnung des „sowjetischen Modells“ und zur Neubewertung mancher Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Diesen historischen Prozeß zeichnet der vorliegende Aufsatz nach.

Den Schwerpunkt der Untersuchung bilden Darstellung und Interpretation des aktuellen Standes der Stalinismus-Diskussion in den einzelnen Parteien sowie die Frage nach den Auswirkungen dieser Diskussion auf ihre politische Praxis. Dabei werden Unterschiede und Ähnlichkeiten bzw. Übereinstimmungen herausgearbeitet, um dem Leser die Einordnung und Beurteilung von — möglicherweise folgenreichen — zukünftigen Entwicklungen zu erleichtern. Genannt seien nur die bevorstehenden Parteitage von PCI und PCF im März bzw. Mai 1979.